

Das Parlament

Berlin, Montag 28. November 2016

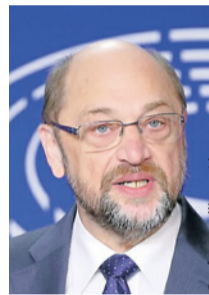
www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 48 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Von Straßburg nach Berlin

Martin Schulz Am Donnerstag war dann sicher, worüber schon tagelang spekuliert wurde: Martin Schulz (SPD), seit 2012 Präsident des Europaparlaments, verkündete seinen Wechsel nach Berlin 2017. Zu seinen genauen Tätigkeiten äußerte er sich nicht. Dem Vernehmen nach könnte der „Mr. Europa“, seit 1994 im EU-Parlament, dem als Bundespräsidenten nominierten Parteifreund Frank-Walter Steinmeier als Außenminister folgen. Weil sich die Konservativen im EU-Parlament gegen eine weitere Amtszeit von Schulz sperrten, musste sich der ehrgeizige Politiker aus dem rheinischen Würselen nach anderen Tätigkeiten umschauen. Diskutiert wird, ob der 60-Jährige sogar SPD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl wird und nicht Parteichef Sigmar Gabriel. Der ließ nur mitteilen, es bleibe dabei, dass der Spitzenkandidat erst Ende Januar 2017 festgelegt werde.



picture-alliance/epa

meier als Außenminister folgen. Weil sich die Konservativen im EU-Parlament gegen eine weitere Amtszeit von Schulz sperrten, musste sich der ehrgeizige Politiker aus dem rheinischen Würselen nach anderen Tätigkeiten umschauen. Diskutiert wird, ob der 60-Jährige sogar SPD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl wird und nicht Parteichef Sigmar Gabriel. Der ließ nur mitteilen, es bleibe dabei, dass der Spitzenkandidat erst Ende Januar 2017 festgelegt werde.

ZAHL DER WOCHE

400

Millionen Euro mehr bewilligte der Bundestag für den Bundeshaushalt 2017 als die Regierung vorgesehen hatte. Es gibt 8,3 Milliarden Euro Erhöhungen bei den Einzel- und Herabsetzungen von 7,9 Milliarden Euro. Insgesamt ist der Etat 2017 (2016: 316,9) 329,1 Milliarden Euro groß.

ZITAT DER WOCHE

»Immer mehr Menschen sind enttäuscht und wütend.«

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion Die Linke, im Deutschen Bundestag in der Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2017

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Unions-Chefhaushälter Eckhard Rehberg (CDU) im Gespräch **Seite 2**

THEMA
Haushalt Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat den größten Einzeletat **Seite 6**

INNENPOLITIK
Cum/Ex-Ausschuss Der Auftritt des Finanzunternehmers Carsten Maschmeyer **Seite 11**

KEHRSEITE
Ausstellung Die Schau in der Kuppel des Reichstags wurde überarbeitet **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Bedrängte Demokratie

HAUSHALT Kanzlerin setzt auf Weltoffenheit gegen Populismus. Opposition gibt Regierung Mitschuld

Die Welt erscheint in Unordnung. Millionen Menschen sind vor Kriegen auf der Flucht, auch der Klimawandel wird zu einer immer stärkeren Belastung. Die Wirtschaft kommt in vielen Ländern nicht in Gang, die Verschuldung der Staaten wächst rund um den Globus. Zugleich sind Populisten in den Demokratien auf dem Vormarsch. Im Bundestag herrschte in der Generalaussprache über den Bundeskanzleretats am vergangenen Mittwoch Einigkeit, dass dem immer mehr um sich greifenden rechten Populismus die Stirn geboten werden muss. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und der Entscheidung Großbritanniens zum Austritt aus der Europäischen Union auf Weltoffenheit setzte, eine Stärkung der EU forderte und die wirtschaftlichen Erfolge der Regierung hervorhob, beurteilte die Opposition die Situation anders. Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken, bezeichnete Behauptungen, Deutschland gehe es gut, angesichts von Millionen von Abstiegsgefährdeten als „blanken Hohn“. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter warf Merkel und ihrer Regierung vor, zu wenig gegen das Auseinanderfallen Europas, gegen die Spaltung der Gesellschaft, gegen den Klimawandel sowie für die Bekämpfung von Fluchtursachen getan zu haben.

Industriepolitik Wagenknecht warf der Regierung Versäumnisse vor und erklärte: „Offenbar hat selbst noch ein Donald Trump wirtschaftspolitisch mehr drauf als Sie. Denn immerhin hat der Mann begriffen, dass staatliche Industriepolitik besser ist als billige Dienstleistungsjobs und dass gegen Krise und marode Infrastruktur nicht Kürzungspolitik hilft, sondern ein großes angelegtes öffentliches Investitionsprogramm“, beklagte Wagenknecht, die der Koalition vorwarf, durch ihre Politik „die Rechte inzwischen auch in Deutschland stark gemacht“ zu haben. Sie stieß damit auf Widerspruch der SPD-Fraktion: „Früher hieß es: Proletariat aller Länder vereinigt euch. Heute heißt es: Populisten aller Länder vereinigt euch“, spottete der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann. Wagenknecht warf der Union vor, auf ein „Weiter so“ mit Merkel zu setzen. Sie zog Parallelen zu den USA und erklärte, die US-Bürger hätten nicht in erster Linie den Milliardär Donald Trump gewählt, „sondern das ‚Weiter so‘ abgewählt“. Dafür hätten sie angesichts der gesunkenen Löhne



Gemeinsinn und Zusammenhalt sind das beste Mittel gegen das Auseinanderfallen der Gesellschaft.

picture-alliance/epa

gute Gründe. Und die Gründe gebe es auch in Deutschland, wo immer mehr Menschen enttäuscht und wütend über eine „großkoalitionäre Einheitspolitik“ seien, die die Reichen noch reicher und das Leben der arbeitenden Mitte noch unsicherer und prekärer mache. Jeder sechste Rentner lebe in Armut, Arbeitnehmer ohne Tarifbindung würden 18 Prozent weniger als noch im Jahr 2000 verdienen. 4,3 Millionen Erwerbsfähige seien auf Hartz IV angewiesen. Die Bundeskanzlerin zeigte sich besorgt darüber, dass Populismus und politische Extreme in westlichen Demokratien zunehmen würden. Viele Menschen würden sich Sorgen um die „Stabilität unserer gewohnten Ordnung“ machen. Es habe auch eine Veränderung der Meinungsbildung stattgefunden. Viele Bürger würden sich heute anders als noch vor 25 Jahren informieren. Durch das Internet und technische Möglichkeiten würden Meinungsbilder verfälscht, journalistische Sorgfaltspflichten

»Den Menschen ging es noch nie so gut wie im Augenblick.«

Angela Merkel (CDU)
Bundeskanzlerin

weniger angewandt. Deshalb unterstütze sie die Anstrengungen von Innen- und Justizministerium, um „Hassreden, Hasskommentare, vernichtende und mit der Menschenwürde nicht in Übereinstimmung zu bringende Dinge“ zu unterbinden. Ähnlich äußerte sich Oppermann, der „ein riesiges Problem mit dem Umgang mit der Wahrheit in sozialen Medien“ ausmachte. Merkel erklärte zur Wirtschaftspolitik: „Den Menschen ging es noch nie so gut wie im Augenblick.“ Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, sagte: „Deutschland steht gut da.“ Das sei eine große Gemeinschaftsarbeit von fleißigen Arbeitnehmern, von risikofreudigen Unternehmern und einer richtigen Politik der letzten Jahre gewesen. Zur Migration erklärte die Kanzlerin, Deutschland könne diese Fragen nicht alleine lösen, aber einen Beitrag dazu leisten. Sie warnte aber davor, dass das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat ausge-

höhlt werden könne, wenn abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben würden. Die Wahl Trumps sei ein „Schub für mehr Nationalismus und Ressentiment“ gewesen, beklagte der Grüne Hofreiter. Auch in Europa und Deutschland hätten Rechtspopulisten Erfolge. „All denjenigen, denen die liberale Demokratie am Herzen liegt, muss das große Sorgen machen.“ Hofreiter rief die Parteien des Bundestages zu gemeinsamen Handeln auf: „Wir müssen uns gemeinsam den Demagogen, den Nationalisten und den Autoritären entgegenstellen.“ Zugleich rief er dazu auf, die Sorgen derer zu berücksichtigen, „die Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren“.

Schmutziger Wahlkampf Oppermann erklärte, der Ausgang der Wahl in den USA sei zu respektieren, „aber was nicht akzeptiert werden kann, ist die schmutzige Art, in der dieser Wahlkampf geführt wurde“. Der Rassismus von Trump und seine respektlose Abwertung von Menschen seien schon im Wahlkampf unerträglich gewesen, aber wenn dies an der Spitze des Staates praktiziert werde, bestehe eine Gefahr für die Demokratie. „Das dürfen wir nicht zulassen.“ **Hans-Jürgen Leersch**

EDITORIAL

Mindestens einfältig

VON JÖRG BIALLAS

Pünktlich zum Beginn der Haushaltswoche im Deutschen Bundestag hat das Finanzministerium am vergangenen Montag einen erheblichen Anstieg der Steuereinnahmen bekannt gegeben. Demnach hat der Staat im Oktober 2016 satte acht Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum eingestrichen. Besonders Lohn- und Umsatzsteuer, die wichtigsten Einnahmequellen des Bundes, sind deutlich über die Maßen geflossen.

Das wäre nicht der Fall gewesen, wenn es der deutschen Wirtschaft nicht gut ginge. Der Arbeitsmarkt ist auf hohem Beschäftigungsniveau stabil, Investitions- und Exportquoten bleiben ordentlich, spürbare Tarifierhöhungen stärken die Kaufkraft. Kurzum: Die Konjunktur brummt; ein Ende des Aufschwungs ist nicht in Sicht.

Die politische Stimmung im Land erweckt jedoch den Eindruck, als stünde die Nation unmittelbar vor dem wirtschaftlichen und moralischen Kollaps. Es ist in Mode gekommen, über die angeblich unfähige Politik zu lästern, den Medien im Land eine Verschwörung mit der Mächtigen zu unterstellen, Ausgaben für Flüchtlinge mit dem Argument zu bekriecheln, diese Form der Menschlichkeit sei nicht finanzierbar.

Bei sachlicher Betrachtung hält keine dieser Parolen der Wirklichkeit stand. Und doch finden sie inzwischen Eingang bis in bürgerliche Kreise, die eigentlich zu einer intellektuellen Differenzierung in der Lage sein müssten und außerdem überhaupt keinen Grund haben, Bestehendes mit Verweis auf die Sorge um den eigenen Wohlstand in Frage zu stellen. Ja, es läuft in Politik und Wirtschaft nicht alles rund. Und manchmal passieren handfeste Skandale, siehe Volkswagen, siehe Deutsche Bank.

Das jedoch als Beleg anzuführen, Betrug, Korruption und Skrupellosigkeit gehörten zum System, würde mit Hilfe der Presse verschlei-ert und führten darüber hinaus zu keinerlei Konsequenzen, ist - höflich formuliert - mindestens einfältig.

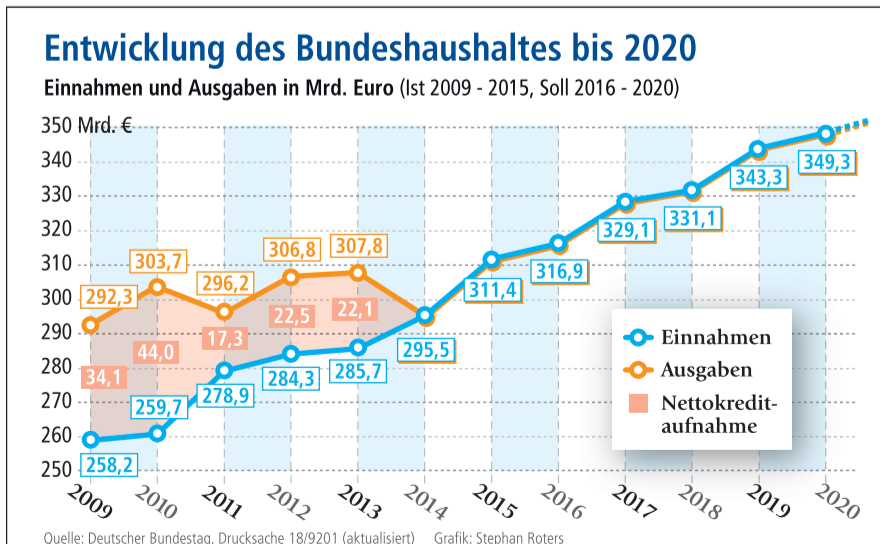
Gegen unterschiedliche politische Meinungen ist selbstredend nichts zu sagen. Sie gehören zum Wesen einer Demokratie. Wer aber Tatsachen durch Halbwahrheiten, gar Lügen ersetzt, wer messbare Faktoren wie die Wirtschaftslage oder die Situation des Staatshaushaltes ignoriert, versucht vorsätzlich, diese Demokratie zu beschädigen.

Keine neuen Schulden im Wahljahr

ETAT 2017 Volumen steigt im kommenden Jahr auf 329,1 Milliarden Euro. Mehr für Innere Sicherheit

Der Bund will im kommenden Jahr zum vierten Mal in Folge keine neuen Schulden machen. Dies beschloss der Bundestag am Freitag, in dem er dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2017 (18/9200) in geänderter Fassung auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/9825) mit großer Mehrheit zustimmte. Für das Gesetz votierte die Koalition, die Opposition stimmte dagegen. Die Gesamtausgaben (siehe Tabelle auf Seite 3) betragen danach im kommenden Jahr 329,1 Milliarden Euro. Das sind 400 Millionen Euro mehr als von der Regierung vorgesehen. In diesem Jahr betragen die Ausgaben 316,9 Milliarden Euro. Für Investitionen stellt der Bundestag 36,07 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 2,78 Milliarden Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Der Bundestag erhöhte vor allem in folgenden Bereichen:

Fluchtursachenbekämpfung: Zur Bekämpfung der Fluchtursachen erhöhte der Bundestag die Etats des Auswärtigen Amtes um 628,25 Millionen Euro auf 5,23 Milli-



arden Euro und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um 554,06 Millionen Euro auf 8,54 Milliarden Euro. Die Mehrausgaben sind für Humanitäre Hilfe und den Aufbau von wirtschaftlicher Zusammenarbeit in den Fluchtländern gedacht.

Innere Sicherheit: Im Kampf gegen der Terror stockte der Bundestag den Etat des Bundesinnenministeriums um weitere 639,3 Millionen Euro auf 8,98 Milliarden Euro auf. Das ist gegenüber diesem Jahr eine Erhöhung 1,18 Milliarden Euro. Außerdem wurden die Planstellen in diesem Be-

reich erhöht. So sollen die Sicherheitsbehörden bis 2020 insgesamt rund 4.300 neue Stellen bekommen. Die Mittel für den Verfassungsschutz werden gegenüber 2016 um 90 Millionen auf 350 Millionen Euro aufgestockt, für den Bundesnachrichtendienst (BND) um rund 110 Millionen auf 833 Millionen Euro.

Verteidigung: Das Verteidigungsressort profitiert von einem Zusatzplus von 393,2 Millionen Euro. Insgesamt stehen diesem Ministerium nunmehr 36,61 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 2,72 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr.

Investitionen: Für Investitionen stellt der Bundestag 36,07 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 2,79 Milliarden Euro mehr als die Regierung im Entwurf eingeplant hatte.

Michael Klein

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MEHR GEMEINSAME EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG?

Dringend geboten

PRO



Richard Herzinger, »Die Welt«, »Welt am Sonntag«

Donald Trumps Drohung, das US-Engagement für die Nato zu beenden, sollen die Verbündeten keinen größeren Beitrag zum Bündnis leisten, unterminiert in unverantwortlicher Weise den Zusammenhalt des Westens. Doch trifft seine Attacke auch einen wunden Punkt: Die Europäer tun auf militärischem Gebiet tatsächlich zu wenig. Schon ihrer Selbstverpflichtung nachzukommen, den Wehrtat auf zwei Prozent des Staatshaushalts aufzustocken, scheint die meisten europäischen Nato-Mitglieder zu überfordern. Jetzt hat der Trump-Schock hektische Planungen zum Ausbau der EU-Verteidigungsgemeinschaft ausgelöst. Angesichts von Bedrohungen wie der durch Putins Neo-Imperialismus und Cyber-Angriffe autoritärer Mächte sind solche Anstrengungen dringend geboten. Doch nur, wenn sie nicht auf Kosten existierender supranationaler Nato-Strukturen gehen, sondern diese im Gegenteil stärken. Die Entwicklung von EU-Parallelstrukturen würde das Auseinanderdriften der atlantischen Allianz befördern und Trumps Isolationismus voraussetzend in die Hände spielen. Das enge Bündnis mit den USA bleibt für Europas Sicherheit essenziell. Doch können die Europäer militärische Lasten, die sie selbst schultern müssten, nicht länger auf Washington abwälzen – gleichgültig, wer dort regiert. Seit Ende des Kalten Kriegs hat sich Europa der Illusion hingegeben, internationale Konflikte würden nur noch per friedlichem Interessenausgleich gelöst. Angesichts des globalen Erstarkens aggressiver Kräfte, die dieses Prinzip nicht anerkennen, trifft sie nun die Erkenntnis, dass in der Weltpolitik nur ernst genommen wird, wer auch militärische Stärke vorweisen kann. Zum Umdenken bleibt jetzt nicht viel Zeit.

Schlicht zu spät

CONTRA



Ulrike Winkelmann, Deutschlandfunk

Natürlich ist eine europäische Verteidigungspolitik wünschenswert. Wer könnte dagegen sein, Ressourcen zusammenzulegen? Deshalb gibt es die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik schon so lange wie die Europäische Union – auf dem Papier. Doch keine einzige militärische Aktion oder Idee, die zuletzt von Europa ausging, war europäisch. Ob Libyen, Mali oder auch Syrien nach Assads Giftgasangriffen 2013 – jeder Fall bewies zuallererst, dass man sich in Europa uneins war. Und das sind alles Beispiele aus der Zeit vor der Flüchtlingskrise. Damals, vor 2015, gab es noch einen Glauben an die EU. Das ist jetzt aber vorbei. Heute ist klar, dass diese Europäische Union nicht weiter zusammenwachsen kann. Deutschlands Austeritätspolitik spaltet den Kontinent. Die Flüchtlingspolitik spricht für sich. Die ersten osteuropäischen Staaten neigen wieder Richtung Kremel, Großbritannien ist Gott-weiß-wohin unterwegs. So wie die Briten, die es offen sagen, haben aber auch die anderen Europäer in Wirklichkeit kein Interesse, irgendetwas zu konstruieren, das auch nur entfernt nach Konkurrenz zur Nato aussieht: Das hieße, Donald Trump tatsächlich aus der Verantwortung zu entlassen. Für eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist es zu spät. Darüber täuschen deutsch-französische Rüstungsprojekte nicht hinweg. Wer weiß schon, ob die „Eurodrohne“ je fliegen wird. Die großen Worte der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini von einer „Supermacht Europa“ betonen nur, was für ein kleiner Schritt da jüngst angekündigt wurde. Ein gemeinsames Einsatz-Planungszentrum soll es geben: ein Büro, ein weiteres Büro.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Rehberg, der Bundestag hat vergangene Woche den Haushalt 2017 verabschiedet. Danach kann der Bund im kommenden Jahr 329,1 Milliarden Euro ausgeben. Der Haushaltsausschuss hat gegenüber dem Regierungsentwurf nochmal 400 Millionen Euro draufgepackt. Sind Sie mit dem Ergebnis der sechswöchigen Beratungen zufrieden?

Mit dem Ergebnis bin ich sehr zufrieden. Die Koalition hat einen hervorragenden Haushalt aufgestellt. Er wird allen nationalen Herausforderungen wie der Verbesserung der inneren Sicherheit und internationalen Aufgaben wie der Bekämpfung der Fluchtursachen gerecht.

Neue Kredite werden im kommenden Jahr nicht aufgenommen. Es sollen aber auch keine Schulden abgebaut werden. Ist das richtig und gerecht?

Wir kommen nun vier Jahre ohne neue Schulden aus. Bis 2020 sind ebenfalls keine neuen Schulden vorgesehen. Die große Koalition hat das Anwachsen des Schuldenberges zu Lasten unserer Kinder gestoppt. Das ist ein starkes Signal der Generationengerechtigkeit. 2014 hat der Bund Altschulden getilgt, und die Möglichkeit zur Schuldentilgung besteht auch im kommenden Jahr.

Für Investitionen sind im nächsten Jahr 36 Milliarden Euro eingeplant. Reicht das mit Blick auf die teilweise marode Infrastruktur?

Die 36 Milliarden Euro sind der höchste Wert in Merkels Regierungszeit. Jedes Verkehrsprojekt des Bundes, für das Baurecht besteht, kann finanziert werden. Noch mehr Geld würde wenig bringen, da die bereitgestellten Mittel teilweise gar nicht vollständig abgerufen werden. Auf allen staatlichen Ebenen stoßen die Planungskapazitäten an ihre Grenzen. Hier muss Deutschland insgesamt besser werden. Bei der Frage nach zusätzlichen Geldern darf man nicht vergessen, dass ein Großteil der öffentlichen Investitionen von Ländern und vor allem den Kommunen getätigt werden.

Ein Schwerpunkt des Bundesetats sind die Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Wieviel wird dafür bereitgestellt?

Zur Bewältigung der Flüchtlingssituation gibt der Bund im kommenden Jahr insgesamt gut 21 Milliarden Euro aus. Darunter sind Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung und fast sieben Milliarden Euro zur Entlastung von Ländern und Kommunen. Gute drei Milliarden Euro stellt der Bund zur Integration bereit und knapp drei Milliarden Euro für Sozialleistungen.

Sehen Sie Probleme, dass das Geld auch da ankommt, wo es gebraucht wird?

Im Großen und Ganzen sehe ich diese Probleme nicht. Ich bin zuversichtlich, dass das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium verantwortungsvoll mit den Geldern Fluchtursachen an der Wurzel bekämpfen. Die Befürchtungen der Kommunen, dass ein Teil der für sie bestimmten Geldern in den Länderhaushalten hängen bleiben, sind allerdings berechtigt.

Wieviel Geld bekommt die Regierung zur Bekämpfung der Fluchtursachen?

Gut sieben Milliarden Euro fließen in die Fluchtursachenbekämpfung. Darunter sind Mittel für die humanitären Krisen in Syrien und den Nachbarländern, für Afghanistan und die internationalen Organisationen wie UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation. Außerdem wollen wir mit den Geldern Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Afrika eröffnen und so dem Flüchtlingsdruck nach Europa etwas entgegenzusetzen.

»Signal für Fairness«

ECKHARDT REHBERG Der Unions-Haushaltssprecher sieht im Etat 2017 ein Zeichen für Generationengerechtigkeit, weil die Schulden nicht weiter wachsen



© eckhardt-rehberg.de

Die Ausgaben für Verteidigung wurden erhöht. Glauben Sie, dass nach der Wahl im Amerika Deutschland in naher Zukunft noch mehr für Verteidigung, zum Beispiel für eine gemeinsame europäische Armee, aufwenden muss?

Unabhängig von der Wahl in Amerika wächst der Verteidigungshaushalt 2017 auf 37 Milliarden Euro. Im Vergleich zu den Planungen im Sommer 2014 erhöhen wir die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren um insgesamt 20 Milliarden Euro. Die Bundeswehr muss gut ausgerüstet und den vielen Einsätzen gewachsen sein. Eine gemeinsame europäische Armee muss nicht zwangsläufig mit Mehrausgaben verbunden sein. Die nationalen Mittel können gemeinsam wahrscheinlich sehr viel effizienter eingesetzt werden.

Der Haushaltsausschuss hat in der Bereinigungssitzung überraschend beschlossen, das Eigenkapital der Deutschen Bahn AG um eine Milliarde Euro zu erhöhen. Wozu soll das Geld gebraucht werden?

Mit der Eigenkapitalerhöhung und dem Verzicht des Bundes auf seine Dividende wird die finanzielle Kraft der Bahn gestärkt und die Verschuldung begrenzt. Die Bahn wurde bei ihrer Gründung so gut wie schuldenfrei gestellt und hat in den vergangenen Jahren steigende Mittel des Bundes erhalten. Es ist schwer zu akzeptieren, dass die Bahn es nicht geschafft hat, nachhaltig ohne neue Schulden auszukommen.

Ein Blick auf das kommende Jahr: Da wird sich der Haushaltsausschuss mit dem Thema Bund-Länder-Finanzieren beschäftigen. Umstritten ist dabei vor allem die neue Infrastrukturgesellschaft für die Verwaltung der Bundesfernstraßen. Werden damit die Autobahnen privatisiert?

Eine Privatisierung von Autobahnen wird es nicht geben. Die Autobahnen bleiben im Eigentum des Bundes. Bund und Länder haben vereinbart, dass eine Infrastrukturgesellschaft gegründet und in diese das unveräußerliche Eigentum des Bundes an Autobahnen eingebracht wird. Ich bin momentan sehr skeptisch, ob sich private Investoren mit einer Minderheitsbeteiligung an dieser Gesellschaft beteiligen sollen.

Herr Rehberg, der Posten des haushaltspolitischen Sprechers einer Regierungsfraktion gilt als einflussreich, aber auch als besonders fordernd. Haben Sie Spaß an Ihrer Aufgabe?

Ich habe als Haushälter schon ein paar Jahre auf dem Buckel. Vier Jahre Bildung und Forschung, seit 2013 Obmann und gut zwei Jahre den Verkehrsetat. Ab Februar 2015 dann haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Bereits in meiner 15-jährigen Abgeordnetenzeit im Landtag Mecklenburg-Vorpommern war Haushalts- und Finanzpolitik eine meiner Kernthemen. Ja, der haushaltspolitische Sprecher kann gemeinsam mit der Arbeitsgruppe und in der Koalition gestalten, das kann man auch einflussreich nennen. Ohne Freude an der Aufgabe geht es nicht. Andererseits bin ich aber auch froh, wenn der Haushalt in der Bereinigungssitzung morgens gegen 3 Uhr nach rund 14 Stunden geschlossen ist.

Das Interview führte Michael Klein. ||

Eckhardt Rehberg (CDU, 62) sitzt seit 2005 im Bundestag und ist haushaltspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Goldschmiedin: Bettina Hagedorn

Steuersenkungsdebatten hält die SPD-Haushälterin Bettina Hagedorn für „nicht angemessen“ – obwohl die Staatseinnahmen in Deutschland von Jahr zu Jahr steigen. Man müsse die Etatriskiken wie höhere Zinsen oder einen Konjunktüreinsturz sehen, sagt Hagedorn. Zudem: „Die laufenden Investitionen in die Infrastruktur sind nicht in zwei, drei Jahren abgearbeitet. Da müssen wir dranbleiben. Auch das entlastet künftige Generationen, wenn wir ihnen keine maroden Straßen, Brücken, Schulen und Polizeistationen hinterlassen.“ Sorgen bereitet ihr die „Spaltung der Gesellschaft“, was das Thema Gerechtigkeit neu anfrage. Entlastungen kann sich die holsteinische Politikerin am ehesten bei den Sozialabgaben vorstellen. Können all die Milliarden-Investitionen beim Straßenbau, bei der Bahn, den Wasserstraßen oder beim Netzausbau bewältigt werden angesichts der Personalengpässe und des aufwändigen Planungs- und Umweltrechts hierzulande? „Wir sind am Limit – wir brauchen dringend mehr Planungspersonal bei den öffentlichen Verwaltungen in Bund und Ländern“, sagt Hagedorn. Dabei hat die Große Koalition schon enorm in Personal investiert, von der Bundespolizei über den Zoll bis zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit. Dazu zähle auch, dass die Hamburger Bundeswehr-Universität 20 neue Professorenstellen für technische Berufe bekommen habe. Besonders freut sich die Küstenbewohnerin Hagedorn über die jetzt beschlossene Anschaffung von fünf neuen Korvetten für 1,5 Milliarden Euro für die Marine, die angesichts der neuen Aufgaben un-

ter anderem im Mittelmeer nötig seien. Ob sie auch in Kiel gebaut werden, sei unklar. Hagedorn: „Wichtig ist, dass die Aufträge nach Deutschland kommen.“

Zu den „hohen Risiken“ beim Etat gehören laut Bundesrechnungshof (BRH) die Flüchtlingskosten, die bis Ende 2020 auf rund 80 Milliarden Euro geschätzt werden. „Natürlich kostet die Integration sehr viel Geld. Aber das Ganze kann auch eine große Chance für Deutschland sein, wenn uns die Integration derer, die



»Die Investitionen in die Infrastruktur sind nicht in zwei, drei Jahren abgearbeitet. Da müssen wir dranbleiben.«

hier bleiben, diesmal besser gelingt als in den vergangenen Jahrzehnten.“ Die Abgeordnete erinnert auch an die demografische Entwicklung Deutschlands. Bettina Hagedorn sitzt seit 2002 für den Wahlkreis Ostholstein-Stormarn/Nord – anfangs zweimal direkt gewählt – im Bundestag, im Haushaltsausschuss und in dessen Unterausschuss, dem Rechnungsprüfungsausschuss. In dieser Legislaturperiode führt sie den

Prüfungsausschuss, ein selten erwähntes, aber „wichtiges und höchst effektives Gremium“, wie die 60-Jährige findet. Zusammen mit dem BRH wird die Bundes-Haushaltsführung geprüft und umgesetzt, dass diese künftig besser läuft. Hagedorn: „Wir sind das Controlling der Regierung.“

Die gebürtige Kielerin ist einzige gelernte Goldschmiedin im Bundestag. Auf dieses Metier („ein großartiger Beruf“) ist sie stolz und meint, erst als Polittrainerin darin wieder arbeiten zu können. Hagedorn: „Man braucht für das Goldschmieden kreatives Vorstellungsvermögen, man muss mit wertvollen Werkstoffen umgehen können, braucht eine handwerklich solide Ausbildung und viel Geduld.“ Alles Schlüsselqualifikationen für eine Haushälterin im Bundestag. Schleswig-Holsteins SPD-Vizechefin wird auch dem Bundestag 2017 angehören – für ihren Wahlkreis wurde sie erneut aufgestellt, ein vorderer Platz auf der SPD-Landesliste ist ihr sicher. Dabei liegt sie auch mal quer zur Parteilinie. So beim deutsch-dänischen Projekt eines Fehmarnbeltunnels, der durch ihren Wahlkreis führen würde. Dagegen wendet sich Hagedorn seit 15 Jahren, weil sie ihn für eine „falsche Investition“ hält. „Dafür könnte man locker den Nord-Ostsee-Kanal sanieren und die Elbquerung samt der A20 finanzieren.“ Die kleine ostholsteinische Gemeinde Kasseedorf ist seit 40 Jahren Wohnort von Bettina Hagedorn. Dort war sie lange kommunalpolitisch tätig und auch Bürgermeisterin. Zwei ihrer drei Söhne leben dort. Mit den drei kleinen Enkelkindern zusammenzusehen, ist für sie das schönste Hobby. Und das Werkeln im Garten. „Das ist Therapie statt Arbeit.“ Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
25. November 2016

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverkauf@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unangelegte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtsverwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Die Integration der Flüchtlinge kostet den Staat sehr viel Geld.

© picture-alliance/dpa

Begrenzte Spielräume

FINANZEN Die Koalition lobt den Haushalt 2017, Schäuble blickt aber skeptisch in die Zukunft. Opposition sieht Ungerechtigkeiten

Prognosen sind schwierig – besonders wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Dieses gilt für alle Lebenslagen und deshalb auch für den Haushalt des Bundes, in dem jetzt schon abgebildet sein soll, was jeden Einzelnen, Deutschland, Europa und die Welt im kommenden Jahr erwartet. Deshalb haben die Abgeordneten es sich wieder einmal nicht leicht gemacht und in wochen- und nächtelangen Sitzungen den Haushaltsentwurf 2017 der Bundesregierung umgeschichtet und ergänzt, gestrichen und hinzugefügt. Herausgekommen ist ein Etat mit Einnahmen und Ausgaben von rund 329,1 Milliarden Euro, der im Wahljahr ohne neue Schulden auskommen soll – wenn die Prognosen stimmen.

Schwarze Null „Die Schwarze Null ist die Basis für eine gute Politik und für Generationengerechtigkeit.“ Dies erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg (CDU), vergangene Woche zu Beginn der abschließenden Beratungen des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2017 (18/9200). Dieser sieht nach Änderungen (18/9825) durch den Haushaltsausschuss

Ausgaben von 329,1 Milliarden Euro vor. Da die Einnahmen ebenfalls 329,1 Milliarden betragen sollen, will der Bund im kommenden Jahr zum vierten Mal in Folge keine neuen Kredite aufnehmen. Erstmals könnten im kommenden Jahr Schulden sogar getilgt werden, da der Haushaltsausschuss beschlossen hat, den Bundesbankgewinn, der über 2,5 Milliarden Euro hinausgeht, zur Schuldentilgung zu verwenden. Für Investitionen sind im kommenden Jahr 36,07 Milliarden Euro eingeplant. „Damit erreichen wir die höchste Investitionsquote in den letzten Jahrzehnten“, betonte Rehberg weiter. Es gebe mittlerweile das Problem, dass Geld für Investitionen nicht ausgegeben werden könne, da in vielen Fällen die Planungsreife der Projekte fehle. Dies gelte vor allem für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des Bundesverkehrsministeriums. Neben mehr Mitteln für die Straßen, Schienen und Wasserwege werde im kommenden Jahr auch mehr in Bildung und For-

schung investiert. Zudem würden bei der Bundespolizei im kommenden Jahr insgesamt 7.000 neue Stellen geschaffen und der Verteidigungsetat werde erhöht, damit Deutschland seine Aufgaben in Europa und in der Welt wahrnehmen könne. Ohne neue Schulden würden auch die finanziellen Herausforderungen durch die Flüchtlinge und Asylsuchenden gemeistert.

Dazu werde der Bund 2017 17 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dabei müsse jedoch sichergestellt werden, dass die Länder die Mittel für diese Aufgaben auch tatsächlich ausgeben und damit nicht Löcher in den Landesetats stopfen würden. Insgesamt sei der Bundesetat 2017 generationengerecht und zukunftsorientiert, habe die richtigen Antworten auf die Flüchtlingsprobleme, sei sozial ausgewogen sowie länder- und kommunenfreundlich, fasste Rehberg zusammen. Dem stimmte Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, zu und wies ebenfalls auf die Mehrausgaben

in Bildung, für Kommunen und die Infrastruktur hin. Für besonders wichtig hielt er es, dass der Bund 1,2 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Fluchtursachen bereitstellen werde. Kahrs betonte, dass es bei der Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, nicht dazu kommen werde, dass die Autobahnen privatisiert würden. Dies werde die SPD nicht mitmachen. Die Autobahnen seien schon von allen Steuerzahlern bezahlt. Für Gesine Löttsch (Die Linke) lenken die Reden über die „Schwarze Null“ nur von der Ungerechtigkeit im Steuersystem ab. Es sei nicht gerecht, dass die Reichen in Deutschland immer reicher würden und die Armen immer ärmer. Deshalb habe ihre Fraktion gefordert, das Kindergeld deutlich zu erhöhen. Dies sei von der Koalition abgelehnt worden. „Die Koalition hat kein Herz für Kinder“, sagte sie. Alle Vorschläge der Linksfraktion seien zu finanzieren, wenn das Steuersystem gerechter würde. Zurzeit hätten ein Prozent der

Vermögens insgesamt ein Drittel des Gesamtvermögens. Es sei endlich Zeit umzusteuern, betonte sie und kritisierte, dass in den kommenden Jahren 130 Milliarden Euro für „Kriegsgeräte“ ausgegeben werde. Es sei nötig aus der Rüstungsindustrie auszustiegen. Zudem forderte sie eine solidarische Rente und ein solidarisches Gesundheitssystem, da viele Leute „mit Recht“ Angst vor der Altersarmut und steigenden Gesundheitskosten hätten.

„Dies ist ein Haushalt der verpassten Chancen“, betonte der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sven-Christian Kindler. Mit dem Etat würde nur der Status Quo verwaltet. Der Investitionsstau würde fortgesetzt und es gebe keine sinnvolle Innovationsstrategie. Dabei sei es richtig, dass die EU-Kommission mehr Investitionen in Deutschland fordere. Es gebe zudem keine Konzepte für die Alters- und Kinderarmut und für den sozialen Wohnungsbau. Dafür werde der Rüstungsetat „extrem aufgebläht“ und falsche Prioritäten beim Klima-

schutz gesetzt. So würden auch im kommenden Jahr die klimaschädlichen Investitionen weiter steigen.

Zins-Unsicherheiten Dass im Haushalt die Zukunft abgebildet wird, machte auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) deutlich und wies vor allem auf die Risiken hin: „Die Lage wird nicht einfacher, sondern eher herausfordernder“, sagte er. Die finanziellen Spielräume bei den Einnahmen würden nicht größer, die Ausgaben aber mit Sicherheit – und damit auch die Zinsen könnten nicht weiter sinken und die Steuereinnahmen würden künftig eher langsamer wachsen. Die Migration sei nur eine Herausforderung. Auch in den kommenden Jahren müssten zusätzliche Mittel für mehr Sicherheit und humanitäre Hilfen bereitgestellt werden. „Wir dürfen uns auf den erreichten Erfolgen nicht ausruhen“, betonte Schäuble

Michael Klein |

»Mit der SPD wird es keine Privatisierung der Autobahnen geben.«

Johannes Kahrs (SPD)

»Der Etat 2017 ist ein Haushalt der verpassten Chancen.«

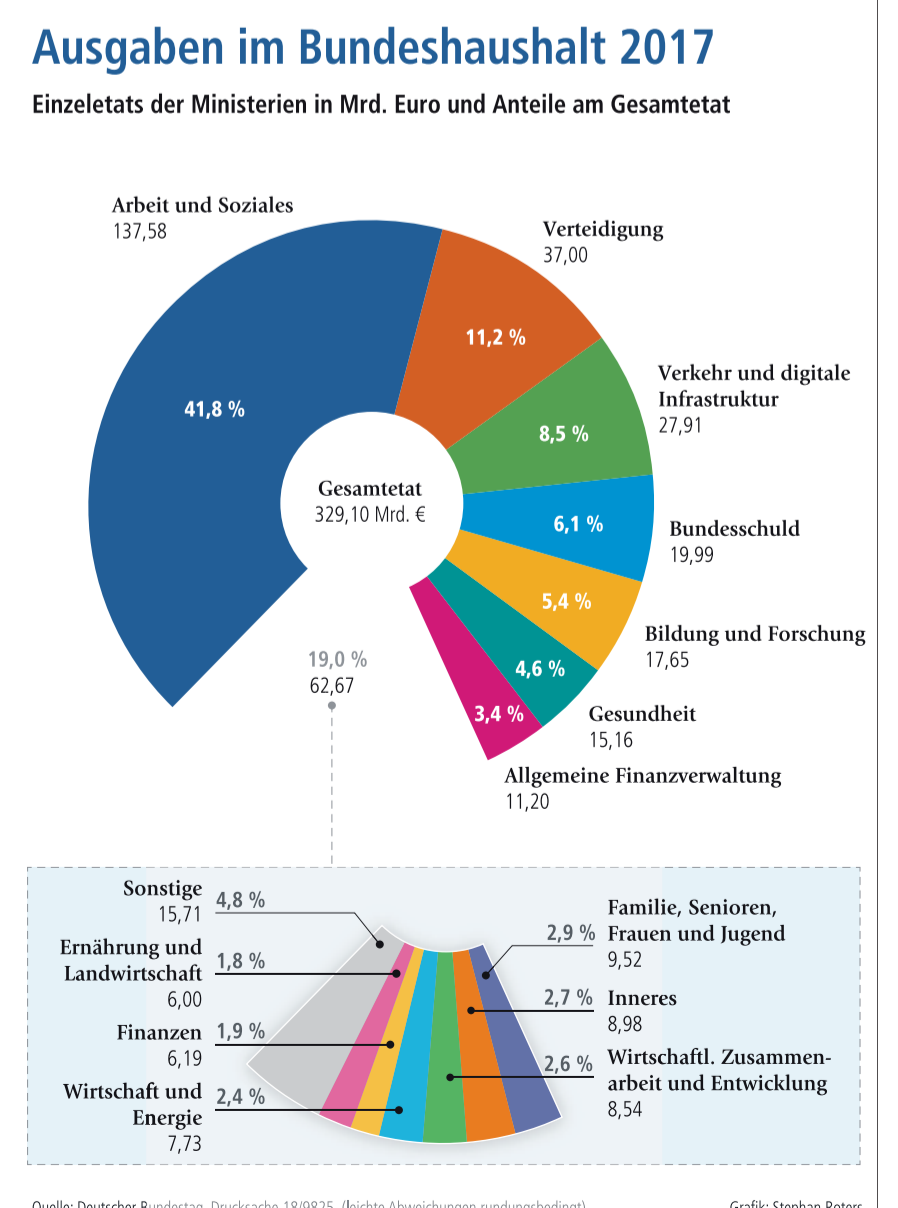
Sven-C. Kindler (Grüne)



Einzelplan		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2017 in 1.000 €	Veränderungen zu 2016 in 1.000 €	2017 in 1.000 €	Veränderungen zu 2016 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	36.535	+ 2.215
02	Deutscher Bundestag	1.648	- 5	870.237	+ 13.256
03	Bundesrat	97	+ 28	28.494	+ 3.498
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2.885	- 39.280	2.798.010	+ 384.911
05	Auswärtiges Amt	149.501	+ 709	5.232.408	+ 422.268
06	Bundesministerium des Innern	620.433	+ 133.890	8.977.588	+ 1.176.100
07	Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	541.623	+ 14.304	838.622	+ 93.130
08	Bundesministerium der Finanzen	308.471	- 26.039	6.193.961	+ 308.810
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	458.554	- 7.386	7.734.979	+ 113.196
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	67.079	- 736	6.002.552	+ 407.384
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.986.581	+ 56.510	137.582.419	+ 7.693.435
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	5.620.029	- 398.380	27.911.432	+ 3.339.773
14	Bundesministerium der Verteidigung	412.030	+ 169.960	37.004.839	+ 2.716.992
15	Bundesministerium für Gesundheit	99.166	- 11.770	15.159.227	+ 586.316
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	764.752	+ 105.447	5.621.259	+ 1.076.863
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	76.150	+ 6.751	9.523.221	+ 419.548
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	31.564	+ 2.373
20	Bundesrechnungshof	4.189	+ 2.504	150.927	+ 2.317
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	11	-	15.395	+ 1.679
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	930.552	+ 310.377	8.541.040	+ 1.134.289
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	36.276	- 47.600	17.649.867	+ 1.249.602
32	Bundesschuld	1.253.448	- 275.972	19.991.040	- 5.236.080
60	Allgemeine Finanzverwaltung	315.766.292	+ 11.355.803	11.204.384	- 3.711.875
SUMME		329.100.000	+ 12.200.000	329.100.000	+ 12.200.000

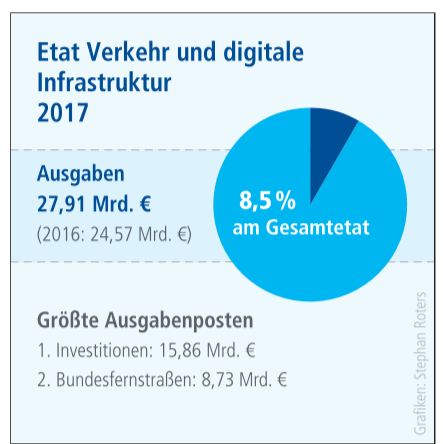
Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/9825

Grafik: Stephan Roters



An starken Worten ließ es Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) während der Zweiten Lesung des Etats seines Ministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vergangene Woche nicht fehlen. Von einem Investitionshochlauf war die Rede, vom stärksten Straßen- und Schienennetz der Welt, dem dynamischen Breitbandausbau in Europa und klaren Finanzierungsperspektiven. Die Zahlen geben dem Minister Recht. Mit 16,93 Milliarden Euro ist der Infrastrukturhaushalt der größte Investitionset im Bundeshaushalt 2017.

Die mit den Stimmen der Koalition verabschiedeten Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses zum Einzelplan 12 (18/9812, 18/9824) lassen insgesamt Ausgaben in Höhe von 27,91 Milliarden Euro zu. In der Regierungsvorlage (18/9200) lagen sie noch bei 26,82 Milliarden Euro und der Investitionsumfang bei 15,86 Milliarden Euro. Allein für den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals wurde bei den Haushaltsberatungen der Zuschuss um zehn Millionen Euro auf 13,8 Millionen Euro



erhöht. Weitere 1,09 Milliarden Euro zusätzlich wurden bei der Bereinigungsitzung beschlossen, vorrangig zur Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG. Freude über den Rekordinvestitionshaushalt kam während der Debatte aber lediglich bei der Koalition auf. Vom „größten Investitionsetat seit Menschengedenken“, auf den man stolz sein könne, sprach Bettina Hagedorn (SPD). Norbert Brackmann (CDU) lobte den Verkehrsminister. Es sei auch Dobrindts Verdienst, dass der Infrastrukturausbau innerhalb dieser Legislaturperiode um 5,2 Milliarden Euro gesteigert worden sei.

»Privatisierungshochlauf« Ganz anders die Opposition. Oliver Krischer (Grüne) sprach von einem „Haushalt der verpassten Chancen“. Der Etat stehe eher für das Gesteirne als das Morgen in der Mobilitätspolitik, bemängelte Roland Claus (Die Linke). Der von Dobrindt angepreisene Investitionshochlauf sei tatsächlich ein Privatisierungshochlauf, sagte Claus. Gegen privates Geld für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur habe seine Fraktion im Grunde nichts einzuwenden, so der Linken-Abgeordnete.



Neuer Rekord

VERKEHR Der Infrastrukturhaushalt steigt erneut. Die Opposition kritisiert Minister Dobrindt dennoch

Der rund 62 Kilometer lange Elbe-Lübeck-Kanal soll ausgebaut werden. Mit 13,8 Millionen Euro will der Bund das Vorhaben im kommenden Jahr unterstützen.

ordnete. Es gebe dabei aber einen entscheidenden Unterschied: „Sie wollen bei Fonds und Versicherungen betteln gehen und Schäfte machen. Wir wollen sie gerecht besteuern und auf diese Weise mehr Geld für die öffentliche Infrastruktur herbeiführen“, machte er deutlich.

Geld sei nun vorhanden, doch es fehle an Planungskapazitäten, betonte Norbert Brackmann (CDU). Schon in der jüngeren Vergangenheit sei das der Grund dafür gewesen, dass vorhandene Mittel für Straßenausbauten nicht genutzt wurden. Mit Blick auf die geplante Infrastrukturgesellschaft

sagte der Unionsabgeordnete, der Bund schaffe vor dem Hintergrund, dass es zu wenig Ingenieure gebe, einen Studiengang für Ingenieurwesen an der Bundeswehruniversität in Hamburg. „Das zeigt: Wir denken langfristig und sorgen für die Ressourcen, die wir dann brauchen.“

„Die Autobahngesellschaft bleibt beim Bund“, machte Bettina Hagedorn deutlich. Sie freue sich, dass sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in dieser Frage gegen Finanzminister Schäuble durchgesetzt habe. „Die Opposition sollte das eigentlich auch freuen“, fügte sie hinzu.

Harsche Kritik an Dobrindt übte Oliver Krischer. Das Hauptproblem der deutschen Verkehrspolitik sei, dass es keinen Verkehrsminister gebe. „Wir haben leider nur einen CSU-Beauftragten zur Durchsetzung der vermaledeiten CSU-Ausländermaut“, sagte der Grünen-Abgeordnete.

Dobrindt wiederum kritisierte den „Verkehrspessimismus“ der Grünen. Deutschland stehe 2017 vor einer Richtungsentscheidung, sagte er. „Es geht darum, ob es mit uns Innovationen und Investitionen gibt oder mit den Grünen Stagnation und Stillstand.“ Götz Hausding

Steuerquellen sprudeln

FINANZVERWALTUNG Einnahmen steigen weiter an

Die Einnahmen des Bundes sollen im kommenden Jahr 315,77 Milliarden Euro betragen. Das sind 850,93 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen. In diesem Jahr sind es 303,56 Milliarden Euro. Die erwarteten Mehreinnahmen gegenüber dem Regierungsentwurf beruhen auf der jüngsten Steuerschätzung.

Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2017 insgesamt 301,34 Milliarden Euro (288,37 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen leicht von 5,52 Milliarden Euro auf 5,62 Milliarden Euro steigen.

Im Einzelnen wird danach bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 85,65 Milliarden Euro auf 89,75 Milliarden Euro erwartet. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 82,93 Milliarden Euro (2016: 78,48 Milliarden Euro) vorgesehen. Der 50-prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 13,38 Milliarden Euro (9,5 Milliarden Euro) betragen.

Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt rund 40 Milliarden Euro (39,2 Milliarden Euro) betragen. Leicht ansteigen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,36 Milliarden Euro auf 14,7 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen fast unverändert 1,05 Milliarden Euro betragen. Die Einnahmen aus der Versicherungsteuer sollen

bei 13,05 Milliarden Euro (12,7 Milliarden Euro) liegen.

Die Kfz-Steuer soll 8,9 Milliarden Euro (8,8 Milliarden Euro) bringen. Leicht ansteigen sollen mit 1,11 Milliarden Euro die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer (1,04 Milliarden Euro).

Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2017 wie in diesem Jahr insgesamt 2,5 Milliarden Euro betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von drei Millionen Euro (44 Millionen Euro). Dazu gehören unter anderem die Beteiligungen an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, der Anteile an den Flughäfen Köln/Bonn und München sowie die Einnahmen aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung. Die Veräußerungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen, heißt es im Entwurf der Regierung.

Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Gesamtausgaben im kommenden Jahr 306,51 Millionen Euro (331,58 Millionen Euro) betragen. Die Zuweisungen an den Entschädigungsfonds sollen von 200 Millionen Euro in diesem Jahr auf 175 Millionen Euro im kommenden Jahr fallen.

Die Ausgaben des Einzelplans summieren sich auf 11,21 Milliarden Euro (14,92 Milliarden Euro). mik

Mehr für die Kultur

BUNDESKANZLERAMT Aufwuchs von 317 Millionen Euro

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2017 über 2,79 Milliarden Euro (2016: 2,41 Milliarden Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch 2,48 Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt wurden die Ausgaben in diesem Einzelplan in den parlamentarischen Beratungen damit um 316,61 Millionen Euro erhöht.

Während für das Personal insgesamt 295,82 Millionen Euro (276,64 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 997,35 Millionen Euro (770,22 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 918,37 Millionen Euro für 2017 insgesamt 1,1 Milliarden Euro eingeplant. Für Investitionen sind 398,534 Millionen Euro (269,57 Millionen Euro) reserviert.

Den größten Anteil am Gesamtetat hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die im kommenden Jahr rund 1,2 Milliarden Euro für ihre Aufgaben zur Verfügung hat. In diesem Bereich gab es in den parlamentarischen Beratungen auch die meisten Veränderungen (siehe Seite 7).

Für die Bundeskanzlerin und ihr Amt sind rund 67 Millionen Euro (67,93 Millionen Euro) eingeplant. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) sollen von 77,93 Millionen Euro auf 80,49 Millionen Euro steigen. Das Bundesarchiv soll über 67,42 Millionen Euro (63,25 Millionen Euro) verfügen können.

Der nicht weiter erläuterte Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst (BND) ist bei den parlamentarischen Beratungen von 807,27 Millionen Euro auf 832,86 Millionen Euro erhöht worden. In diesem Jahr sind dafür noch 723,84 Millionen Euro vorgesehen.

Der Haushalt der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll 104,15 Millionen Euro (104,77 Millionen Euro) umfassen und für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind 26,96 Millionen Euro (26,01 Millionen Euro) bereitgestellt.

Die Ausgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sollen 991.000 Euro (994.000 Euro) betragen. mik

Union will nicht nur in die Metropolen schauen

BAU UND UMWELT Etat von Bundesministerin Barbara Hendricks (SPD) wächst um 24 Prozent. Opposition kritisiert Wohnungs- und Klimapolitik

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) kann 2017 mit deutlich mehr Mitteln rechnen. Der Etat erhöht sich im Vergleich zu diesem Jahr um 24 Prozent auf 5,62 Milliarden Euro. 2016 verfügte das Ressort von Bundesministerin Barbara Hendricks (SPD) über rund 4,54 Milliarden Euro. Bei der Schlussdebatte über den Einzelplan 16 (18/9200, 18/9815, 18/9824, 18/9825, 18/9826) standen vor allem die Themen Wohnungsbau und Klimaschutz im Vordergrund. Während Hendricks „alle Bereiche“ ihres Hauses durch den Haushalt gestärkt sah, kritisierte die Opposition die Ansätze im Etat und die Politik von Koalition und Bundesregierung als unzureichend.

Mit Abstand größter Ausgabenposten im Etat ist der Bereich Städtebau und Wohnungswesen. Hierfür sind rund 3,6 Milliarden Euro veranschlagt. Der Zuschuss für die Länder für den Sozialen Wohnungsbau fällt mit 1,5 Milliarden Euro 500 Millionen Euro höher aus als im Vorjahr. Für die Städtebauförderung sind Programmmitel in Höhe von 790 Millionen Euro als Verpflichtungsrahmen vorgesehen. Für die Sanierung kommunaler Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen sind 150 Millionen veranschlagt. Im ersten Haushaltsentwurf waren dafür noch 50 Millionen Euro vorgesehen.

Streithema Wohnungsbau Hendricks verwies darauf, dass erneut die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau erhöht wurden. Dieser sei in den vergangenen Jahren aus einem „Dornröschenschlaf“ geweckt worden. „Städtebau und Stadtteilentwicklung stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, erklärte die Ministerin. Heidrun Bluhm (Die Linke) zog hingegen

ein „ermüthertes Fazit“. Das Motto des Koalitionsvertrages – „Deutschlands Zukunft gestalten“ – werde verfehlt. Er reiche nicht mal, um die Gegenwart zu verwalten. Nichts von dem, was die Bundesregierung im Wohnungsbereich angegangen sei, funktioniere. Ein Beispiel sei die Mietpreisbremse, kritisierte Bluhm. Die Bundesregierung investiere viel zu wenig in den Sozialen Wohnungsbau, sagte die Abgeordnete. Im Verhältnis zwischen Staat und Markt müsse etwas geändert werden.

Auch Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte die Wohnungspolitik von Bundesregierung und Koalition. Er forderte „bezahlbare Mieten statt maximale Renditen in unseren Innenstädten“. Baupolitik müsse auch ökologisch sein, sagte der Grünen-Abgeordnete. Sowohl Linke als auch Grüne erneuerten während der Debatte ihre Forderung nach der Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Steffen-Claudio Lemme (SPD) wertete den Etat erwartungsgemäß positiver. „Mit dem Haushalt werden die richtigen Impulse gesetzt“, betonte der Sozialdemokrat. Er wies darauf hin, dass Deutschland in den kommenden Jahren mit tiefgreifenden Veränderungen rechnen müsse. Der Haushalt sei eine Antwort auf den Zuzug und die demografischen Veränderungen. Auch der Sozialdemokrat mahnte, dass mehr preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden müsse. Zwar ziehe der Bausektor inzwischen an, es reiche aber noch nicht. Es drohe ein „Verteilungskampf, der den Populisten in die Hände spielt“, warnte Lemme. Volkmar Vogel (CDU) sprach sich für eine verstärkte Förderung des Wohneigentums aus. Dies sei die „sozialste Antwort“ auf die Herausforderungen am Wohnungsmarkt. Der Christdemokrat mahnte, „dass wir nicht nur auf die Metropolen schauen,

sondern auch auf die kleinen und mittelgroßen Städte“. Auch der ländliche Raum dürfe nicht vergessen werden, sagte Vogel. Sein Fraktionskollege Georg Nüßlein (CSU) warnte ebenfalls davor, sich auf eine bestimmte „Gebietskulisse“ zu beschränken. Die Förderung von Wohneigentum sei auch in ländlichen Räumen und in Mittelstädten wichtig, sagte der Christsoziale. Nüßlein verwies dabei auf die Unions-Idee eines Baukindergeldes.

Plan in der Kritik Für den Klimaschutz sind im Haushalt Ausgaben von 478 Millionen Euro vorgesehen. 386 Millionen Euro sollen in Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland fließen, 65 Millionen Euro sind für die Nationale Klimaschutzinitiative vorgesehen. Während der Debatte stand aber vor allem der Klimaschutzplan 2050 (18/10370) der Bundesregierung im Fokus der Oppositionskritik. Diesen hatte das Bundeskabinett nach langen Querelen Mitte November beschlossen. Inhaltlich geht es im Klimaschutzplan unter anderem um den Umbau der Energiewirtschaft und eine Abwendung von fossilen Energien hin zu erneuerbaren Energien. Ziel ist es unter anderem, den Verkehrssektor treibhausgasneutral aufzustellen und die Emissionen im Landwirtschaftssektor zu halbieren. Grünen-Haushälter Kindler kritisierte die deutsche Umwelt- und Klimapolitik grundsätzlich – und ging auch die Ministerin scharf an. Sie sei bloß eine „Ankündigungsmaschine“. So gebe es keine Angleichung von Diesel- und Benzinbesteuerung und keinen Fahrplan für den Kohleausstieg – immer hätten sich andere Minister im Kabinett durchgesetzt, sagte der Grünen-Politiker. „Das ist eine Katastrophe für das Klima und den Umweltschutz in Deutschland“, sagte Kindler. Auch beim Klimaschutzplan habe sich Hendricks trotz eines „sehr engagierten Entwurfs“ nicht durchgesetzt. Unter anderem monierte Kindler, dass die Halbierung des Fleischkonsums bis 2050 gestrichen worden sei.

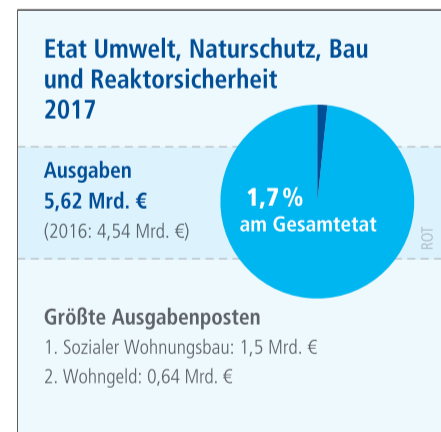
KURZ NOTIERT

Ausgaben für Schulden sinken weiter

Nach den parlamentarischen Beratungen betragen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2017 rund 19,99 Milliarden Euro. Damit sollen die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um 124,33 Millionen Euro fallen. In diesem Jahr sollen die Ausgaben bei der Bundesschuld 25,28 Milliarden Euro betragen. Für den Schuldendienst sind rund 19 Milliarden Euro (2016: 23,77 Milliarden Euro) und für Investitionen 0,79 Milliarden Euro (1,41 Milliarden Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen um 3,58 Millionen Euro auf 44,07 Millionen Euro (40,49 Millionen Euro) steigen. mik

Keine Änderungen beim Etat des Bundesrats

Unverändert ist bei den parlamentarischen Beratungen der Etat des Bundesrates geblieben. Damit steigen die Ausgaben von 25 Millionen Euro in diesem Jahr auf 28,17 Millionen Euro im Jahr 2017. Der größte Posten sind die Ausgaben für das Personal, die von 15,53 Millionen Euro auf 16,35 Millionen Euro steigen sollen. Für sächliche Verwaltungsausgaben stehen 10,84 Millionen Euro (2016: 8,72 Millionen Euro) zur Verfügung. Für Investitionen sind nach 440.000 Euro im Haushaltsjahr 2016 im kommenden Jahr 595.000 Euro eingestellt. Die Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) steigen von 303.000 Euro auf insgesamt 392.000 Euro. mik



Unions-Abgeordneter Nüßlein bezeichnete dieses Vorhaben hingegen als „ausgeprägtes Schnapsidee“ zum Gängel der Bürger. Vielmehr müssten Anspruch und Augenmaß bei der Klimapolitik in einem sinnvollen Verhältnis stehen, sagte Nüßlein. Ein „Renationalisierungsansatz“ beim Klimaschutz sei falsch, vielmehr führe nur ein „gemeinsames europäisches Vorgehen zum Ziel“, erklärte der Christsoziale. Ministerin Hendricks wies die Kritik an der

deutschen Klimapolitik ebenfalls zurück. Im Gegenteil: Auf der Klimakonferenz in Marrakesch habe es viel Lob für das deutsche Engagement gegeben, betonte sie. Deutschland nehme eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Klimaabkommens von Paris ein. Hendricks stellte sich auch vor den Klimaschutzplan. Gerade beim Kohleausstieg gehe es darum, einen Strukturwandel mit Augenmaß voranzutreiben, erklärte Hendricks. Der Parteitagbeschluss der Grünen, aus der Kohle bis 2025 auszustiegen, sei hingegen „gequirter Unsinn“, sagte die Ministerin.

Soviel Eigenlob konnte Linken-Abgeordnete Caren Lay allerdings nicht stehen lassen. Sie wies darauf hin, dass Deutschland in Marrakesch den „Fossil of the Day“, einen Negativpreis für schlechte Klimaarbeit des NGO-Verbands „Climate Action Networks“, verliehen bekommen habe. Der Klimaschutzplan sei ein Trauerspiel. Lay sprach sich außerdem für eine sozial gerechtere Klimapolitik aus. So forderte sie eine Abschaffung der Modernisierungsumlage, um den Schutz der Mieter vor einer Vertreibung durch energetische Sanierung zu gewährleisten. Pia Jaeger

Begleitgremium besetzt

ENDLAGER Bundesrat und Bundestag wählen Mitglieder

Der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) wird künftig dem Nationalen Begleitgremium für die Suche nach einem Atomüll-Endlager angehören. Einem entsprechenden Wahlvorschlag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen (18/10377) zur Besetzung von sechs der vorläufig neun Sitze des Begleitgremiums stimmte der Bundestag am Donnerstag einvernehmlich zu. Der Bundesrat folgte dem Vorschlag in seiner Sitzung am Freitag. Dem Gremium werden mit Klaus Brunsmeier (Bundesvorstandsmitglied des

BUND) und Armin Grunwald (Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) auch zwei ehemalige Mitglieder der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe angehören. Weitere Mitglieder sind Monika Müller (Evangelische Akademie Loccum), Kai Niebert (Präsident des Deutschen Naturschutzrings) und Miranda Schreurs (Hochschule für Politik, München). Hinzu kommen zwei Bürger sowie ein Vertreter der Jugend. Sie wurden in einem gesonderten Verfahren Anfang November ermittelt. scr





Nicht nur die Kirche wie hier in Sargstedt in Sachsen-Anhalt soll im Dorf bleiben, auch Schulen, Post, Bank und Läden gehören eigentlich zur Grundausstattung.

© picture-alliance/ZB/eurulufbild.de

Künstlern wird weiter geholfen

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT Ohne Änderungen ist es bei den Haushaltsberatungen des Etats des Bundespräsidenten und des Bundespräsidenten geblieben. Damit kann der Präsident und sein Amt 2017 über 36,09 Millionen Euro (2016: 34,32 Millionen Euro) verfügen.

Dabei steigen die Personalausgaben von 19,5 Millionen Euro auf 20,67 Millionen Euro. Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen ebenfalls von 9,49 Millionen Euro auf 10,28 Millionen Euro. Für Investitionen sind nach 1,28 Millionen Euro in diesem Jahr für kommendes Jahr eine Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 4,14 Millionen Euro (4,04 Millionen Euro) vorgesehen.

Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen 4,94 Millionen Euro (4,73 Millionen Euro) betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,65 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen Euro davon sind wie in diesem Jahr für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert.

1,35 Millionen Euro sind gleichbleibend für die Gewährung von Ehrengaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung vorgesehen. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten betragen 2017 unverändert 227.000 Euro.

Für das Bundespräsidentialamt sind für 2017 insgesamt 21,06 Millionen Euro (19,9 Millionen Euro) reserviert. Davon geht der größte Teil mit 12,81 Millionen Euro (12,24 Millionen Euro) an Personal. Das beim Präsidentialamt angesiedelte Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) kann im kommenden Jahr über 2,09 Millionen Euro verfügen. Das sind 162.000 Euro mehr als 2016. Die Personalausgaben betragen hier 1,31 Millionen Euro (1,29 Millionen Euro). *mik*

Alte Heimat neu entdeckt

WIRTSCHAFT Gabriel fordert Stärkung kleiner Orte. Verweis auf gute ökonomische Daten

Zurück zum Bewährten: Angesichts der „rasanten Veränderungen durch die Digitalisierung“ und wachsender Sorgen der Menschen wegen ihrer Zukunft hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zugesichert, Deutschland bleibe ein „Anker der Stabilität“, der auch andere stabilisieren könne. Den Menschen müsse gezeigt werden, dass sie trotz der Veränderungen in der Welt „in unserem Land sicher und gut leben können“, sagte Gabriel am Donnerstag in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages. Er versprach insbesondere mehr Einsatz für die ländlichen Regionen:

„Nicht nur die Kirche, auch die Grundschule muss im Dorf bleiben.“ Gabriel hob die guten Wirtschaftsdaten hervor. Über 43 Millionen Menschen hätten Beschäftigung. Reallohne und Renten würden steigen. Die Arbeitslosigkeit sei so niedrig wie seit 26 Jahren nicht mehr. Bei den guten Zahlen sei es möglich, die „gewaltige Aufgabe der Flüchtlingsintegration“ bisher ohne Steuererhöhungen zu bewältigen.

Demografischer Wandel Gabriel betonte, die Investitionen des Bundes seien gestiegen, Länder und Kommunen seien in dieser Legislaturperiode um 70 Milliarden

Euro entlastet worden. Das sei besonders wichtig, weil die große Investitionstätigkeit in den Kommunen stattfindet. Er bedauerte die Schließung öffentlicher Einrichtungen wie Krankenhäuser und Gerichte „dort, wo der demografische Wandel dazu führt, dass die Orte kleiner werden. Ich glaube, dass wir das nicht so weitermachen können.“ Es könne keine soziale und liberale Demokratie geben ohne soziale und offene Gemeinden und Dörfer: „Verwahrloste Städte und Gemeinden schaffen verwahrloste Köpfe und Seelen.“ Daher komme es darauf an, die Kraft der Dörfer, Gemeinden und Städte deutlich zu stärken. „Heimat ist ein moderner Begriff“, sagte Gabriel. Der Minister warnte vor konsumtiven Ausgabenversprechen, aber auch vor unbezahlbaren Steuersenkungsversprechen und vor einem Wettlauf von Unternehmenssteuersenkungen in Europa.

Thomas Jurk (SPD) stellte fest, die Wirtschaft befinde sich auf solidem Wachstumskurs. „Die Erwerbstätigkeit liegt auf hohem Niveau, und die Arbeitslosigkeit sinkt kontinuierlich.“ Allerdings würden immer noch zu viele Menschen trotz harter Arbeit zu geringe Löhne beziehen, auch wenn der Mindestlohn zu Lohnsteigerungen und zu einer höheren Nachfrage geführt habe.

Roland Claus (Die Linke) sagte, die Früchte des Erfolgs seien ungleichmäßig verteilt. Für Millionen von Beschäftigten und deren



als Ziel zu formulieren, „ist keine richtige Politik im 21. Jahrhundert.“ Auch bei der Energieeffizienz komme der Minister nicht voran. 500 Millionen Euro Fördermittel würden ungenutzt liegenbleiben, unter anderem weil der Effizienzfonds nicht funktioniere. Gabriel wies die Kritik mit dem Hinweis zurück, es gebe kein Land der Erde mit einem so detaillierten Klimaschutzplan. Wenn die Grünen Kanada als Vorbild empfehlen würden, sollten sie auch sagen, dass die Alternative zur Kohle dort Fracking und Ölsande heiße.

Mit der Oppositionskritik befasste sich Andreas Mattfeld (CDU). Es könne nicht schaden, wenn die Opposition die Wirklichkeit betrachte und der Frage nachgehe, warum Deutschland im Vergleich zu den Nachbarn wesentlich besser dastehe. Seit Jahren gebe es kontinuierliches Wachstum, und „wir sind eine der führenden Exportnationen weltweit“. Das liege auch am starken Mittelstand. Made in Germany „steht nach wie vor für Qualität und Verlässlichkeit und verkauft sich ausgesprochen gut“. Minister Gabriel kann im kommenden Jahr über rund 7,73 Milliarden Euro verfügen. Änderungsanträge der Oppositionsfractionen (18/10401, 18/10402, 18/10403) wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Die Linke wollte mehr Geld für den Mittelstand, die Grünen forderten mehr Mittel für industrielle Forschung. *Hans-Jürgen Leersch*

Geld für Wahl des Präsidenten

BUNDESTAG Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments verfügen im Jahr 2017 über 870,24 Millionen Euro. Das sind 13,26 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2016: 856,98 Millionen Euro). Bei den parlamentarischen Beratungen wurden die Ausgaben gegenüber dem Regierungsantrag um 20,55 Millionen Euro erhöht. Die Personalausgaben sollen 602,04 Millionen Euro (577,92 Millionen Euro) betragen. Für Investitionen sind 23,62 Millionen Euro (38,97 Millionen Euro) eingeplant und für sächlichen Verwaltungsausgaben 134,01 Millionen Euro (135,41 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 110,56 Millionen Euro (104,67 Millionen Euro) vorgesehen.

Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages betragen 2017 4,56 Millionen Euro (4,53 Millionen Euro). Für die 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament stehen im kommenden Jahr insgesamt 6,95 Millionen Euro (6,65 Millionen Euro) bereit. Für die Bundesversammlung, die im kommenden Jahr den Bundespräsidenten wählt, sind 1,73 Millionen Euro reserviert. *mik*

STICHWORT

Wirtschaftsdaten mit deutlichem Aufwärtstrend

> **Beschäftigung** Alle Wirtschaftsdaten zeigen klar nach oben, der Gang zum Jobcenter (Bild) wird seltener. 43,7 Millionen Menschen waren im August 2016 erwerbstätig, 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

> **Arbeitslosigkeit** Die Arbeitslosigkeit sank im Sommer dieses Jahres auf 2,61 Millionen und war so niedrig wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr.

> **Exporte** Der Leistungsbilanzsaldo stieg im August auf 17,9 Milliarden Euro und ist 3,4 Milliarden höher als im Vorjahr.



Milchpreiskrise und Geflügelpest belasten Bauern

LANDWIRTSCHAFT Opposition sieht Verschärfung der Probleme durch Steuermillionen für Produktionsausweitung

Die Agrarbranche steht unter Druck. Niedrige Preise auf den Rohstoffmärkten und das in Europa unter Wildvögeln um sich greifende ansteckende Virus H5N8 verderben die Aussichten der Bauern auf Besserung. „Die Geflügelpest wird sehr ernst genommen“, versicherte Agrarminister Christian Schmidt (CSU) umgehend bei der Beratung über den Haushaltsentwurf 2017 des Landwirtschaftsministeriums (Einzelplan 10, 18/9200, 18/9202) am vergangenen Donnerstag. Gut vorbereitet sah der Minister den Bund und die Länder, weitere Virus-Einträge in die Nutzgeflügelbestände zu verhindern. Durch die Reform der Geflügelpestverordnung könnten die Bundesländer effektiv gegen die Ausbreitung des Virus vorgehen. Darüber hinaus sei dem Ministerium mit insgesamt sechs Milliarden Euro Budget im kommenden Jahr (2016: 5,6 Milliarden Euro) eine Grundlage gegeben worden, die Förderung der ländlichen Regionen zum politischen Schwerpunkt zu machen. „Niemand darf das Gefühl haben, er sei abgehängt“, sagte der Minister. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sollen das Ziel sein. Unter anderem dafür sollen die über 750 Millionen Euro aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

(GAK) verwendet werden.

Gutes Zeichen Dass die Bundesregierung rund 400 Millionen Euro mehr ausgeben wolle als ursprünglich vorgesehen, wurde von Heidrun Bluhm (Linke) als gutes Zeichen gedeutet. Doch sei der Mittelaufwuchs auch ein Zeichen der Hilflosigkeit. Bluhm kritisierte, dass die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Milchkrise nur auf die Behandlung der Symptome setze. So seien in diesem Haushaltsjahr rund 58 Millionen Euro der GAK für Investitionsförderungen zum Ausbau von Ställen und zur Ausweitung der Milchproduktion ausgegeben worden. „Damit wurde das Problem verschärft“, meinte Bluhm. Und nun sollen mit neuen „Steuermillionen“ die Brände gelöscht werden, indem öffentliche Mittel zur Entschädigung bei der Reduzierung der Milchmengenproduktion ausgeben werden.

Ulrich Freese (SPD) hob gegen zu viel Schwarzmalerei hervor, dass zu den rund sechs Milliarden Euro im Agrarhaushalt weitere fünf Milliarden aus der EU hinzuzurechnen seien. Insgesamt stünden über alle Fördertöpfe hinweg fast zwölf Milliarden Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung. Dennoch seien die Herausforderungen groß, konstatierte Wilhelm Pries-

meier (SPD). „In den Milchbetrieben fehlen sechs bis sieben Milliarden Euro Einnahmen aus den vergangenen zwei Jahren“, sagte er. Priesmeier erhoffte sich Besserung durch die Möglichkeit der steuerlichen Glättung von Gewinnen zum Ausgleich schwankender Einnahmen, die ab dem kommenden Jahr den Betrieben ein zur Verfügung steht.

„Einen Haushalt der verpassten Chancen“, nannte Harald Ebner (Grüne) den Regierungsentwurf. Der ökologische Zustand der Welt hänge auch von der Landwirtschaft ab, betonte er, doch die Weichen sei-

en falsch gestellt, weil die Landwirtschaft keinen Beitrag zur Verbesserung der Situation leiste. Die Bundesregierung versäume Investitionen in Zukunftsprojekte. „Während in anderen EU-Ländern die Biobio-landwirtschaft boomt, passiert in Deutschland kaum etwas“, kritisierte er. Die Förderung des Ökolandbaus sei mit nur 20 Millionen Euro unterfinanziert.

Franz-Josef Holzenkamp (CDU) sah den ländlichen Raum durch den Haushalt 2017 gestärkt. „Doch die Märkte können nicht gesteuert und Preise nicht festgelegt werden“, verteidigte er den Entwurf gegen Kritik. Ohnehin würden die Betriebe nicht alleine gelassen, zum Beispiel durch die Unterstützung in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Die Beschlussempfehlung (18/9810, 18/9824, 18/9825) und der Bericht des Haushaltsausschusses (18/9826) zum Einzelplan 10 wurden in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition bei Ablehnung durch die Opposition angenommen. *Jan Eisel*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Anzeige

Wer wird Bundestagsabgeordneter?



Die Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl

Analyse der Nominierungen von CDU und SPD in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2009

Von Dr. Christian Steg

2016, 411 S., brosch., 74,- €

ISBN 978-3-8487-3050-6

eISBN 978-3-8452-7201-6

(Parteien und Wahlen, Bd. 14)

nomos-shop.de/27271

Wer wird Mitglied des Deutschen Bundestages? Wichtige Vorentscheidungen treffen die Parteien bei ihrer Kandidatenaufstellung – viele Monate vor der Wahl. Christian Steg analysiert die in der Wissenschaft wenig beachteten Prozesse am Beispiel von CDU und SPD in Baden-Württemberg. Er vermittelt mit seiner „Entscheidungsanalyse“ ein realitätsnahes Bild der oft undurchschaubaren innerparteilichen Verhältnisse. Die verschlungenen Prozesse der Wahlkreisnominierung und der Aufstellung der Landesliste zeichnet er so detailliert wie differenziert nach.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de



Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Mit Sorge in Rente

ARBEIT UND SOZIALES In der Debatte über den Etat ging es vor allem um eine Frage: Wie kann man von seiner Arbeit und später im Alter gut leben?

Die Konjunktur ist gut, Fachkräfte werden gesucht. Die Rentner von morgen sorgen sich jedoch schon jetzt: Wird meine Rente reichen?

© picture-alliance/Westend 61

Die steigt und steigt – jedes Jahr und auch nicht zu knapp. Die Summe, die der Bund jährlich in die gesetzliche Rentenversicherung pumpet, wird im kommenden Jahr stolze 91,02 Milliarden Euro betragen. Das ist ein Plus von 4,3 Milliarden Euro gegenüber 2016. Traditionell ist dieser Posten der größte im 137,58 Milliarden Euro starken Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, weshalb er selten ein größerer Aufreger ist. So war es auch vergangene Woche, als der Bundestag den Etat von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) in der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/9200; 18/9811; 18/9824; 18/9825; 18/9826) mit den Stimmen von Union und SPD zustimmte. Abgesehen von diesen konkreten Milliarden sorgte das Thema Rente dennoch für größere Aufmerksamkeit, weil zwei mit Spannung erwartete Ereignisse kurz bevor-

standen: Der Koalitionsgipfel zur Rente am Abend nach der Debatte und die Verkündung des Rentenkonzeptes aus dem Hause Nahles am folgenden Morgen. Die Ministerin selbst konnte und wollte im Bundestag dazu nicht konkreter werden. Sie verwies jedoch auf die „Schutzlücken“ bei der Alterssicherung von Selbstständigen und machte klar, dass es eine „doppelte Haltelinie“ für Rentenniveau und Beitragssatz geben müsse, um Altersarmut zu bekämpfen. „Dreh- und Angelpunkt“ dafür sei aber, eine gute Arbeitsmarktlage zu ermöglichen, sagte Nahles.

Eine andere Realität Aus Sicht der Oppositionsfractionen hat die Große Koalition auf diesem Gebiet vor allem „Chancen verpasst“, wie es Markus Kurth, der rentenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, mehrfach ausdrückte. Es sei verständlich, dass die Koalition die gute Konjunktur lobe. „Höchst problematisch ist es aber, wenn man dabei ignoriert, dass die Zahl der arbeitenden Armen und der von Armut betroffenen Kinder dennoch nicht zurückgegangen ist“, kritisierte er. Die Bundesregierung versäume es seit Jahren, ein Modell vorzulegen, das auch Geringverdienern eine Rente oberhalb der Grundsicherung ermöglichen würde. Kurth warb erneut für das grüne Modell einer „Garantierrente“. Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, glaubte sich nach den Reden von Unions- und SPD-Abgeordneten „in einer anderen Welt“. Die Wirklichkeit ganz vieler Menschen sei nämlich eine ganz andere, so Zimmermann. So würde jeder zehnte Arbeitnehmer für einen Armutslohn arbeiten

und 2,6 Millionen Beschäftigte einen Zweitjob haben. „Deutschland ist wie nie zuvor in Arm und Reich gespalten, doch Sie tun so, als gäbe es das nicht“, warf sie der Bundesregierung vor. Zimmermann forderte eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und des Rentenniveaus.

Schiefe Diskussion Offensichtlich leben Regierungs- und Oppositionsfractionen tatsächlich in zwei Welten. Denn auch Karl Schiewerling, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, erkannte nach den Analysen von Grünen und Linken das Land nicht wieder. Er kritisierte die Diskussion um die Rente, weil darin so getan werde, als stünde die Rentenversicherung kurz vor dem Aus. „Das stimmt hinten und vorne nicht und macht den Menschen Angst“, sagte er. Die Alterssicherung basiere auf der Grundlage, dass die umlagefinanzierte Rente kein System zum Kampf gegen Altersarmut ist, sondern ein versicherungsbasiertes System. Deshalb dürfe die Diskussion darum nicht schon von vornherein Dinge ausschließen, sei es, ein sinkendes Rentenniveau oder steigende Beiträge, so Schiewerling. Ewald Schurer, SPD-Haushälter, wies ebenfalls den Vorwurf der Schönfärberei von sich. Man brauche aber nicht zwanghaft zu verschweigen, dass Deutschland bei der Zahl der Arbeitslosen den besten Wert seit 25 Jahren habe. Die Koalition wisse trotzdem, dass es noch sehr viel zu tun gebe, um zum Beispiel Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sagte Schurer. Beim Koalitionsgipfel einigten sich SPD und Union auf Verbesserungen bei der Er-

werbsminderungsrente, eine Angleichung der Ost-West-Renten bis 2025 und eine zeitnahe Umsetzung der Reform der Betriebsrenten. Keine Einigung gab es bei der im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten Solidarrente für Geringverdienere und bei der Frage einer Haltelinie gegen ein weiteres Sinken des Rentenniveaus. Beides ist zwar Bestandteil des Rentenkonzeptes von Andrea Nahles, die fordert, das Rentenniveau dürfe bis 2045 nicht unter 46 Prozent fallen (derzeit liegt es bei 48 Prozent des Durchschnittslohns). Die Union konnte die Ministerin damit jedoch vorerst nicht überzeugen. In dieser Woche wird sich der Bundestag in der Beratung zweier Linken-Anträge erneut mit der Höhe des Rentenniveaus befassen.

Claudia Heine

STICHWORT

Sozialausgaben 2017

> Grundsicherung Für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sind 36,40 Milliarden Euro (2016: 34,12 Milliarden) eingeplant. Davon entfallen 21 Milliarden Euro auf das Arbeitslosengeld II (2016: 20,5 Milliarden).

> Langzeitarbeitslose Für das Bundesprogramm zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit sind, wie in diesem Jahr, 160 Millionen Euro eingeplant.

> Bundesteilhabegesetz Für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sind 14 Millionen Euro angesetzt.

Im Streit über kostspielige Reformen

GESUNDHEIT Krankenkassen melden hohe Überschüsse

Etwas Wahlkampf war schon mit dabei, als Union und SPD vergangene Woche gegen das Votum der Opposition den Gesundheitsetat für 2017 (18/9825; 18/9826) beschlossen. Die Gesundheitspolitik soll ja im Wahljahr 2017 ein ganz großes Thema werden, wobei es mal wieder um nicht weniger als die Systemfrage geht: Bleibt es beim Nebeneinander von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung (GKV/PKV), oder setzen sich SPD, Linke und Grüne mit ihren Vorstellungen einer Bürgerversicherung für alle durch?

Der Etat im Umfang von nunmehr 15,6 Milliarden Euro selbst bietet nur begrenzte Möglichkeiten für kreative Entfaltung, weil allein 14,5 Milliarden Euro für den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds reserviert sind, mit dem die beitragsfreie Familienversicherung von Kindern und Ehepartnern sowie Leistungen für Mutterschaft und Schwangerschaft finanziert werden. Umso eifriger feilschten die Abgeordneten um kleinere Summen, mit denen Schwerpunkte gesetzt werden konnten. In den Ausschussberatungen kamen zuletzt immerhin noch einmal rund 63 Millionen Euro zur ursprünglich veranschlagten Summe hinzu. Der Etat von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) wächst im Jahresvergleich aber vor allem wegen des angehobenen Bundeszuschusses um rund 586 Millionen Euro. Der Bundeszuschuss war in den Jahren 2013 bis 2015 gegenüber dem gesetzlich eigentlich vorgesehenen Niveau von 14 Milliarden Euro um insgesamt 8,5 Milliarden Euro abgeschmolzen worden, um den Haushalt zu konsolidieren. Das Versprechen lautete damals: Der Betrag wächst wieder auf und erreicht 2017 dann dauerhaft sogar 14,5 Milliarden Euro.

in der GKV stabil gehalten würden. Die Begründung, wonach mit dem Geld die Kosten für die Flüchtlingshilfe finanziert werden solle, beinhaltet einen „völlig falschen Zungenschlag“.

Burkhard Blienert (SPD) sagte, angesichts der Rücklagen der Kassen in Höhe von derzeit 15 Milliarden Euro könne vorerst Entwarnung gegeben werden. Allerdings sei die Beitragsstabilität mittel- und langfristig nicht gesichert, weshalb die Rückkehr zur Parität eine „zwingende Notwendigkeit“ sei. Die SPD wolle die Bürgerversicherung, um eine ausgewogene Lastenverteilung sicherzustellen. Die SPD habe im Übrigen mit dazu beigetragen, dass im Haushalt mehr Geld für Beratung und Prävention bereitgestellt werde, Mittel für die HIV-Stiftung sowie für traumatisierte Flüchtlingskinder. Blienert betonte: „Wir ermöglichen mit diesem Haushalt konkrete Hilfsangebote.“

»Wir müssen aufpassen, dass die Beiträge nicht stärker steigen.«

Burkhard Blienert (SPD)

Erich Irlstorfer (CSU) hielt der Opposition vor, „Dinge schlecht zu reden, die sehr ordentlich und gut gemacht wurden“ und nannte als Beispiel die Pflegereform. Er fügte hinzu, die gute Gesundheitsversorgung gebe es nicht zum Nulltarif. Eine Bürgerversicherung würde die Probleme aber nicht lösen. Er verwies auf die unlängst veröffentlichte Studie im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, wonach die Einführung der Bürgerversicherung in der PKV zu einem Abbau von Zehntausenden Stellen führen könnte. Er könne den Mehrwert einer Bürgerversicherung nicht erkennen.

Helmut Heiderich (CDU) lobte die zahlreichen Reformen und schwärmte, das



deutsche Gesundheitssystem sei auch international weit vorne. Im Haushalt würden zudem wichtige Schwerpunkte gesetzt. So stocke Deutschland die freiwilligen Beitragsmittel für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf 35 Millionen Euro auf und übernehme damit global mehr Verantwortung. Auch im Kampf gegen die gefährlichen Antibiotikaresistenzen werde mehr Geld eingesetzt. Zusätzliche Mittel, insgesamt 45,5 Millionen Euro, würden in die gesundheitliche Prävention investiert.

Unterdessen scheinen die jüngsten Zahlen der Krankenkassen den Beitragsoptimisten recht zu geben. Wie die „FAZ“ unter Berufung auf Daten der Krankenkassen berichtete, hat sich die Finanzlage der GKV im 3. Quartal nochmals verbessert. Ende September wiesen die 117 gesetzlichen Kassen demnach einen Überschuss von knapp 1,5 Milliarden Euro aus. Sie hätten ihr Plus von 600 Millionen Euro aus dem ersten Halbjahr damit mehr als verdoppelt. Jedoch wird 2017 mit „starken Ausgaben-schüben“ gerechnet. Claus Peter Kosfeld



Opposition bemängelt Verzögerungen bei der Reform des Unterhaltsvorschlusses

FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND Ausgaben steigen auf 9,5 Milliarden Euro. Bundestag nimmt Kürzungen bei Kinder- und Jugendpolitik zurück

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) gab sich demonstrativ optimistisch: Mit einem Volumen von 9,5 Milliarden Euro falle der vom Bundestag gebilligte Familienetat im kommenden Jahr um mehr als zwei Milliarden Euro höher aus als zu Beginn der Legislaturperiode. „Das ist ein gutes Signal für die Familien in unserem Land“, sagte die Ministerin in der zweiten Lesung ihres Haushaltes in der vergangenen Woche. Der Anstieg der Ausgaben im Familienressort sei unter anderem auf die seit 15 Jahren endlich wieder steigende Geburtenrate zurückzuführen. In der Tat kommen annähernd drei Viertel aller Mittel aus Schwesigs Etat Deutschlands Familien direkt zugute. Die Ausgaben für das Familiengeld steigen im kommenden Jahr von 6,2 auf 6,4 Milliarden

Euro und für Kindergeld und Kinderzuschlag von 594 auf 664 Millionen Euro. Begrüßt werden diese Mehrausgaben von allen Fraktionen des Bundestages. Ebenso wie die Tatsache, dass die im Haushaltsentwurf (18/9200, Einzelplan 17) vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Kinder und Jugendpolitik durch den Haushaltsausschuss (18/9824, 18/9825) rückgängig gemacht werden konnten. Insgesamt erhöhte der Ausschuss den Familienetat während seiner Verhandlungen noch einmal um 328 Millionen Euro.

Überlagert wurde die Debatte allerdings durch die geplante Reform des Unterhaltsvorschlusses, zu der Ministerin Schwesig bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt hat und der vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. Dieser sieht vor, dass Unterhaltsvorschluss nicht nur bis zum zwölften, sondern bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes gezahlt werden soll, wenn ein unterhaltspflichtiger Elternteil seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die bislang geltende Höchstbezugsdauer von 72 Monaten soll ganz entfallen. Von der Ausweitung

des Unterhaltsvorschlusses sollen zusätzlich 260.000 Kinder von Alleinerziehenden profitieren. Ursprünglich sollte der Gesetzesentwurf noch vor Weihnachten vom Bundestag verabschiedet werden und zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Doch die Union und die Länder blockieren derzeit das Vorhaben wegen ungeklärter Finanzierungsfragen. Zudem fehlten in den Kom-

munen die benötigten Sachbearbeiter, um die zusätzlichen Anträge zu bearbeiten. Die Gesetzesvorlage sei „schlampig“, hieß es aus der Kommunalpolitischen Vereinigung der Unionsfraktion in der vergangenen Woche.

Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen forderten in der Haushaltsdebatte die Union und die Länder auf, das Gesetzesvorhaben nicht länger zu blockieren. Jörn Wunderlich (Linke) hielt der Unionsfraktion entgegen, dass Kinderarmut „vielleicht doch nicht so ihr Thema“ sei. Sein Fraktionskollege Michael Leutert wies darauf hin, dass die Reform des Unterhaltsvorschlusses gerade mal 100 Millionen Euro koste: „Das sollte es uns wert sein.“

Ekin Deligöz (Grüne) kritisierte Ministerin Schwesig. Sie habe nicht rechtzeitig mit den Ländern verhandelt. Diese hätten ihre Haushaltsverfahren für das kommende Jahr schon abgeschlossen. In den vergangenen zwei Jahren sei die von der Opposition geforderte Reform des Unterhaltsvorschlusses von der Koalition verhindert worden. Schwesig werde zunehmend zur „An-



Familienministerin Manuela Schwesig (SPD)

© picture-alliance/dpa

kündigungsmuster“, die dann aber nicht liefere. Dies zeige sich auch bei anderen Vorhaben wie dem Familiengeld oder der Schulkinderbetreuung, sagte Deligöz. Ulrike Gottschalk (SPD) wies die Kritik zurück. Die Länder hätten sich an die Vereinbarung mit dem Bund beim Unterhaltsvorschluss zu halten.

Die Union verteidigte ihre Haltung beim Unterhaltsvorschluss. Es sei zwar richtig, die Bezugsdauer zu verlängern, sagte Alois Rainer (CSU). Aber den Ländern beziehungsweise den Kommunen müsse auch genügend Zeit eingeräumt werden, die Umsetzung vorzubereiten. Dafür sei die verbleibende Zeit zu kurz. Alexander Weinlein





Neue Kollegen für die Bundespolizei: Von 2015 bis 2020 erhält sie mehr als 7.000 neue Stellen.

© picture-alliance/dpa / Wolfgang Kumm

Schlüsselressort mit Mini-Etat

JUSTIZ Politisch ist das Justizministerium ein Schlüsselressort, das über alle Gesetze mitentscheidet. Sein Haushalt aber ist der kleinste aller Ministerien. 839 Millionen Euro stellte ihm der Bundestag vergangene Woche für 2017 zur Verfügung, deutlich mehr als die 745 Millionen im laufenden Jahr. Dieser Aufwuchs geht größtenteils an die Stiftung Warentest, deren Stiftungskapital um 90 Millionen auf 175 Millionen Euro erhöht werden soll. Im Gegenzug wird der jährliche Zuschuss um 1,5 Millionen Euro gekürzt.

Tobias Lindner (Grüne) kritisierte in der Haushaltsdebatte, die Kapitalerhöhung werde in Zeiten der Null-Zins-Politik der Stiftung nur wenig helfen. Ohne sie stünden aber im Etat des Justiz- und Verbraucherschutzministeriums gerade einmal neun Millionen mehr für den Verbraucherschutz zur Verfügung als zu Beginn der Legislaturperiode. Dem hielt Klaus-Dieter Gröhler (CDU) entgegen, dass die Zinsen eines Tages auch wieder „Normalmaß erreichen“ würden und die Stiftung dann ganz ohne Zuschuss auskommen könne.

Roland Claus (Linke) warf Justizminister Heiko Maas (SPD) vor, guten Ankündigungen keine Taten für mehr Rechtssicherheit folgen zu lassen. Dies bestritt Maas unter anderem mit dem Hinweis, dass der Haushalt 2017 neue Stellen für den Generalbundesanwalt und den Bundesgerichtshof vorsehe. Während Linke und Grüne den Justizetat ablehnten, fand der mitberatene Haushalt des Bundesverfassungsgerichts die Zustimmung aller Fraktionen. Er erhält nur geringe Veränderungen gegenüber dem laufenden Etat.

Peter Stützel

Die neue Dimension

INNERES Mehr Personal, bessere Ausstattung: Die Sicherheitsbehörden werden deutlich gestärkt

Thomas de Maizière (CDU) gilt als sachlicher, abwägender Politiker, der Übertreibungen abhold ist. In der Schlussdebatte des Bundestages über seinen Etat für das kommende Jahr aber fand der Bundesinnenminister vergangene Woche den Superlativ ausdrücklich angemessen und sprach von einem „Haushalt der neuen Dimension“, der Maßstäbe setze für die kommenden Jahre. Im Vergleich zum laufenden Etat wachse sein Haushalt um rund 1,18 Milliarden Euro; der Stellenhaushalt umfasse „nunmehr 66.000 Stellen und Planstellen – das ist außerordentlich, das ist wichtig, das ist richtig“, resümierte der Ressortchef. Die Bundesregierung hatte in ihrem Entwurf (18/9200, 18/9202) für den Innen-Etat 2017 zunächst noch knapp 8,34 Milliarden Euro an Ausgaben vorgesehen und damit immerhin rund 537 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Nach dem vom Parlament gegen die Stimmen der Opposition verabschiedeten Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses (18/9806, 18/9824, 18/9825) wächst das Ausgabenvolumen nun im

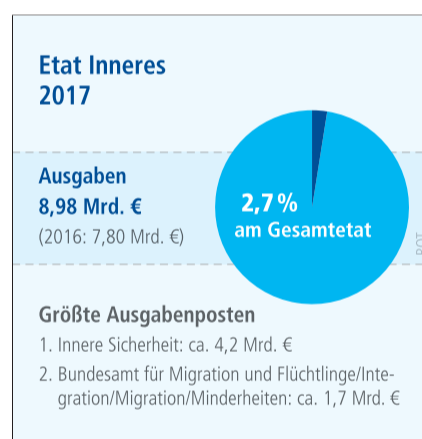
nächsten Jahr auf fast 8,98 Milliarden Euro. Schon nach den ursprünglichen Etatplänen der Bundesregierung sollten rund zwei Drittel der Mittel für den Bereich der Sicherheitsbehörden aufgewandt werden, die nun weiter gestärkt werden. So können allein bei der Bundespolizei im kommenden Jahr insgesamt rund 2.000 neue Stellen geschaffen werden.

»Die größte Personalaufstockung aller Zeiten bei der Bundespolizei.«
Martin Gerster (SPD)

Insgesamt erhält die Bundespolizei von 2015 bis 2020 mehr als 7.000 zusätzliche Stellen, wie der Innenminister vorrechnete, während das Bundeskriminalamt (BKA) in diesem Zeitraum um mehr als 1.300 Stellen wächst. „Ungerechnet sind es etwas über 20 Prozent bei der Bundespolizei und etwa 25 Prozent beim Bundeskriminalamt“, fügte de Maizière hinzu. Investiert werde auch „in neue Fahrzeuge, Hubschrauber, Einsatzschiffe bei der Bundespolizei, in die Sanierung und den Neubau von Diensträumen, in den Aufbau von Kapazitäten für Aus- und Fortbildung“. Ebenso investiere man „in mehr Sicherheit mit der neuen Zentralstelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich, um BKA, Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz zu unterstützen“.

Für Die Linke konstatierte Roland Claus, dass im Etat des Innenministeriums zwar „viel Geld und viel mehr Stellen für neues Personal“ vorgesehen seien, „aber auch sehr viel mehr Geld für eine falsche Sicherheitspolitik“ keine Lösung sei. Auch für Die Linke sei die öffentliche Sicherheit ein hohes Gut. Sie setze jedoch auf eine Stärkung der staatlichen und der zivilgesellschaftlichen Strukturen, die Regierungskoalition dagegen „auf die Einschränkung von Freiheitsrechten und auf staatlichen Druck“, sagte Claus. Der Innen-Etat 2017 sei ein „Haushalt von gestern“, mit dem „Deutschland weniger zukunftsfähige öffentliche Sicherheit“ bekomme.

»Keine Strategie« Luise Amtsberg (Grüne) bemängelte, die meisten Vorschläge der Großen Koalition seien „wenig bis gar nicht dafür geeignet, tatsächlich mehr Sicherheit im Land herzustellen“. So habe die Regierung keine wirksame Strategie gegen die zahlreichen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Wer wolle, dass Menschen, die vor Krieg und Terror nach Deutschland fliehen, sich gut integrieren können, dürfe nicht zulassen, „dass sie auch hier einer erneuten Bedrohung ausgesetzt sind“. Vielmehr müsse ihnen die Möglichkeit gegeben werden, hier eine Existenz aufzubauen. An vielen Stellen würden Integrationsbemühungen aber konterkariert. Nach wie vor reichten die



Mittel für Integrationskurse nicht aus, weshalb ihre Fraktion eine Aufstockung auf insgesamt 750 Millionen Euro fordere. Martin Gerster (SPD) betonte im Gegenzug, dass auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in den vergangenen Jahren personell deutlich gestärkt worden sei. Viele Asylanträge könnten nun zügiger abgearbeitet werden. Das bedeute „aber auch, dass sich jetzt der Schwerpunkt verlagert“. Deshalb habe man die Mittel für die Integrationskurse von ursprünglich einmal knapp über 200 Millionen Euro verdreifacht und stelle viel Geld zur Verfügung „für Orientierungskurse für Asylsuchende mit weniger guten Bleibeperspektiven“.

Reinhard Brandl (CSU) hob hervor, dass der Innen-Etat 2017 im Vergleich zum Haushalt 2014 – dem erstem in dieser Legislaturperiode beschlossenen – eine Steigerung von mehr als 50 Prozent umfasse. Diese Steigerung sei notwendig gewesen aufgrund der veränderten Sicherheits- und Migrationslage und möglich dank der Entschlossenheit der Koalition, massiv in den Ausbau der inneren Sicherheit und in Integrationsmaßnahmen zu investieren. Allein für den Bereich der Integrationskurse stünden im Etat 610 Millionen Euro bereit. 40 Millionen Euro würden „für Erstorientierungsangebote für Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive“ bereitgestellt sowie 40 Millionen Euro für ein „Anreizprogramm zur freiwilligen Ausreise“.

Mehr Geld für Datenschutz Nicht mehr im Innen-Etat aufgeführt ist der Haushalt der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI). Mit der Umwandlung ihres Hauses in eine eigenständige oberste Bundesbehörde zum 1. Januar 2016 wurde ihr Etat aus dem Einzelplan 06 herausgelöst. Der Einzelplan 21 weist für den BfDI-Etat 2017 Gesamtausgaben von rund 15,4 Millionen Euro aus und damit knapp 1,7 Millionen Euro mehr als für das laufende Jahr. Hier hatte der Regierungsentwurf noch eine Steigerung um gut 1,3 Millionen Euro vorgesehen.

Helmut Stoltenberg

Mehr Geld für kluge Köpfe

BILDUNG UND FORSCHUNG Der Etat von Ministerin Wanka steigt um sieben Prozent. Kritik an der Verwendung der Mittel

Auch wenn der Bundeshaushalt für Bildung und Forschung im Jahr 2017 einen erneuten Zuwachs um mehr als sieben Prozent auf 17,65 Milliarden Euro erfährt, kritisiert die Opposition die Verwendung der Mittel. Für Die Linke bemängelte Nicole Gohlke in der Etatdebatte des Bundestages vergangene Woche, die Bildungspolitik der Bundesregierung lasse „die großen Probleme im Kern ungelöst“, und warf der Koalition „ideologische Scheuklappen“ vor. Ekin Deligöz (Grüne) sprach von einem „Haushalt der verpassten Chancen“. Die Bundesregierung hatte in ihrem Haushaltsentwurf 2017 (18/9200, 18/9202) noch Ausgaben von 17,56 Milliarden vorgesehen, die der Haushaltsausschuss um 92,41 Millionen Euro anhub. Der Debatte zugrunde lagen die mit Koalitionsmehrheit angenommenen Beschlussempfehlungen (18/9821, 18/9824, 18/9825) und der Bericht des Haushaltsausschusses (18/9826). „In diesem Jahr haben wir uns selbst übertrafen“, lobte Swen Schulz (SPD) die Steigerung: „Das ist wirklich außergewöhnlich, ich kann sagen: krass, was wir gemacht haben.“ Die aktuellen Aufwüchse nach der Haushaltsbereinigungsdebatte kommen insbesondere der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens und der Nachwuchsförderung, dem Bereich Wettbewerbsfähigkeit

des Wissenschafts- und Innovationssystems wie auch dem Bereich Forschung zugute. Für die krankheitsbedingt abwesende Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) verwies der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel (CDU) darauf, dass der Bund den Aufwuchs der Mittel alleine übernehme, um die Länder zu entlasten. Seit mehr als zehn Jahren sei in den Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung ein „kontinuierlicher Aufwuchs“ gelungen, „wie wir ihn in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie erlebt haben“. Deutschland stehe „auch dank

dieser Prioritätensetzung hervorragend da.“ Als einen wichtigen Punkt nannte Rachel die Neuausrichtung der Exzellenzstrategie, die die Spitzenforschung stärken soll, und das Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

»Marode Schulgebäude« Gohlke hielt der Koalition vor, sie „werfe mit Eigenlob nur so um sich“ und scheine doch zu wissen, dass der Bildungshaushalt die großen Probleme nicht löse. Nur so sei die seit Wochen andauernde Debatte zu erklären, ob die Digitalisierung der Schule oder die Sanierung der maroden Schulgebäude Priorität haben solle. Zu den unerledigten Aufgaben zählten neben der Schulsanierung und Digitalisierung mehr Geld für die Ausbildung und bessere Bezahlung von Erzieherinnen sowie gebührenfreie Kitas. Sie warf der Koalition vor, „ideologisch verbohrt zu sein“, und forderte, das Kooperationsverbot abzuschaffen. Deligöz sprach sich ebenfalls dafür aus, das Kooperationsverbot bei der Bildungsfinanzierung aufzuheben. „Wir finden, dass die maroden Schulgebäude der Vergangenheit angehören müssen“, betonte sie. Grundsätzlich sei dringend „eine Dynamik des sozialen Aufstiegs“ unabhängig vom sozialen Status der Eltern notwendig. Dem

von der Koalition zu verantwortenden Kooperationsverbot seien „die verpassten Chancen der vergangenen Jahre zu verdanken“.

Anette Hübinger (CDU) zeigte sich erfreut über den Anstieg des Etats. „Wir können froh sein mit dem Geld, das wir zur Verfügung haben.“ Der Aufwuchs sei Folge „einer bewussten Prioritätensetzung dieser Bundesregierung“, die in den kommenden Jahren fortgesetzt werden müsse. Um Wettbewerbsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit zu generieren, sei „Bildung das beste Rüstzeug, das wir unserer jungen Generation mitgeben können“. Anders als die Union plädierte auch der Sozialdemokrat Schulz für die Abschaffung des Kooperationsverbotes. „Wir von der SPD wollen eine Grundgesetzänderung, die es Bund und Ländern gemeinsam ermöglicht, die Schulen zu verbessern, sie zu sanieren, Ganztagsangebote zu schaffen und Schulsozialarbeit zu organisieren“, sagte Schulz.

Annette Rollmann



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Langfristig soll Deutschland zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung ausgeben. Diesen prinzipiellen Marschbefehl erteilte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der vergangenen Woche in der Generaldebatte über den Bundeshaushalt 2017. Wenige Stunden später rechneten Haushalts- und Verteidigungspolitiker aller Fraktionen in der zweiten Lesung des Wehretats vor, was dies konkret bedeutet: Bei seinem derzeitigen BIP müsste Deutschland rund 64 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt aufbringen, um das von der Nato gewünschte Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen. Das sind 27 Milliarden Euro mehr als der Bundeshaushalt in der vergangenen Woche für das kommende Jahr bewilligte. Mit einem Volumen von 37 Milliarden Euro steigt der Wehretat 2017 (18/9200, Einzelplan 14) gegenüber diesem Jahr um immerhin acht Prozent. Der Haushaltsausschuss hatte den Regierungsentwurf noch einmal um rund 400 Millionen Euro erhöht (18/9825). Und nach der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes (18/9201) sollen sich die Verteidigungsausgaben bis 2020 auf 39,2 Milliarden Euro erhöhen. Doch selbst dann erscheint das Zwei-Prozent-Ziel der Nato in weiter Ferne.

Forderung aus den USA Neu ist die Vorgabe des Nordatlantischen Bündnisses nicht. Bereits 2002 hatte die Nato dieses Ziel ausgegeben und 2014 auf ihrer Konferenz in Warschau unter dem Eindruck der Annexion der Krim durch Russland und des Krieges in der Ukraine erneuert. Auch die deutsche Regierung bekannte sich ausdrücklich dazu. Der Sieg von Donald Trump bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und seine unverhohlene Drohung während des Wahlkampfes, die Europäer müssten einen größeren Beitrag innerhalb des Bündnisses leisten während die USA ihren senken würde, hat die Diskussion über das Erreichen dieses Zieles neu entfacht. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wies in der Debatte aber auch darauf hin, dass die Forderung der USA an ihre europäische Verbündeten „unabhängig vom Ausgang der Wahl“ erhoben worden wäre. Die SPD-Haushaltspolitikerin Karin Evers-Meyer räumte ein, dass ein Verteidigungsstat von 64 Milliarden Euro „eine schwer vorstellbare Größenordnung“ sei. Die Frage sei aber nicht, ob dies vorstellbar sei, „sondern ob ein solcher Anstieg notwendig ist“. Europa und Deutschland seien von den USA, die 50 Prozent der konventionellen militärischen Fähigkeiten der Nato stellen, sicherheitspolitisch abhängig. Die Forderungen aus Washington könnten deshalb nicht ignoriert werden, mahnte Evers-Meyer. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, argumentierte, Deutschland sei in der Lage, die gleichen Fähigkeiten in das Bündnis einzubringen wie Frankreich und Großbritannien. Frankreich gibt derzeit



Transatlantisches Bündnis: Das Hauptquartier der 28 Staaten umfassenden Nato in Brüssel

etwa 1,8 Prozent und Großbritannien 2,2 Prozent seine BIP für Verteidigung auf. Der CSU-Haushaltspolitiker Bartholomäus Kalb argumentierte, die Bedrohungslage habe sich in den vergangenen Jahren „dramatisch“ verändert und sei „komplexer“ geworden. Neben der Bekämpfung des Terrorismus müsse nun auch wieder die klassische Landesverteidigung gestärkt werden. Hinzu gekommen seien neue Aufgaben wie die Abwehr von Cyberattacken. Der Erhöhung des Verteidigungshaushaltes trage dem Rechnung. Die Mittel für Materialerhalt und Wehrforschung seien erhöht und zusätzliche Mittel für die Einrichtung von Studiengängen für Cybersicherheit an den Bundeswehrhochschulen in München und Hamburg bereitgestellt worden. Ministerin von der Leyen mahnte, dass die Verteidigungsfähigkeit der Europäer aber nicht nur eine Frage des Geldes sei. Immerhin stellten die 28 EU-Staaten mit rund 1,5 Millionen Soldaten mehr als die USA. Umgekehrt leiste man sich in den

EU-Armeen 37 verschiedene Transportpanzer, zwölf verschiedene Tankflugzeuge und 19 verschiedene Kampfflzeuge. Auch wenn es nicht darum gehe, eine gemeinsame Armee aufzubauen, könnten es sich die Europäer „nicht mehr leisten, so ineffizient zu sein“, sagte von der Leyen.

»Breite vor Tiefe« Omid Nouripour, außenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, schloss sich der Forderung nach einer Europäisierung der Verteidigungsanstrengungen zwar an, allerdings müsse man sich dann auch vom Prinzip „Breite vor Tiefe“ verabschieden. Solange die EU-Mitgliedstaaten auf Streitkräften beharren, die über möglichst alle Fähigkeiten verfügen, werde es keine Europäisierung geben. Nouripour mahnte zudem, dass die Reform der Bundeswehr und ihre Effizienzsteigerung nicht dadurch erreicht werde, indem man sie „mit Geld überschüttet und Defizite überdeckt“, wie dies mit dem vorgelegten Verteidigungshaushalt geschehe.

Den Abschied vom Prinzip „Breite vor Tiefe“ wird auch von der SPD seit Jahren gefordert. Bislang hatte sich die Union jedoch dagegen gesperrt. Auf völlige Ablehnung stoßen die verteidigungspolitischen Pläne der Bundesregierung hingegen bei der Fraktion Die Linke. Deren verteidigungspolitische Sprecherin, Christine Buchholz warf der Koalition vor, sie verabschiede den größten Wehretat seit Ende des Zweiten Weltkriegs und heize zudem den internationalen Rüstungswettlauf an. Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato sei für ihre Fraktion „ein weiteres Argument für den Austritt“ aus dem Bündnis. „War wir wirklich brauchen, die über möglichst alle Fähigkeiten verfügen, werde es keine Europäisierung geben“, sagte Buchholz. Den Entschließungsantrag der Linksfraktion (18/10389), in dem diese die Reduzierung des Wehretats um sechs Milliarden Euro und den Stop einer ganzen Reihe von Rüstungsvorhaben forderte, lehnte der Bundestag ab. *Alexander Weinlein*

»Aufgeben ist keine Option«

AUSWÄRTIGES Plus bei humanitärer Hilfe und Krisenprävention

Als „Rendezvous“ der Deutschen „mit der Globalisierung“ hat der Finanzminister die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 bezeichnet. Es sei eine Begegnung, der die Aufgabe folge, die Krisenregionen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika zu stabilisieren, „damit die Welt nicht noch mehr aus den Fugen gerät“, wie Wolfgang Schäuble (CDU) Anfang des Jahres mitteilte. Gemessen an diesen Worten ließ der Regierungsentwurf für den Etat des Auswärtigen Amtes (18/9200) offenbar noch Luft nach oben: In den Beratungen haben die Abgeordneten im Haushaltsausschuss insbesondere die Mittel für die humanitäre Hilfe und die Krisenprävention deutlich erhöht. Für diese Aufgaben stehen 2017 nun insgesamt 1,52 Milliarden Euro zur Verfügung – das sind 552 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf ursprünglich eingeplant waren (18/9805, 18/9824). Insgesamt kann das Auswärtige Amt mit der Verabschiedung des Haushaltes in der vergangenen Woche im nächsten Jahr rund 5,23 Milliarden Euro ausgeben, das sind rund 420 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Michael Leutert (Die Linke) würdigte den deutlichen Aufwuchs bei der humanitären Hilfe, kritisierte aber, dass die deutsche Außenpolitik blockiert und handlungsunfähig sei. Mit dem „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei habe sich die Bundesregierung politisch erpressbar gemacht und Glaubwürdigkeit verspielt. „Wie soll denn Trump etwas ernsthaft und moralisch begründet entgegengesetzt werden, wenn gleichzeitig Erdogan finanziell unterstützt wird, und zwar nur aus dem Grund, dass er dafür sorgt, dass keine Flüchtlinge bei uns ankommen?“ fragte Leutert. Rechtspopulisten würden auch deshalb „eine Abstimmung nach der anderen gewinnen“, weil viele Menschen spüren würden, wenn in der Außenpolitik mit zweierlei Maß gemessen werde. Statt mit Erdogan zusammenzuarbeiten müsse die Bundesregierung etwas dafür tun, dass dem Süden Europas, vor allem Griechenland und Italien, wieder auf die Beine geholfen werde und die EU zu einer gemeinsamen Sprache in Fragen der Asyl- und Migrationspolitik finde.

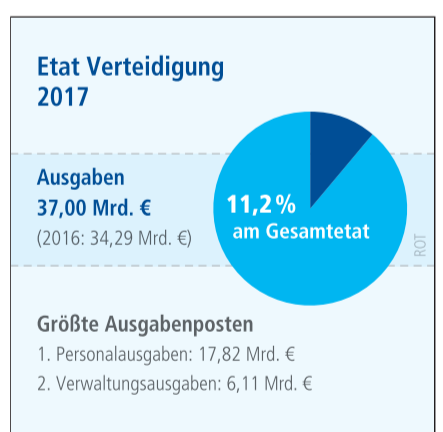
Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von einer „Lernkurve“ der Koalitionsfraktionen, die den Fehler der Bundesregierung bei der humanitären Hilfe in den Haushaltsberatungen korrigiert habe. Er kritisierte, dass die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit Ländern wie der Türkei oder Ägypten „in großer Panik vor Flüchtlingen“ ihre Werte über Bord werfe. Die Lehre des „Arabischen Frühlings“ vor fünf Jahren sei gewesen, dass „Friedhofsruhe“ kein Ausdruck von Stabilität sei, diese vielmehr nur durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Achtung der Menschenrechte zu erreichen sei. Wenn man Populismus zurückweisen wolle, müsse man zu diesen zentralen Werten stehen, argumentierte Nouripour. Das gelte umso mehr, da die großen außenpolitischen Prüfungen – wie etwa die einer „Testosteron-Achse zwischen Trump, Putin und Erdogan“ – möglich werden könnten.

»Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die Regierung erpressbar gemacht.«
Michael Leutert (Die Linke)

Alois Karl (CSU) sprach von einer „Hochkonjunktur“ für die Außenpolitik. Die Koalition habe die Mittel für die humanitäre Hilfe vervierfacht, jene für Krisenprävention verdreifacht. Mitnichten könne also die Rede davon sein, Union und SPD würden ihren Worten keine Taten folgen lassen. „Der heilige Johannes hätte seine Freude an uns.“ Mit den Mitteln der humanitären Hilfe lasse sich etwa in Flüchtlingslagern im Libanon und in Jordanien unendlich viel leisten. Diese Mittel seien auch ökonomisch gut angelegt, denn ohne solche Hilfen „werden neue Flüchtlingsströme nach Europa kommen, und es wird uns sehr viel mehr Geld kosten“, sagte Karl.



Der Außenminister nutzte die Debatte, um für weitere Vermittlungen im Ukraine-Konflikt zu werben und kündigte Gespräche mit den Außenministern Frankreichs, Russlands und der Ukraine an. Der Waffenstillstand in der Ostukraine werde wieder häufiger gebrochen, sagte Steinmeier. Zu hoffen bleibe, dass auch Russland und die Ukraine den Ernst der Lage ähnlich beurteilten. „Beide Seiten sind gefordert, endlich sichtbare Beiträge zu einer dauerhaften Entspannung in der Ukraine zu liefern.“ Auch wenn die Schritte für eine Lösung oft „quälend langsam“ seien, müsse alles versucht werden. „Aufgeben ist keine Option“, sagte Steinmeier. Vor allem die schweren Waffen müssten abgezogen, die humanitäre Lage müsse verbessert werden. *Alexander Heinrich*



Ein sattes Plus und ein ehrgeiziger Minister

ENTWICKLUNG Etat steigt stark an, verfehlt aber weiter das 0,7-Prozent-Ziel. Minister Müller (CSU) stellt weitere Erhöhungen in Aussicht und kündigt einen Marshallplan für Afrika an

Mehr Hilfe für die Nachbarländer Syriens und die Bekämpfung von Fluchtursachen – das ist eine der erklärten Prioritäten der Bundesregierung im kommenden Jahr. Das schlägt sich naturgemäß auch im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) nieder, den der Bundestag in der vergangenen Woche mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Opposition annahm. Insgesamt 8,5 Milliarden Euro kann Minister Gerd Müller (CSU) danach 2017 ausgeben – das bedeutet ein sattes Plus von 1,13 Milliarden Euro (rund 15 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr. Der Haushaltsausschuss hatte den Ansatz im Regierungsentwurf (18/9200) noch einmal um ganze 554,05 Millionen Euro angehoben (18/9824, 18/9825, 18/9826). Hundert Millionen Euro mehr als in diesem Jahr gibt es zum Beispiel für den Titel „Krisenbewältigung und Wiederaufbau“ (2016: 400 Millionen Euro), dazu Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von

weiteren 400 Millionen Euro bis 2021. Mit den Geldern finanziert das Ministerium den (Wieder-)Aufbau von Basisinfrastruktur, Maßnahmen zur Ernährungssicherung und die Prävention im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen.

Plus für Welternährungsprogramm Die Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen wachsen im kommenden Jahr von 87 Millionen Euro auf 120 Millionen, für die BMZ-Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ stehen statt 300 Millionen Euro 395 Millionen Euro zur Verfügung. Der deutsche Beitrag am Welternährungsprogramm (WFP) steigt von 23 auf 28 Millionen Euro. Dass der Etat des Ministeriums so massiv wächst, wurde von allen Rednern in der Debatte begrüßt. Der Minister werde die Mittel gut verwenden, zeigte sich Volkmann Klein (CDU) überzeugt. Deutschland sei ein verlässlicher Partner, „vielleicht sogar der verlässlichste Partner bei der Hilfe rund um Syrien“, sagte er. Aber auch die Menschen in Afrika könnten sich auf die deutsche Unterstützung verlassen. Dass die Hilfe ankommt, verdeutlichte Klein am Beispiel des „Cash for Work“-Programms, das Flüchtlingen in den syrischen Nachbarländern in Arbeit bringen soll. 40.000 Jobs

„und damit Existenzen und Chancen“ habe das Programm inzwischen geschaffen. Außerdem bezahle Deutschland rund die Hälfte des Gesamtbudgets des Welternährungsprogrammes – insgesamt knapp 750 Millionen Euro aus den Haushalten des BMZ und des Auswärtigen Amtes. Minister Müller zeigte sich ebenfalls zufrieden mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen. Deutschland habe die Mittel für Maßnahmen in der Krisenregion in und um Syrien in den vergangenen zwei Jahren verdreifacht. Dank der aktuellen Beschlüsse könnten im kommenden Jahr eine Mil-

lion Kinder in Syrien und den Nachbarländern Schulunterricht bekommen. Außerdem verwies er auf ein Programm, das 8.000 syrische Lehrerinnen und Lehrer in der türkischen Stadt Gaziantep darauf vorbereite, mehr als 100.000 syrische Flüchtlingskinder in der Türkei zu unterrichten. Trotz vielfachen Lobes mischten sich in die Debatte aber auch kritische Töne. So verwiesen Linke, Grünen und SPD auf die Tatsache, dass Deutschland das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklung auszugeben, erneut verfehlt. Nicht nur, dass das 0,7-Prozent-Ziel nicht erreicht werde, monierte Uwe Kekeritz (Grüne). Auch seien Verpflichtungsermächtigungen zuerst gekürzt, dann wieder erhöht, aber am Schluss gesperrt worden. „Das erschwert die Planbarkeit von Projekten enorm und macht deren Umsetzung unter Umständen rechtlich unmöglich“. Seine Fraktionskollegin Anja Hajduk sagte: „Die Wahrheit ist doch, dass Sie zwar im Haushalt 2017 einige Steigerungen vorgenommen haben, dass aber für 2018, 2019 und 2020 keinerlei Steigerungen vorgesehen sind.“ Michael Leutert (Die Linke) urteilte: „Es ist bitter und traurig, dass wir das 0,7-Prozent-Ziel noch immer nicht geschafft haben.“ Er rechnete vor: Wenn Bundeskanz-

lerin Angela Merkel (CDU) sich stark mache für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, bedeute dies ein Mehr von 30 Milliarden Euro. „Im Entwicklungsbereich bräuchten wir 15 Milliarden Euro mehr.“ Jeder Euro, den die Bundesregierung in Entwicklungszusammenarbeit stecke, „ist ein Euro für effektive Verteidigungspolitik“, gab Leutert zu Bedenken. Der Linken-Abgeordnete bemängelte darüber hinaus die mangelhafte finanzielle Ausstattung internationaler Organisationen. Es sei „beschämend“, dass das WFP oder das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen jedes Jahr um Geld betteln müssten. Er forderte die Schaffung eines internationaler Mechanismus, „der an bestimmte Wirtschaftsdaten gekoppelt ist, um festzulegen wie hoch der Pflichtbeitrag ist, der an diese Organisationen gezahlt werden muss“.

Axel Schäfer (SPD) erinnerte die Fraktionen daran, dass sich alle im Bundestag vertretenen Parteien in ihren Programmen und Beschlüssen zum 0,7-Prozent-Ziel verpflichtet hätten. „Hier wir müssen uns offen ins Gesicht sagen: Jawohl, wir wollen dahin kommen, trotz unterschiedlicher Positionen en détail.“ Mit Blick auf die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

mahnte Schäfer eine kohärentere Politik an. „Wir können hier nicht sagen: ‚Jawohl, wir erhöhen die Haushaltsmittel‘, und auf europäischer Ebene sagen: ‚Da muss an bestimmten Stellen gespart werden.‘“ Konkret kritisierte er, dass die Mitgliedstaaten sich an dem 1,8 Milliarden Euro schweren Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika bisher nur mit einem Beitrag von 100 Millionen Euro beteiligen. „Hier gibt es ganz klare Defizite, die benannt werden müssen.“ *Johanna Metz*





Italiens sozialdemokratischer Ministerpräsident Matteo Renzi wirbt seit Wochen landauf, landab für die geplante Verfassungsreform.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com

Europas nächste Schicksalswahl

ITALIEN Ein Verfassungsreferendum wird zur Abstimmung über die Zukunft des Ministerpräsidenten Matteo Renzi

Matteo Renzi ist in diesen Tagen überall in Italien präsent. Er steht auf Wahlkampf Bühnen zwischen Mailand und Palermo, liefert sich in Talkshows Duellen, gibt Radiointerviews und tritt im Facebook-Livestream auf, um für die „Mutter aller Reformen“ zu werben, wie er die Verfassungsänderung nennt. Es geht um alles oder nichts für den 41 Jahre alten Premier, wenn die Italiener an diesem Sonntag darüber abstimmen. Durch eine Umgestaltung des Parlaments und der Zuständigkeiten von Zentralstaat und Regionen soll es künftig einfacher werden, Italien zu regieren. Nicht nur die Gesetzgebung soll beschleunigt werden. Renzi hofft auf mehr Effizienz und Handlungsspielraum, um endlich sein Versprechen einlösen zu können: Italien aus dem „Sumpf“ der Unbeweglichkeit zu befreien und die Wirtschaft in Gang zu bringen. Das Parlament hat die Reform verabschiedet, jedoch ohne Zweidrittel-Mehrheit. Deshalb muss nun das Volk abstimmen, mit einem „Si“ dafür, das Renzi stärken würde oder einem „No“, das sein Aus als Regierungschef bedeuten könnte.

»Gewinnt das Nein, dann bleiben Instabilität und Hinterzimmer-Gemaischel.«

Matteo Renzi,
Premierminister

Ausgang offen Fällt die Reform bei den Bürgern durch, so werde er zurücktreten, hatte der Premier nach dem Erfolg bei der Europawahl im Mai 2014 angekündigt, als er mit seiner Mitte-Links-Partei Partito Democratico (PD) knapp 41 Prozent bekam. Doch seither ist die Stimmung umgeschlagen. Eine herbe Niederlage für Renzi beim Referendum ist nicht mehr ausgeschlossen. In letzten Umfragen hatte das „Nein“ sieben bis zehn Prozentpunkte Vorsprung vor dem „Ja“. Dennoch ist der Ausgang noch offen. Denn jeder vierte Italiener ist unentschieden, wie und ob er überhaupt abstimmen soll. Im Ausland und an den Finanzmärkten wächst derweil die Nervosität. Es wird befürchtet, dass Donald Trumps Sieg auch die Anti-Establishment-Kräfte in Europa stärkt und populistische Euro-Gegner nach Renzis Abgang triumphieren könnten. Sogar ein möglicher Austritt Italiens aus der Euro-Zone – der Italexit – wird heraufbeschworen. Dass es ein fataler Fehler gewesen sein könnte, sein politisches Schicksal an das Referendum zu knüpfen, ist Renzi schon lange klargeworden. Um gegenzusteuern und zu

house Sympathien zu gewinnen, ging er auf Konfrontation zu Brüssel und wettete seither gegen den EU-Sparkurs. Italien hat von allen Mitgliedstaaten die höchste Quote von Euro-Skeptikern, die gemeinsame Währung sieht die Hälfte der Italiener negativ. Und so ließ Renzi, der eigentlich überzeugter Europäer ist, bei einer Fernsehansprache kürzlich sogar die Europafahne entfernen. Zudem versuchte er mit Plänen für Rentenerhöhungen und Frühpensionierungen Stimmen einzufangen.

Glaubt man den Umfragen, so zeigt das wenig Erfolg. Und Renzi bekräftigt, dass er im Falle einer Niederlage zurücktreten werde. „Ich klebe nicht an meinem Sessel“, sagt er in diesen Tagen immer wieder. Entweder er könne modernisieren und etwas verändern oder stehe nicht mehr zur Verfügung. „Wenn sie vor sich hindümpeln wollen, dann müssen sie einen anderen finden“.

Das Image des Erneuerers und des „Verschrotters“ der alten, privilegierten Politikergarde, mit dem er im Februar 2014 ins Amt kam, nehmen ihm aber sehr viele Italiener mittlerweile nicht mehr ab. Nach knapp drei Jahren Regierungszeit wird Renzi als Teil, wenn nicht gar als Inbegriff des verhassten Politik-Establishments gesehen, in Italien „die Kaste“ genannt. „Wandel bedeutet für viele Italiener inzwischen, Renzi zu verjagen“, sagt der Politikwissenschaftler Giovanni Orsina von der Universität Luiss Rom. Der Premier sei zu einem Hassobjekt und Sündenbock für alles geworden.

Arbeitsmarktreform Die Gründe dafür sieht Orsina in den allzu vollmundigen Versprechungen Renzis, der alles auf eine schnelle wirtschaftliche Erholung setzte. Die aber ist weitgehend ausgeblieben. Seine Arbeitsmarktreform Jobsact etwa, die er gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchboxte und als einen seiner Erfolge feiert, zeigt nicht die gewünschte Wirkung. Die Arbeitslosenquote ist nur wenig gesunken, das Wachstum stagniert. 84 Prozent der Italiener werten ihre wirtschaftliche Lage als schlecht. Zudem agiert der frühere Bürgermeister von Florenz weitgehend als Einzelkämpfer, umgibt sich mit wenigen alten Freunden. Als Parteichef gelingt es ihm nicht, die PD zusammenhalten. Gegen den linken Flügel, der mit seinem pragmatischen Kurs und dem Werben um Wähler der rechten Mitte nicht einverstanden ist, geht er mit

Arroganz und Härte vor. Auch hat Renzi den Makel, bisher nicht vom Volk gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt worden zu sein. Vor allem jedoch erweist sich nun seine Art der Selbst-Inszenierung als Bumerang, die Tatsache, dass er seine Person ins Zentrum seiner gesamten Kommunikationsstrategie gerückt hat, wie der Politologe Orsina sagt. Vielen Italienern dient das Referendum als Ventil, ihren Unmut über ihn abzulassen. Und die gesamte Opposition von der rechten fremdenfeindlichen Lega Nord bis hin zu linken Kleinparteien hat nur ein Ziel: Renzi muss weg. Die Inhalte der Reform rücken dabei in den Hintergrund, obwohl es in den Medien kaum ein anderes Thema gibt. Aber die Verfassungsänderungen sind umfassend und komplex, die Meinungen von Experten und Juristen dazu äußerst kontrovers. Für die Bürger ist es fast unmöglich einzuschätzen, welche Auswirkungen sie tatsächlich haben könnten. Viele Italiener werden möglicherweise gar nicht abstimmen.

Rückendeckung Zwischen dem „Ja“- und dem „Nein“-Lager läuft ein erbitterter Kampf um die Unentschiedenen. Renzi will Anhänger der Populisten mit dem Argument erreichen, dass seine Reform mit der „Kaste“ und dem Establishment aufräume. „Wenn das Ja gewinnt, vereinfacht sich die Politik, es gibt weniger Pöstchen und Bürokratie. Gewinnt das Nein, dann bleiben Instabilität und Hinterzimmer-Gemaischel.“ Für die Reform haben sich der Unternehmensverband Confindustria und die Spitzen der Wirtschaft ausgesprochen. Nach einem „No“ werde keiner mehr in Italien investieren, warnen sie. Rückendeckung kam selbst vom scheidenden US-Präsidenten Barack Obama, der Renzi als „jung, gut aussehend, charismatisch und innovativ“ pries.

Für das „No“ trommeln am lautesten die rechte Lega Nord und die Fünf-Sterne-Bewegung. Deren Gründer, der Kabarettist Beppe Grillo, vergleicht Renzis Regierung in schriller Polemik mit einer Diktatur und nennt sie „Serienmörder, die es auf die Zukunft unserer Kinder abgesehen haben“. Doch auch namhafte Verfassungsrechtler wie etwa Gustavo Zagrebelsky lehnen die Reform ab, weil sie die Demokratie gefährde, ebenso der Partisanenverband und Gewerkschaftsführer. Nicht zuletzt rufen linke Parteigenossen Renzis die Bürger öffentlich dazu auf, mit Nein zu stimmen, darunter Ex-Premier Massimo D'Alema. Was nach einem „No“ zur Reform passieren würde, darüber sind sich Beobachter und Kommentatoren in Italien recht einig. Renzi wird wie angekündigt zurücktreten,

so die Prognosen, denn andernfalls wäre er völlig unglaubwürdig und als Regierungschef gelähmt. Laut Verfassung muss dann Staatspräsident Sergio Mattarella bestimmen, wie es weitergeht. Sofortige Neuwahlen gelten als unwahrscheinlich, weil ohne die Reform auch das reformierte Wahlgesetz keine Gültigkeit hat. Ebenso wenig wird die Einsetzung einer Regierung aus parteilosen Experten erwartet, so wie 2011 nach dem Rücktritt von Silvio Berlusconi. Mattarella könnte vielmehr die bisherige Regierung bestätigen, die nach wie vor eine Parlamentsmehrheit hat, und einen Übergang-Premier berufen. Im Umlauf sind die Namen von Wirtschafts- und Finanzminister Pier Carlo Padoa-Schioppa, Kulturminister Dario Franceschini und des Senatspräsi-

denten und früheren Anti-Mafia-Staatsanwalts Pietro Grasso. Eine Übergangsregierung hätte dann wohl vordringlich den Auftrag, das bereits reformierte und auf die Verfassungsreform abgestimmte Wahlrecht erneut zu überarbeiten. Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr oder Sommer wären absehbar und damit das Risiko, dass auch in Italien die Stunde der politikverdrossenen Wutbürger schlägt. Grillos Anti-Establishment-Partei Fünf Sterne, die ein Referendum über den Ausstieg aus der Eurozone propagiert, ist der Regierungspartei PD dicht auf den Fersen. Bei den Kommunalwahlen im Frühsommer konnte sie die Städte Turin und Rom erobern. Ob es den Fünf Sternen gelingt, die Verkehrs- und Müllprobleme der

chaotischen Hauptstadt zu lösen, wird nun als der entscheidende Praxistest für ihre Regierungsreife gesehen. Der verläuft jedoch bisher ziemlich dilettantisch und erfolglos, von Grabenkämpfen innerhalb der Bewegung und Skandalen begleitet. Sechs von zehn Römern sind mit der Arbeit von Bürgermeisterin Virginia Raggi unzufrieden. Und was das Thema Euro-Ausstieg angeht, so waren die Fünf Sterne zuletzt sehr viel vorsichtiger geworden. Nach dem Brexit schrieb Grillo auf seinem Blog, seine Bewegung glaube an die EU. Regina Kerner

Die Autorin berichtet für die „Berliner Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“ und den „Kölner Stadt-Anzeiger“ aus Italien und dem Vatikan.

Ping-Pong zwischen den Kammern

REFORM Italiens Senat soll kleiner werden und Macht an das Abgeordnetenhaus abgeben

Mehr als 60 Nachkriegsregierungen hatte Italien schon, das Land ist berüchtigt für häufige Krisen. Nun stimmen die Italiener in einem Referendum über die umfangreichste Reform der politischen Institutionen seit 70 Jahren ab. Die Verfassungsänderung soll mehr politische Stabilität und Effizienz schaffen. Bisher hat Italien ein so genanntes perfektes Zweikammer-System, das in Europa einzigartig ist. Mit 945 Abgeordneten ist das Parlament eines der größten und teuersten. Abgeordnetenhaus (630 Mitglieder) und Senat (315) haben fast identische Kompetenzen. Vom Vertrauen beider Kammern hängt das Überleben einer Regierung ab, obwohl in beiden häufig unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse herrschen. Gesetze müssen von beiden Häusern in identischer Form verabschiedet werden. Ändert der Senat ein Wort in einem vom Abgeordnetenhaus abgesetzten Entwurf, so wandert dieser zurück. Daraus entwickelt sich oft ein Art Ping-Pong. Es kann Monate bis Jahre dauern, bis ein Gesetz durchkommt – falls nicht die Opposition blockiert oder zwischendurch die Regierung wechselt. Das parlamentarische System war nach dem Zweiten Weltkrieg als Garant gegen ein neues Erstarken von Faschismus und Diktaturen verankert worden. Seine Nachteile zeigten sich rasch. Seit den 1980er Jahren wurde eine Reform diskutiert. Einen neuen Anstoß gab die Krise nach der Parlamentswahl 2013, als das Mitte-Links-Bündnis als Wahlsieger zwar eine Mehrheit im

Abgeordnetenhaus hatte, aber keine im Senat. Es entstand ein Patt. Erst nach zwei Monaten gelang eine Regierungsbildung. Mit der Reform werden nun 47 von 139 Verfassungsartikeln geändert. Der Senat wird verkleinert, entmachtet und zu einer Repräsentanz der 20 Regionen Italiens. Seine Mitglieder, Regionalräte und Bürgermeister, werden nicht mehr von den Bürgern bei der Parlamentswahl bestimmt, sondern aus den Regionen entsandt. Wie sie ausgewählt werden, ist noch unklar. Es gibt nur noch 100 Senatoren, sie erhalten

keine gesonderten Bezüge. Nur das Abgeordnetenhaus spricht der Regierung noch das Vertrauen aus. Der Senat ist für wenige Themen wie Europafragen, Minderheitenschutz und Verfassungsänderungen zuständig. Neu geregelt werden auch die Kompetenzen von Zentralstaat und Regionen, die sich bisher teils überschneiden. Für Fiskus, Transport und Infrastruktur soll allein Rom zuständig sein. Wenn es um „strategische“ Interessen geht, kann der Zentralstaat regionale Beschlüsse aushebeln. Insgesamt stärkt die Reform die Exekutive und den Regierungschef. Die Gegner bezeichnen sie aber wegen der unklaren Zusammensetzung des Senats als schlecht gemacht und argumentieren, man hätte die zweite Kammer abschaffen sollen. Andere sehen die Demokratie in Gefahr, weil die Kontrollfunktion des Parlaments geschwächt werde. Sie befürchten, dass im Zusammenspiel mit dem geänderten Wahlrecht autoritäre Strömungen die Macht übernehmen könnten. Das „Italicum“ genannte Gesetz soll klare Mehrheiten schaffen und sieht deshalb vor, dass der Wahlsieger durch eine Prämie automatisch 55 Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus erhält. rek



Senat im römischen Palazzo Madama

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das Europäische Parlament (EP) hat am vergangenen Donnerstag in Straßburg mit großer Mehrheit dafür gestimmt, die seit 2005 laufenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen. „Wir hören auf, über offene Verhandlungskapitel zu sprechen und öffnen keine neuen“, beschrieb die zuständige Berichterstatterin des EP, die niederländische Sozialdemokratin Kati Piri, die Position des Hauses. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte im Vorfeld angekündigt, dem Votum keine Bedeutung beimessen zu wollen: „Die Abstimmung hat für uns keinen Wert.“

Die Europaabgeordneten wissen, dass ihr Beschluss nicht bindend ist. Ob die Verhandlungen tatsächlich ausgesetzt werden, wollen die Staats- und Regierungschefs beim nächsten EU-Gipfel am 15. und 16. Dezember beraten. Manfred Weber, Fraktionschef der Christdemokraten im Europäischen Parlament, betonte jedoch, dass er das Votum als „klares Signal“ an die Türkei sehe.

Das Europäische Parlament reagiert damit auf Erdogans Politik seit dem Putschversuch vom Sommer. 150.000 Menschen sind seit Juli inhaftiert worden. „Tausende von Beamten sind entlassen und die Pressefreiheit eingeschränkt worden. Gleichzeitig sind Medienhäuser geschlossen worden und frei gewählte Abgeordnete verhaftet worden“, beschrieb Weber in der Debatte die Situation in der Türkei. „Diese Entwicklungen sind sehr beunruhigend.“

Das Votum fiel ungewöhnlich einmütig aus. Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Linke hatten sich jahrelang für einen Beitritt der Türkei zur EU eingesetzt. Doch Erdogans Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit hat sie ihre Position ändern lassen. Die Fraktionsführerin der Grünen, die Deutsche Rebecca Harms, betonte, dass das Europäische Parlament die Notwendigkeit anerkennt, die Verantwortlichen des Putsches nach rechtsstaatlichen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen. „Aber was derzeit in der Türkei passiert, ist völlig unverhältnismäßig und hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun“, sagte Harms. „Jegliche Opposition gegenüber Präsident Erdogan ist in der Türkei Grund genug, um verfolgt, verhaftet oder entlassen zu werden.“ Der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, der Italiener Gianni Pittella, wies darauf hin, dass die Europaabgeordneten den Dialog mit der Türkei nicht definitiv abbrechen wollten: „Dies ist ein sehr, sehr vorübergehendes Einfrieren, und wir werden die Situation in einigen Monaten neu bewerten.“

»Lose-Lose-Szenario« Obwohl sich auch die EU-Kommission in ihrem Fortschrittsbericht zur Türkei jüngst äußerst kritisch zu Erdogans Vorgehen geäußert hat, ist es unwahrscheinlich, dass die Staats- und Regierungschefs im Dezember so weit gehen werden, dem Votum des Parlaments zu folgen. Bisher hat sich nur Österreichs Bundeskanzler Christian Kern für einen Abbruch der Verhandlungen ausgesprochen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hat im Europäischen Parlament unterstrichen, dass sowohl Europa als auch die Türkei grundsätzlich ein Interesse daran haben, die Verhandlungen aufrecht zu erhalten: „Wenn der Beitrittsprozess zu einem Ende käme, dann würden wir uns beide in einem Lose-Lose-Szenario befinden.“ Experten in der EU-Kommission warnen auch, dass Erdogan eine Absage der Europäer innenpolitisch nützen würde. „Wahrscheinlich würden wir ihm damit in die Hände spielen“, heißt es in Brüssel. Für die Staats- und Regierungschefs gibt es gleich zwei Gründe, die Verhandlungen mit der Türkei aufrecht zu halten. Sie wis-



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan drohte nach dem Votum des Parlaments, er werde die Grenzen öffnen und wieder Flüchtlinge nach Europa reisen lassen.

Klares Signal

EUROPA I Das EU-Parlament will die Beitrittsverhandlungen mit Türkei einfrieren. Ein Abbruch ist dennoch unwahrscheinlich

sen, dass ein Verhandlungsstopp Erdogan einen Vorwand liefern könnte, das Flüchtlingsabkommen aufzukündigen. Die Vereinbarung, die die EU vor rund einem Jahr geschlossen hatte, sorgt dafür, dass syrische Flüchtlinge in der Türkei bleiben. Zwar zeigen jüngste Zahlen, dass immer noch syrische Flüchtlinge nach Griechenland kommen. Aber der Andrang ist bei weitem nicht so stark wie im vergangenen Jahr. Vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 will Bundeskanzlerin Angela Merkel Bilder von Flüchtlingsströmen sicher verhindern. Europa hat aus einem weiteren Grund ein Interesse, mit Erdogan im Gespräch zu bleiben: Nord- und Südzypern verhandeln derzeit über die Wiedervereinigung der Insel. Zwar blieb ein Durchbruch bei den Gesprächen bisher aus, aber der Wille der beiden ist groß. Ohne die Zustimmung Erdogans kann es jedoch keine Wiedervereinigung geben. Ein Abbruch der Gespräche wäre wohl erst eine ernsthafte Option, wenn Erdogan die Todesstrafe einführen würde, wie er es bereits angedroht hat. Für viele Staats- und Regierungschefs wäre damit eine rote Linie überschritten. Politisch ließen sich die Beitrittsverhandlungen dann nicht mehr rechtfertigen. Doch so lange diese Situa-

on noch nicht eingetreten ist, warnen unabhängige Experten wie Sinan Ülgen von der Denkfabrik Carnegie Europe vor einem Aussetzen der Verhandlungen. Das würde „den verbleibenden Einfluss Europas auf Ankara zerstören und die Glaubwürdigkeit türkischer Liberaler weiter aushöhlen“, urteilt Ülgen. Einige Abgeordnete im EP plädieren dafür, die Beziehungen zur Türkei auf eine realistischere Basis zu stellen. „Es geht nicht darum, Brücken zur Türkei abzubauen“, sagt etwa der liberale Vizepräsident Alexander Graf Lambsdorff. „Sondern es geht darum, den Dialog mit unserem wichtigen Partner Türkei auf eine ehrlichere Grundlage zu stellen.“ Weber hatte die Vollmitgliedschaft der Türkei schon in der Vergangenheit „die Lebenslüge einer ganzen Politikergeneration“ genannt. Lambsdorff spricht sich dafür aus, in bestimmten Themengebieten – Energie, Terrorbekämpfung, Sicherheitspolitik, Umweltfragen und Wissenschaft – enger zusammenzuarbeiten. Die bestehende Zollunion könnte auf Dienstleistungen ausgeweitet werden. Die von der Türkei heiß ersehnte Visa-Liberalisierung ist aktuell blockiert, weil das Land nicht alle Voraussetzungen erfüllt. Es müsste die Anti-Terrorgesetzgebung an-

dern, ehe Europa die Visapflicht fallen ließe. Lambsdorff könnte sich hier eine schrittweise Aufhebung vorstellen, bei der zunächst Geschäftsleute, Forscher und nachweislich vertrauenswürdige Personen ohne Visum reisen könnten. Türkische Politiker haben der EU in der Vergangenheit immer wieder bedeutet, dass sie wegen des Flüchtlingsabkommens abhängig von der Türkei sei. Doch die EP-Abgeordneten halten das für eine verzerrte Wahrnehmung. So wies der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Elmar Brok (CDU), in Straßburg darauf hin, dass zwei Drittel der Direktinvestitionen in der Türkei aus der EU kämen. Auch Lambsdorff sagt: „Wir befinden uns in einer gegenseitigen Abhängigkeit. Die Schicksale von Europa und der Türkei sind verflochten und werden es bleiben.“

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Gegen Verschwendung

EUROPA II Parlament für mehr Kooperation bei Verteidigung

Die EU-Staaten sollen nach dem Willen des Europäischen Parlaments in Zukunft stärker in der Verteidigung zusammenarbeiten. Dies fordern die Europaabgeordneten in einer Resolution, die sie in der vergangenen Woche in Straßburg verabschiedet haben. „Unsere Union ist nicht so ausgestattet, dass sie die immensen Herausforderungen in der Verteidigung aufnehmen könnte“, sagte der zuständige Berichterstatter, der estnische Liberale Urmas Paet. „Seit 30 Jahren haben die meisten Mitgliedstaaten ihre Ausgaben für Verteidigung heruntergefahren, weshalb Armeen kleiner wurden.“

Paet wertete das Votum als einen Schritt in Richtung einer europäischen Verteidigungspolitik. Darüber wird in Brüssel bereits seit dem Jahr 2003 debattiert. Der Brexit und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten haben dem Projekt nun aber zu neuer Dynamik verholfen. Die Briten haben bisher eine stärkere Integration bei der Verteidigung blockiert. Trump hat zu verstehen gegeben, dass sich die Europäer künftig stärker selbst um ihre Sicherheit kümmern müssen.

In der Resolution fordern die Abgeordneten, dass die Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedsstaaten künftig auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung steigen sollen. Die Mitglieder der Nato haben sich 2014 nach der Annexion der Krim bereits auf dieses Ziel verpflichtet. Deutschland erreicht dieses Ziel noch nicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat aber angekündigt, sich der Marke nähern zu wollen. Die Pläne lösen aber auch Kritik aus. Der grüne Europaabgeordnete Reinhard Büti-

kofer warnte: „Die hektische, teilweise fast hysterische Begeisterung für konzeptionell völlig unausgereifte Vorschläge ist geradezu darauf angelegt, die Bürger Europas erneut zu enttäuschen.“ Zu einer festen Vorgabe beim Verteidigungshaushalt sagte Büti-kofer: „Es ist absurd, den Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf zwei Prozent steigern zu wollen, solange in diesem Bereich die Steuer-Euros nach wie vor verschwenderischer ausgegeben werden als in irgendeinem anderen.“ Der Sozialdemokrat Knut Fleckenstein forderte: „Statt aufzurüsten sollten die europäischen Regierungen effizienter rüsten.“

Gemeinsames Hauptquartier Nach Schätzungen des Europäischen Parlaments führen Doppelungen und nationale Abschottung bei der Beschaffung dazu, dass die Mitgliedstaaten aktuell im Jahr 26,4 Milliarden Euro im Bereich Verteidigung verschwenden. Die Europaabgeordneten raten ihnen, Verteidigungsgüter gemeinsam zu kaufen und Transportfahrzeuge oder Flugzeuge zusammen zu nutzen. Sie fordern auch, dass ein gemeinsames Hauptquartier eingerichtet wird, das Kriseninterventionen planen soll. Mehr Geld aus dem europäischen Haushalt soll in Forschungsprojekte fließen, die einen Bezug zur Verteidigung haben. Die Abgeordneten sprechen von mindestens 90 Millionen Euro, die in den kommenden drei Jahren zu diesem Zweck ausgegeben werden sollen. Daran anschließen soll ein europäisches Verteidigungs-Forschungsprogramm mit einem Volumen von jährlich 500 Millionen aufgelegt werden.

Aussicht auf Visafreiheit

UKRAINE Reiseerleichterungen als Zeichen der EU-Annäherung

Bürger aus der Ukraine sollen in Kürze ohne Visum in die Europäische Union reisen können. Spitzenvertreter der EU sagten dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko vergangenen Donnerstag in Brüssel zu, noch offene Fragen bis Ende des Jahres zu klären. Für die vom Konflikt mit pro-russischen Separatisten gebeutelte Ukraine gilt die geplante Visaliberalisierung als Zeichen der EU-Annäherung und als Anerkennung für Reformbemühungen. Um die Reiseerleichterungen in Aussicht gestellt zu bekommen, musste das Land unter anderem seine Datenschutzsysteme und Passvorschriften an EU-Standards angleichen.

Missbrauch Im Wege steht der Visaliberalisierung allerdings noch eine EU-interne Diskussion über einen neuen Notfallmechanismus. Dieser soll es ermöglichen, die Reisefreiheit bei übermäßigem Missbrauch leichter wieder auszusetzen – zum Beispiel dann, wenn die Visumfreiheit eine deutliche Zunahme der illegalen Einwanderung zur Folge hat. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk betonten, dass diese Neuregelung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Georgien und andere Länder gelten werde. Beide hoben die großen Fortschritte der Ukraine hervor. Unter Poroschenko habe das Land in den vergangenen zwei, drei Jahren so große Fortschritte gemacht wie davor in zwanzig Jahren, sagte Juncker, der gleichzeitig die Auszahlung weiterer EU-Finanzhilfen in Höhe von 600 Millionen Euro in Aussicht stellte.

Tusk äußerte sich zudem optimistisch, dass beim EU-Gipfel im Dezember auch die noch ausstehende niederländischen Zustimmung zum europäisch-ukrainischen Partnerschaftsabkommen komme. In dem Land hatten europakritische Wähler im April mehrheitlich gegen den bereits ausgehandelten Vertrag votiert.

Da er den übrigen 27 EU-Mitgliedstaaten zu diesem Zeitpunkt schon ratifiziert worden war, ist nun eine Zusatzserklärung im Gespräch, die auf die Bedenken der Kritiker eingeht. In ihr könnte zum Beispiel festgelegt werden, dass mit dem Vertrag keine automatische spätere Mitgliedschaft der Ukraine in der EU verbunden ist. Ebenfalls optimistisch äußerte sich Tusk zu der vom ihm gewünschten Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Er sei zuversichtlich, dass bereits vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember eine Entscheidung getroffen werde, sagte der Pole. Für die EU gelte weiterhin, dass Sanktionen gegen Russland erst dann aufgehoben werden sollten, wenn die Vereinbarungen des Minsker Friedensplanes zum Ukraine-Konflikt komplett erfüllt seien. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezweifelte unterdessen, dass es eine schnelle Einigung auf einen neuen Plan zur Lösung des Ostukraine-Konflikts geben werde. Lawrow kündigte vergangenen Donnerstag in Moskau dennoch sein Kommen für ein von deutscher Seite vorgeschlagenes Treffen in dieser Woche mit den Kollegen aus Deutschland, Frankreich und der Ukraine an (siehe auch Beitrag auf Seite 8 rechts oben).

Anzeige

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2017

Die 5.000 besten Web-Seiten aus dem Internet!

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2017
Ausgewählt: Die 5.000 besten Web-Seiten aus dem Internet!

<p>„Das bessere Google.“ AUGSBURGER ALLGEMEINE</p> <p>„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“ COMPUTER BILD</p> <p>„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitativ geprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“ FRANKFURTER NEUE PRESSE</p> <p>„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“ BILD.de</p>	<p>„Unverzichtbares Standardwerk.“ MÜNCHNER MERKUR</p> <p>„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“ STUTTGARTER ZEITUNG</p> <p>„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“ BERLINER MORGENPOST</p> <p>„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gute gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“ BAYERN 3</p>	<p>„Die Alternative zu Google & Co.“ HAMBURGER ABENDBLATT</p> <p>„An die Vorauswahl der Redaktion kommen die Algorithmen von Google & Co. nicht ran.“ PC MAGAZIN</p> <p>„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“ OFFENBURGER TAGEBLATT</p> <p>„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“ THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG</p>
--	---	--

Weitere Informationen: www.web-adressbuch.de

672 Seiten • Viele farbige Abbildungen • Überall im Buchhandel erhältlich • 20. Auflage • ISBN 978-3-934517-50-9 • € 19,95 **m.w. VERLAG**

Gezerre um die Grenzwerte

VW-AUSSCHUSS Die Begriffe klingen sperrig, doch für die deutschen Autobauer hängt viel daran. Ein großer Teil der Befragung im Diesel-Untersuchungsausschuss drehte sich am vergangenen Donnerstag um Konformitätsfaktoren und Transferfunktion. Für die Hersteller geht es darum, welche Menge an gesundheitsschädlichen Stickoxiden ihre Autos sie künftig in die Luft blasen dürfen.

Vertreter dreier Ministerien waren geladen. Eine Kenntnis von illegalen Abschaltvorrichtungen zur Manipulation der Abgasreinigung hatte vor dem VW-Skandal niemand. Das mag auch daran liegen, dass diese laut EU-Verordnung zwar grundsätzlich verboten, Ausnahmen etwa zum Motorschutz aber erlaubt sind. Was illegal ist und was nicht, „das ist in der Verordnung nicht ganz klar geregelt“, bemängelte Wolfgang Scheremet, Abteilungsleiter Industrie im Wirtschaftsministerium. Als die Affäre ihren Lauf nahm, befürchtete das Ressort um den Ruf der Marke „Made in Germany“. Mehrere Ministerien erarbeiteten eine Imagebroschüre für die deutschen Botschaften.

Veralteter Standard Auch wollte man in der Bundesregierung rasch EU-Regelungen für RDE-Strafentests vorantreiben. Bisher werden Autos für die Typgenehmigung im Labor nach dem veralteten NEFZ-Standard getestet, der unrealistische Abgaswerte liefert. Ab September 2017 sollen RDE-Tests (Real Driving Emissions) bessere Ergebnisse liefern. Jahrelang wurde in Brüssel über RDE eher unter Fachleuten verhandelt. Im Mai 2015 einigte man sich auf die Prozedur für die Tests. Im Herbst 2015 ging es darum, um wieviel der Stickoxid-Grenzwert auf der Straße überschritten werden darf. Damit sollen etwa Ungenauigkeiten mobiler Messgeräte ausgeglichen werden. Nach dem VW-Skandal sollte es schnell gehen, die Sache wurde hoch politisch.

Streng wollte die EU-Kommission sein. Sie schlug eine Überschreitung um 60 Prozent im ersten Schritt und 20 Prozent zwei Jahre später vor. Das Bundesumweltministerium unterstützte Scheremet zufolge dies zunächst. Die deutsche Autoindustrie wollte einen Faktor über drei, wie Referent Marek Bānsch aus der Industrieabteilung sagte. Dem Wirtschaftsministerium ging der EU-Vorschlag zu weit.

Ein zwischen Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltministerium abgestimmter Vorschlag sah einen Faktor von 1,95 für die erste und 1,6 für die zweite Stufe vor. Am Ende einigte man sich in der EU Ende Oktober 2015 darauf, dass im Test auf der Straße ab 2017 das 2,1-Fache des Grenzwertes an NOx emittiert werden darf, ab 2019 ist noch das 1,5-Fache erlaubt. Welche Rolle das Kanzleramt dabei spielte, beschäftigt den Ausschuss am 1. Dezember. Dann ist ein Vertreter der Regierungszentrale geladen.

Eingang in den EU-Kompromiss fand zudem die von der Autoindustrie vorgebrachte Idee einer „Transferfunktion“. Sie soll Ungenauigkeiten ausgleichen, wenn ein Auto am Rand der Testbedingungen gefahren wird. Die Grünen witterten ein weiteres Schlupfloch für die Branche. Die Vertreter des Wirtschaftsministeriums wiesen den Verdacht zurück. Ein Bonus am Rand müsse durch geringere Abgaswerte bei anderen Fahrbedingungen ausgeglichen werden. Im Durchschnitt müssten die Grenzwerte eingehalten werden. **Stefan Uhlmann**



Der Untersuchungsausschuss-Vorsitzende Hans-Ulrich Krüger (SPD, links) mit dem Gründer der Geldanlagenvertriebsfirma AWD, Carsten Maschmeyer.

© picture-alliance/Sebastian Gollnow/dpa

Ahnungsloser Investor

CUM/EX-AUSSCHUSS Unternehmer Carsten Maschmeyer will von Steuerdeals nichts gewusst haben

Die mit Spannung erwartete Befragung des Unternehmers Carsten Maschmeyer im Cum/Ex-Ausschuss vergangene Woche brachte kaum neue Erkenntnisse über die Entstehung der umstrittenen Aktiengeschäfte um den Dividendenstichtag. Einblicke in das Netzwerk aus Beratern und Banken, die die steuerlich schädlichen Cum/Ex-Geschäftsmodelle an vermögende Kunden vermittelten, konnte der prominente Zeuge, der zurzeit öffentlichkeitswirksam in einer TV-Sendung als Investor auftritt, nicht geben. Durch die Deals sollen dem Fiskus über Steuerrückstellungen Milliarden einnahmen entgangen sein.

Zeuge dankt Zu Beginn erklärte der 57-jährige Gründer des umstrittenen Finanzvertriebs AWD (Das Unternehmen wurde 2007 von einer Schweizer Versicherung übernommen), er sei dankbar, als Zeuge im Ausschuss aussagen zu können. „Als Geschädigter kann ich schildern, was mir passierte“, sagte der Chef der Maschmeyer Group. Auch auf wiederholte Nachfragen des Ausschussvorsitzenden Hans-Ulrich Krüger (SPD) und der Obleute der Fraktionen blieb Maschmeyer bei seiner Darstellung, dass eine mögliche Steuerersparnis nicht der Grund seines Einstiegs in lukrative Fonds gewesen sei.

Ja, er habe viel Geld bei der Schweizer Bank J. Safra Sarasin investiert, aber was es mit den von der Bank vertriebenen Fonds auf sich gehabt haben soll, habe er erst viel später zur Kenntnis genommen, sagte Maschmeyer. Er habe wissentlich kein Geld in Cum/Ex-Geschäfte gesteckt. Maschmeyer erläuterte detailliert die Entwicklung seiner Investments bei Sarasin ab 2010 – insgesamt 55 Millionen Euro –, die anfänglich die erhoffte Rendite von rund zehn Prozent abgeworfen hätten. Als er 2012 sein Geld aus dem letzten Investment von 40 Millionen Euro zurück haben wollte, sei die Hälfte jedoch verschwunden gewesen. Die Bank habe ihn mit Ausflüchten vertröstet, gleichzeitig habe er in der Presse erstmals etwas über die Cum/Ex-Geschäfte gelesen, darunter auch über den Fall des Berliner Immobilienunternehmers Rafael Roth. Er habe dann den Verdacht gehabt, dass das verschwundene Geld „in dubiose Steuerkonstruktionen von Banken abgezweigt“ wurde. Dies hätten die Bank und die Fonds zurückgewiesen, und die Bank habe schriftlich bestätigt, dass es keine Absprache und keine Leerverkäufe gegeben habe. Nachdem er angekündigt habe, sich an die Be-

hörden zu wenden, habe er Drohbriefe erhalten, und sein Leben sei gefährdet gewesen, gab Maschmeyer zu Protokoll. Er habe dann eine Strafanzeige gegen die Bank wegen Betrugs gestellt. Nach einer Hausdurchsuchung und beschlagnahmten Unterlagen sei der Vize-Chef der Bank, Eric Sarasin, zurückgetreten.

Maschmeyer war, wie er selbst sagte, bis zu diesem Zeitpunkt über 15 Jahre freundschaftlich mit dem Schweizer Bankier verbunden gewesen. Die Bank Sarasin habe das Geld von AWD-Kunden – Maschmeyer sprach von einer Milliarde Euro – immer gut verwaltet, und es habe nie Probleme gegeben. Dieses „enorme Vertrauensverhältnis“ war laut Maschmeyer einer der Gründe gewesen, weshalb er auf Empfehlung Sarasins in die von der Bank vermittelten Fonds investiert habe. Diese seien ihm als Aktienfondsdarstellungen beschrieben worden mit der Besonderheit, dass das Investment versichert sei und er dadurch kein Geld verlieren könne. Unterlagen oder Anlageprospekte habe er nie gesehen, sagte der Unternehmer. Anderslautende Aussagen, er habe genau Bescheid gewusst, träfen nicht zu. Ein Berater von Sarasin, der dies ver-

breite, sei ein überführter Lügner. Hätte er die Hintergründe gekannt, hätte er nie in solche Fonds investiert. Aus seiner Sicht gehe es um Betrug. „Hier sind wir betrogen worden“, sagte er. Für ihn sei ausschlaggebend gewesen, dass er mit seinen Investments kein Geld habe verlieren können. Die steuerliche Seite habe ihn nicht interessiert, da er davon keine Ahnung habe.

Keine Vermittlung der Fonds Er habe auch nicht, wie kolportiert, die Fonds weiter vermittelt und weder Provisionen angeboten bekommen noch erhalten. Die Notwendigkeit, Gutachten erstellen zu lassen, habe er nicht gesehen, da er der Bank ja vertraute. Erst später im Zuge der Aufarbeitung und seiner Anzeige sei er an Gutachten gekommen. Bei den Investitionen handelte es sich um einmal zehn und einmal fünf Millionen sowie um noch einmal 40 Millionen Euro, die von seinen Söhnen, ihm selbst, seiner ehemaligen Ehefrau, seiner jetzigen Ehefrau und seinem Freund Mirko Slomka gestammt hätten. Er habe das Geld eingesammelt und überwiesen, und als es nicht zurückgezahlt worden sei, habe er es aus eigener Tasche erstattet. Denn er habe die Investitionen schließlich empfohlen. Mit dem Berater Hanno Berger, der als einer der Drahtzieher der Cum/Ex-Geschäfte gilt, habe er 2010 nur einmal Kontakt ge-

habt, dessen Angebot aber nicht angenommen, sagte Maschmeyer weiter. Auch sei damals kein Wort zu Cum/Ex gefallen. Er habe die von Berger angebotenen Steuerkonstruktionen nicht verstanden, außerdem sei so etwas für ihn nicht in Frage gekommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende Krüger mit, dass gegen die Wirtschaftsanwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer ein Durchsuchungsbeschluss beantragt worden sei. Es sei das erste Mal in der Geschichte des Bundestages, dass eine solche Maßnahme ergriffen werde. Hintergrund sei, dass die Kanzlei als externer rechtlicher Berater eine Schlüsselrolle gespielt habe und nicht bereit sei, freiwillig Unterlagen herauszugeben. Die Kanzlei hatte nach Angaben aus dem Ausschuss Gutachten oder Rechtsbewertungen zu Cum/Ex-Fällen erstellt, die dem Gremium aber nicht vorliegen. Unter anderem sei die Bank Sarasin beraten worden.

Die beiden Anwälte Thomas Wiesenbart und Ulf Johannemann von Freshfields sollten am Donnerstag als erste der insgesamt neun Zeugen vernommen werden. Deren Vernehmung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Zwei weitere geladene Zeugen – die Berater Hanno Berger und Kai-Uwe Steck – erschienen nicht. Sie leben in der Schweiz, und die Ladungen konnten Krüger zufolge nicht zugestellt werden. **Michael Wojtek**

»Mit den Fonds sind wir betrogen worden.«
Carsten Maschmeyer

Keine Kenntnis von Suchanfragen

NSA-AUSSCHUSS Fachleute des BND wollten dem US-Geheimdienst nicht zu nahe treten

Der eine war ein Veteran, der andere ein Novize im Zeugenstuhl. Ansonsten überwogen die Gemeinsamkeiten der beiden Herren, die dem NSA-Untersuchungsausschuss vergangene Woche gegenüberstanden. Beide hatten mit der Abteilung Technische Aufklärung (TA) zu tun, die beim Bundesnachrichtendienst (BND) das Abhörgeschäft organisiert. Und beide mussten erhebliche Wissenslücken offenbaren.

Was trieb die National Security Agency (NSA) in dem gemeinsam mit dem BND genutzten Horchposten in Bad Aibling? Das ist die Frage, auf die weder der Unterabteilungsleiter W.K. noch sein zeitweiliger Vorgesetzter, der ehemalige Abteilungschef Ansgar Heuser, vor nicht so langer Zeit eine präzise Antwort hätten geben können. Er habe keine Ahnung gehabt, dass die NSA auf den Rechnern in Bad Aibling nicht weniger als zwölf Millionen Suchmerkmale, sogenannte Selektoren, installiert hatte, sagte W.K. und nannte den Umstand, dass es vermutlich nicht einmal dem BND-Präsidenten anders ergangen war, ein Symptom für „organisatorische Defizite“. Er habe es gar nicht so genau wissen wollen, sagte Heuser und gratulierte sich selbst zu diesem klugen und diskreten Umgang mit den US-Freunden.

Für W.K. war es schon der vierte Auftritt in zwei Jahren. Sein Wissensstand ist in dieser Zeit mit dem des Ausschusses gewachsen.

Wann ihm das Ausmaß der NSA-Aktivitäten in Bad Aibling klar wurde, ist ihm exakt erinnerlich: Es war Freitag, der 13. März 2015, als beim BND erstmals eine ausgedruckte Liste der NSA-Selektoren vorlag, die anderthalb Jahre zuvor ihrer politischen Brisanz wegen in Bad Aibling aussortiert worden waren. Bei seiner ersten Vernehmung im Ausschuss am 13. November 2014 hatte W.K. noch beteuert, eine solche Liste gebe es nicht. Eine Woche



Geheimdienst-Abhöranlage in Bad Aibling

nach dem Fund erschien Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) in der BND-Zentrale, um nach dem Rechten zu sehen. Einen Monat später teilte die Bundesregierung mit, sie habe „technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert“. Der Anlass, die Liste auszudrucken, sei wohl ein Auskunftsbegehren des Untersuchungsausschusses gewesen, mutmaßte W.K. Ob es also sein könne, dass er ohne das Wirken des Ausschusses „bis heute“ ahnungslos geblieben wäre? „Im Moment sieht's danach aus.“

Heuser, von 2009 bis 2012 Abteilungsleiter TA und nun erstmals Zeuge im Ausschuss, hat natürlich, wie er sagte, gewusst, dass die NSA in Bad Aibling eigene Selektoren einsetzte. Wie viele und zu welchen Zwecken, habe ihn nicht interessiert. Er wäre doch, meinte Heuser, nach seinem Geisteszustand gefragt worden, wenn er damals in Bad Aibling aufgetaucht wäre und verlangt hätte: „Legt mir mal eure Selektorenliste vor.“ Die Amerikaner hätten das als Misstrauensbekundung auffassen müssen, und das zu einem Zeitpunkt, als die Bundeswehr tief in den Afghanistan-Krieg verstrickt und die Zusammenarbeit mit der NSA schon deswegen „vital“ gewesen sei: „Damals hatten wir wirklich Besseres zu tun, als einen Verdacht zu formulieren, der die Zusammenarbeit mit den Amerikanern ruiniert hätte.“ **Winfried Dolderer**

Lückenhafte Informantenberichte

NSU-AUSSCHUSS Geschredderte Akten machen den Ermittlern zu schaffen

Die vernichtete Akte eines zentralen V-Manns im NSU-Komplex konnte offenbar nicht so umfangreich rekonstruiert werden, wie bisher angenommen. Das ergab vergangene Woche die Befragung eines ehemaligen hochrangigen Mitarbeiters des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Der Zeuge Gerd Egevisst war von 1996 bis 2003 Referatsgruppenleiter im Bereich Rechtsextremismus-/Terrorismus des BfV, also in der Zeit, als sich die rechte Terrorgruppe NSU formierte, untertauchte und erste Anschläge beging. In Egevissts Amtszeit fällt die Operation „Rennsteig“, in deren Rahmen das BfV zwischen 1996 und 2003 mehrere Neonazis aus Thüringen als V-Männer anwarb. Ein Ziel der Operation war es, die rechtsextreme Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“ auszuspähen, in der die späteren NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe aktiv waren.

Über die Einzelheiten der Operation ist wenig bekannt, auch deshalb, weil die Akten 2011 von einem Mitarbeiter des BfV geschreddert wurden, kurz nachdem der NSU enttarnt worden war. Gegen den verantwortlichen Mitarbeiter hat kürzlich die Staatsanwaltschaft Köln Ermittlungen aufgenommen. Ein Teil der vernichteten Akten konnte rekonstruiert werden. Jedoch ist unklar geblieben, ob die damals rekrutier-

ten Spitzel vom NSU wussten und entsprechende Informationen an den Verfassungsschutz weitergaben. Das BfV beteuert, von den V-Leuten nicht über den NSU unterrichtet worden zu sein.

Egevisst gab an, mit der Operation Rennsteig „nur oberflächlich“ befasst gewesen zu sein. Angesprochen auf den V-Mann „Tarif“, dessen Akte 2011 ebenfalls im Schredder gelandet war, sagte er: Lediglich „zehn bis 20 Prozent“ der Akte hätten re-

konstruiert werden können. Damit widersprach er der offiziellen Version. So hatte ein Sonderermittler des Innenministeriums beteuert, die vernichteten Akten seien „zum Großteil wiederhergestellt“ worden. Das ist im Abschlussbericht des ersten NSU-Ausschusses nachzulesen. Ein Mitarbeiter der Bundesregierung relativierte Egevissts Schätzung sogleich: Es lägen mehr als 20 Prozent der „Tarif“-Akte vor. Egevissts Urteil, dass die so lückenhafte Akte kaum mehr lesbar sei, widersprach die Bundesregierung allerdings nicht.

Die Obfrauen Petra Pau (Die Linke) und Irene Mihalic (Grüne) bemängelten zudem, dass auch zur sogenannten Operation „Drilling“ noch immer wichtige Dokumente fehlten. Im Rahmen dieser Operation hatte der Verfassungsschutz erfolglos nach dem flüchtigen Trio gefahndet, ohne offenbar zu wissen, dass es sich dabei um mordende Terroristen handelt. Inwieweit die hierzu fehlenden Protokolle ebenfalls vernichtet wurden oder noch in einem Aktenschrank lagern, konnte bisher nicht geklärt werden. **Florian Zimmer-Amrhein**



Riesige Aktenberge zum NSU-Komplex

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Auf der Suche nach Schni

Wer kennt noch Schni? Richtig. In der DDR die kürzeste messbare Zeiteinheit. Die brauchte man, um den Ausknopf des Fernsehers zu drücken, wenn montagabends der Name Karl-Eduard von Schnitzler zu Beginn der unbeliebten Agitprop-Sendung „Der schwarze Kanal“ ausgesprochen wurde. Das konnte, wenn man ganz fix war, schon mal unter einer Sekunde sein. Es gibt natürlich noch andere kurze Zeiten. Die „New Yorker Sekunde“ ist die Zeitspanne, die vergeht, wenn die Ampel auf Grün springt und dann hinter einem ein Taxi zu hupen anfängt. Es gibt noch viel schnelleres im Leben, etwa wenn Sprinter um Hundertstelsekunden kämpfen oder eine Kamera Tausendstel Sekunden auffangen muss, um einen springenden Pingpongball exakt zu fotografieren. Die Zeit beschäftigt uns seit je, ist aber immer rätselhaft geblieben. Auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) denkt darüber nach. Sie will Zeitspannen, egal wie groß, am liebsten zurückdrehen. Nach dem Wahldester im Herbst in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bekannte sie, die Zeit am liebsten „um viele, viele Jahre zurückzuspulen“, um dann besser vorbereitet zu sein wie vor der Flüchtlingskrise 2015 und den Wählern alles besser erklären zu können. Zurück zu den ganz kurzen Zeitspannen: Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching haben jetzt die kürzeste je registrierte Zeitspanne gestoppt. Mit Laserimpulsen entdeckten sie, dass ein Elektron manchmal nur sieben „Attosekunden“ – eine Attosekunde ist ein Milliardstel einer Milliardstelsekunde – braucht, um eine Atomhülle zu durchqueren. In Ziffern geschrieben: 0,000.000.000.000.000.007. Wer am Fernseher oder Computer so schnell auf „Aus“ drücken kann, schafft sich jeden modernen Schnitzler aus dem Gesichtskreis. *Hans Krump*

VOR 50 JAHREN...

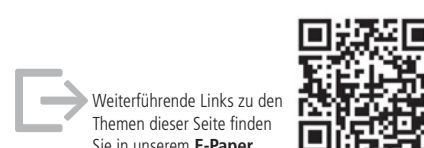
Premiere für Schwarz-Rot

1.12.1966: Kiesinger zum Kanzler gewählt. Eigentlich sollte sie eine Ausnahmerechnung sein. Heute hat man sich an Große Koalitionen schon fast gewöhnt. Die Geschichte der Bündnisse aus Union und SPD begann 1966 – allerdings nicht mit einer Bundestagswahl. Denn die brachte 1965 eine Neuaufgabe der schwarz-gelben Regierung hervor. Doch wie schon 1964, als die FDP – an-



Partner auf Zeit: Kurt Georg Kiesinger (CDU, links) und Willy Brandt (SPD) 1966

ders als die SPD – die Wiederwahl Heinrich Lübkes (CDU) zum Bundespräsidenten nicht unterstützt hatte, gab es Streit: Weil Kanzler Ludwig Erhard (CDU) die Milliardenlöcher im Bundeshaushalt durch Steuererhöhungen stopfen wollte, traten im Oktober 1966 alle vier FDP-Minister zurück. Noch während Erhard mit einer Minderheitsregierung weiterregierte, nahmen Union und SPD Koalitionsverhandlungen auf. Auf Seiten der SPD musste Herbert Wehner Überzeugungsarbeit leisten. Für ihn war eine Regierungsbeteiligung als Juniorpartner ein notwendiges Opfer für den angestrebten Machtwechsel. Nicht alle Genossen ließen sich überzeugen: Nur 340 der 447 Großkoalitionäre wählten am 1. Dezember 1966 Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum Kanzler. Indes kam die Frage auf, wie eine Opposition aus gerade einmal 49 FDP-Abgeordneten die Kontrolle der Bundesregierung bewerkstelligen könne. Dieses Problem hatte auch Kiesinger erkannt: „Die stärkste Absicherung gegen einen möglichen Amtsmissbrauch der Macht“, erklärte der Bundeskanzler, „ist der feste Wille der Partner einer großen Koalition, diese nur auf Zeit – also bis zum Ende dieser Legislaturperiode – fortzuführen.“ *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: NEUE AUSSTELLUNG IN DER REICHSTAGSKUPPEL



Auf der Reichstagskuppel haben Besucher nicht nur Einblick in den Plenarsaal des Deutschen Bundestags: Die neue Ausstellung „Vom Reichstag zum Bundestag“ erzählt dort auch die Geschichte des deutschen Parlamentarismus. *© Deutscher Bundestag/Achim Melde*

Von Wahlscheinen und Scheinwahlen

Die Reichstagskuppel ist Wahrzeichen der Berliner Republik und Besuchermagnet. Jedes Jahr wird sie von zwei Millionen Menschen besucht. Sie genießen die Aussicht über die Dächer Berlins – und bekommen, fast nebenbei, Einblicke in die Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Dafür müssen sie nur den Innenraum der Kuppel umrunden, wo sich die Ausstellung „Vom Reichstag zum Bundestag“ befindet. Die Besucher können sich hier mit der Verfassungsgeschichte sowie dem Wahrecht und der Stellung des Parlaments in Deutschland auseinandersetzen. 17 Jahre nach Öffnung der Kuppel ist die Ausstellung jetzt neu konzipiert worden. Am Anfang steht ein Schwarzweißfoto: Der von Holzgerüsten eingefasste Rohbau erinnert mit seinen Rundbögen an eine Kathedrale. Doch am Gebäudesockel mit den markanten Kalksteinen erkennt man bereits das Reichstagsgebäude. 1884 hat Kaiser Wilhelm I. den Grundstein gelegt, doch dauert es weitere zehn Jahre, bis sein Enkel, Wilhelm II., das Gebäude feierlich einweihet. Wilhelm II. hält nicht viel von Parlamentarismus und Demokratie, er

soll verächtlich vom „Reichsaffenhaus“ und der „Schwatzbude“ gesprochen haben. 20 Jahre später stürzt er Deutschland in den Ersten Weltkrieg, mit diesem endet 1918 das Kaiserreich. Das Foto Philipp Scheidemanns, wie er vom Balkon des Reichstags die Republik ausruft, eröffnet dann auch schon den nächsten Abschnitt – die Weimarer Republik. Wer den sogenannten Handlauf ganz umrundet, sieht am Ende das von Scheinwerfern beleuchtete Reichstagsgebäude: Es ist der 3. Oktober 2015, der 25. Jahrestag der Wiedervereinigung. „Das ist wohl die meistbesuchte politisch-historische Ausstellung Deutschlands“, sagt Andreas Trampe von den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestags. Selbst wenn man davon ausgehe, dass nur jeder zweite Besucher der Kuppel die Tafeln betrachtet. Die Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ hat die Ausstellung neu erstellt, in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlichen Diensten. In zwölf Vitrinen werden Texte, Bilder und Dokumente präsentiert. Gegenüber der alten Ausstellung fällt vor al-

lem eines auf: mehr Farbe und Bewegung. Slideshows zeigen Bilder der Friedlichen Revolution in der DDR, stellen Werke aus der Kunstsammlung und Mitarbeiter des Parlaments vor. Trampe verweist auf die Wahlscheine aus verschiedenen Epochen: „Der Wahlschein aus der Weimarer Republik macht die Zersplitterung des Parteiensystems anschaulich. Und der Wahlschein aus DDR-Zeiten bietet nur eine Einheitsliste – ohne jede Alternative“, sagt er. Die Ausstellung zeigt: Auch bei Scheinwahlen geht's nicht ohne Wahlscheine. *Eva Bräth*

Die Ausstellung „Vom Reichstag zum Bundestag“ kann im Rahmen eines angemeldeten Besuchs der Reichstagskuppel (8-24 Uhr, letzter Einlass: 22 Uhr) besichtigt werden. Zudem steht die Ausstellung auch digital auf www.bundestag.de/besuch zur Verfügung. Vertiefende Informationen zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus bietet die Ausstellung „Wege – Irrwege – Umwege“ des Bundestags im Deutschen Dom am Berliner Gendarmenmarkt.

LESERPOST

Zur Ausgabe 46-46 vom 14.11.2016, „Black Box Trump“ auf Seite 4: Alles was vorher stimmte, stimmt jetzt nicht mehr? Was nicht stimmte, waren die Meinungsumfragen zur US-Wahl. Ansonsten hat sich noch nichts verändert. Die USA haben einen demokratisch gewählten Präsidenten bekommen, der ein anderes Amerika und eine andere Politik will. Dies wird ihm auch gelingen – zumal die Republikaner die Mehrheit im Senat sowie im Repräsentantenhaus haben. Bei den europäischen Verbündeten sind Entsetzen und Schockstarre nun groß. Aber ein Land, in dem die soziale Ungleichheit immer größer wird, in dem annähernd 20 Prozent der Bevölkerung

auf staatliche Unterstützung plus Lebensmittelmärkten angewiesen sind und das kriegs- und interventionsmüde geworden ist, wählt eben das Washingtoner Establishment ab. Dass selbst Staaten, die für die Demokraten eine sicher geglaubte Wahlbank waren, von Trump gewonnen wurden, beweist den Willen der Bevölkerung zum Politikwechsel. Amerika wird sich unter Präsident Trump verändern, das steht fest. Für die Europäische Union bedeutet das: Sie muss jetzt endlich zu einem einheitlichen Machtblock mit reformierten Strukturen und Verfahren werden – oder das System zerfällt. Denn auf die USA als politische und militärische Hegemonialmacht kann Europa nicht mehr zählen.

Seit 23 Jahren gerät aus westlicher Sicht die Weltordnung aus den Fugen. Man muss davon ausgehen, dass das 21. Jahrhundert weitere destabilisierende und herausfordernde Überraschungen bereiten wird. *Hans-Dieter Seul Berlin*

73,6 Prozent der Amerikaner haben Donald Trump nicht gewählt! Die Wahl von Trump hat globale und innenpolitische Ursachen, über die nun zum Glück viel geschrieben und diskutiert wird. Europa hat jetzt in der Tat eine globale Verantwortung für die Verteidigung der Demokratie auf diesem Planeten bekommen. Der Alarmismus und die Katastrophen-

szenarien über den Zustand der USA sind jedoch nicht nur gefährlich – sie entbehren auch jeder quantitativen Grundlage. Falsch ist daher auch der Satz „die Mehrheit des amerikanischen Volkes“ habe die Konsequenzen gezogen und Trump gewählt. Laut Zahlen des United States Elections Project vom 11.11.2016 hat die Mehrheit der US-Wähler, nämlich 60,1 Millionen, Hillary Clinton gewählt – während Trump nur 59,8 Millionen Stimmen erhielt. 58 Prozent der Wahlberechtigten haben gar nicht gewählt. Trump kann sich rechnerisch auf genau 26,4 Prozent der amerikanischen Wahlberechtigten stützen. Ihre Gründe, Trump zu wählen, muss man ernst nehmen. Die 73,6 Prozent der Wahlberechtigten, die Trump nicht gewählt haben, sind aber gleichzeitig Grund für einen gelasseneren Umgang mit dieser Wahl. *Rainer Schneider-Wilkes Gundelfingen*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. Dezember.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 28.11. – 2.12.2016

Bundesteilhabengesetz (Do), Verkehrswegepolitik (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Konrad Kraske † Bundestagsabgeordneter 1965-1980, CDU

Am 16. November starb Konrad Kraske im Alter von 90 Jahren in Freiburg im Breisgau. Der aus Berlin stammende promovierte Historiker wurde 1952 Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Von 1953 bis 1958 amtierte er als stellvertretender Bundesgeschäftsführer der Partei. Von 1953 bis 1956 stand er zudem an der Spitze des Rings Christlich-Demokratischer Studenten. 1958 übernahm Kraske das Amt des CDU-Bundesgeschäftsführers und behielt es bis 1970. Die Bundestagswahlkämpfe seiner Partei in den 1960er Jahren sind eng mit seinem Namen verknüpft. Von 1971 bis 1973 war er Generalsekretär der Christdemokraten. Als geschäftsführender Vorsitzender und Vorstandsmitglied hat er zudem die Entwicklung der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu deren Mitbegründern er gehörte, über Jahrzehnte hinweg maßgeblich mitgeprägt. 1962 zählte Kraske schließlich zu den Gründungsmitgliedern des ZDF-Fernsehrats, dessen Vorsitz er von 1992 bis 2002 inne hatte. Als Bundestagsabgeordneter engagierte er sich vorwiegend im Verteidigungsausschuss. Mit Konrad Kraske starb der letzte Repräsentant der CDU, der noch zu Zeiten des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer die Geschicke seiner Partei mitgestaltet hat.

>Karin Rehbock-Zureich Bundestagsabgeordnete 1994-2005, SPD

Karin Rehbock-Zureich wird am 29. November 70 Jahre alt. Die Lehrerin aus Jestetten im Kreis Waldshut trat 1978 den Sozialdemokraten bei und stand von 1988 bis 2012 an der Spitze des dortigen Ortsvereins der SPD. Sie amtierte zudem als stellvertretende Kreisvorsitzende in Waldshut und gehörte von 1992 bis 1998 dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Seit 1994 ist Rehbock-Zureich Mitglied des Kreistags in Waldshut und amtiert zugleich als Fraktionsvorsitzende. Im Bundestag wirkte sie in allen Wahlperioden im Verkehrsausschuss mit.

>Günter Graf Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD

Günter Graf wird am 1. Dezember 75 Jahre alt. Der heute in Dötlingen im Kreis Oldenburg wohnhafte Polizeihauptkommissar schloss sich 1973 der SPD an. Von 1976 an gehörte er dem Unterbezirksvorstand Cloppenburg sowie später auch dem SPD-Bezirksausschuss Weser-Ems an. Von 1974 bis 2008 war er Ratsherr in Friesoythe/Kreis Cloppenburg und von 2002 bis 2008 Mitglied des dortigen Kreistags. Graf, seit 1960 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Innenausschuss. Zudem amtierte er zeitweise als stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

>Peter Letzgas Bundestagsabgeordneter 1994-2005, CDU

Am 1. Dezember begeht Peter Letzgas seinen 75. Geburtstag. Der aus Burg bei Magdeburg stammende Lehrer an einer Polytechnischen Oberschule und spätere Leiter einer Kreisvolkshochschule trat 1991 der CDU bei. Er war Vorsitzender des Stadtverbands Burg und Beisitzer im CDU-Kreisverband Jerichow-Land. Letzgas arbeitete im Bundestag im Umweltausschuss, im Verkehrs- sowie im Sportausschuss mit. Von 2002 bis 2006 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sowie der Westeuropäischen Union.

>Klaus Rose Bundestagsabgeordneter 1977-2005, CSU

Am 7. Dezember vollendet Klaus Rose sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Historiker und Gymnasiallehrer aus Vilshofen schloss sich 1961 der CSU an, war dort von 1971 bis 1981 Ortsvorsitzender, stand von 1981 bis 1997 an der Spitze des Kreisverbands Passau-Land und war schließlich von 1995 bis 2005 stellvertretender Bezirksvorsitzender von Niederbayern. Von 1972 bis 1990 gehörte er dem Stadtrat seiner Heimatstadt und von 1972 bis 2008 dem Kreistag in Passau an. Von 1974 bis 1977 war Rose Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Der Direktkandidat des Wahlkreises Passau engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss, dessen stellvertretenden Vorsitz von 1987 bis 1994 inne hatte sowie im Verteidigungsausschuss, an dessen Spitze er von 1994 bis 1997 stand. Danach war Rose bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

>Klaus-Otto Zirkler Bundestagsabgeordneter 1990, FDP

Klaus-Otto Zirkler begeht am 8. Dezember seinen 70. Geburtstag. Der Tierarzt aus dem sachsen-anhaltinischen Sangerhausen trat 1968 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands bei, war 1990 Mitglied des Parteivorstands und wurde im August Mitglied der FDP bei. Von März bis Oktober 1990 gehörte Zirkler der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember dem Deutschen Bundestag an. *bmh*

SEITENBLICKE



Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

Der American Dream ist längst auch bei uns ausgeträumt



Sahra Wagenknecht (* 1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin! Es ist schon verblüffend, wie Politik manchmal funktioniert. In Deutschland wachsen soziale Ungleichheit und Verunsicherung und mit ihnen die Zahl der Wählerstimmen der AfD.

In Europa ist die deutsche Regierung so isoliert wie lange nicht mehr.

Als bevorzugten Partner hat sich die Kanzlerin ausgerechnet einen türkischen Diktator ausgesucht, der Journalisten und Oppositionelle ins Gefängnis werfen lässt und die Todesstrafe großartig findet.

Trotz allem scheint sich die CDU/CSU – das zeigt Ihre wunderbare Stimmung heute – auf ein Weiter-so mit dieser

Kanzlerin, mit Frau Merkel, allen Ernstes zu freuen. Ich kann nur sagen: Die Menschen in diesem Land können sich darauf nicht freuen. Ich sage Ihnen deswegen auch: Dazu wird es nicht kommen.

Angesichts Ihres Verhaltens fällt einem wirklich nur noch der Satz von Albert Einstein ein: Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.

Am Ende ändert sich dann doch meistens etwas, aber vielleicht anders als erhofft.

In den USA hat die Führung der

Demokraten den Hoffnungsträger Bernie Sanders verhindert, um dann mit einer Kandidatin des Establishments, die im Grunde all das verkörpert, was die Menschen an der Demokratie verzweifeln lässt, Donald Trump den Weg ins Weiße Haus zu ebnen. Das sollte nicht nur der SPD zu denken geben, sondern natürlich auch der CDU, die immerhin auch schon Kanzler hatte, die den Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Oligarchie, einer Reichtumsherrschaft, noch ganz gut kennen.

Wohlstand für alle: Damit war anderes gemeint als die marktkonforme Verwaltung eines globalisierten Raubtierkapitalismus, der die Mittelschicht zerstört und diese Gesellschaft immer tiefer sozial spaltet.

In der alten CDU übrigens wäre eine Situation, in der man sogar gemeinsam mit der SPD nicht einmal mehr die Hälfte der Wählerinnen und Wähler erreicht, noch komplett unvorstellbar gewesen.

Aber damals wusste auch die SPD noch, dass Arbeiterparteien nicht dafür gegründet worden waren, ihre Minister an zahlungskräftige Wirtschaftslobbyisten zu vermieten und denen dann die Wünsche von den Augen abzulesen, mögen sie nun Senkung der Lohnkosten oder CETA heißen.

Und Sie machen weiter, als wäre nichts passiert. Als untrügliches Signal des großkoalitionären Weiter-so schlagen Sie uns jetzt also gemeinsam Frank-Walter Steinmeier für das Amt des nächsten Bundespräsidenten vor.

Hätten wir mit der Kandidatur des profilierten Agenda-Kritikers Christoph Butterwegge nicht noch ein bisschen Frischluft in Ihren muffigen Konsens gebracht, dann hätten Sie die Bundesversammlung auch gleich ganz absagen können.

Es sind doch genau solche Wah-

len, bei denen es nichts mehr zu entscheiden gibt, die die Menschen an der Demokratie verzweifeln lassen und die auch demokratische Entscheidungen zu einer Farce machen.

Als die Briten im Juni für den Ausstieg aus der EU votierten, waren Sie alle geschockt, um dann mit doppelter Energie das Konzernschutzabkommen CETA in der EU durchzuboxen. Klasse gemacht! Beim nächsten Exit-Referendum haben die Befürworter ein Argument mehr auf ihrer Seite.

Als vor zwei Wochen die US-Bürger für Trump statt für Ihre gemeinsame Favoritin Clinton stimmten, waren Sie wieder alle geschockt.

Aber Ihre einzige Schlussfolgerung scheint zu sein, jetzt einen europäischen Hochrüstungswettlauf zu starten. Glauben Sie wirklich, das ist es, worauf die Millionen Abstiegsgefährdeten in Europa und die verlorene Generation in den Krisenländern gewartet haben? Offenbar hat selbst ein Donald Trump wirtschaftspolitisch mehr drauf als Sie.

Denn immerhin hat der Mann begriffen, dass staatliche Industriepolitik besser ist als billige Dienstleistungsjobs und dass gegen Krise und marode Infrastruktur nicht Kürzungspolitik hilft, sondern ein groß angelegtes öffentliches Investitionsprogramm.

Weil schon die Ankündigung dieses Programms zu höheren Zinsen in den USA geführt hat, wird Europa unter Ihrer Führung wohl lieber mit seinem Geld neue Brücken und moderne Netze in den USA finanzieren, statt den Niedergang der europäischen Infrastruktur endlich zu stoppen und Industriearbeitsplätze auch in Frankreich und Italien zu verteidigen und zu retten. Aber merken Sie denn gar nicht, dass es genau diese fatale Politik ist, die Europa spaltet und immer mehr kaputtgehen lässt?

Sollte im nächsten Jahr tatsächlich Marine Le Pen französische Präsidentin werden, dann werden Sie wieder alle geschockt sein, und wahrscheinlich beklagen Sie dann

wieder die Verführungsmacht geschickter Populisten und das Zeitalter des Postfaktischen. Aber wenn etwas postfaktisch ist, dann sind das nicht die Emotionen der Menschen, die sich von Ihrer Politik im Stich gelassen fühlen, sondern die Lügenmärchen, die Sie ihnen erzählen, um zu begründen, dass diese Politik angeblich alternativlos ist.

Ist es denn wirklich so schwer zu verstehen? Die US-Bürger haben doch gar nicht in erster Linie den Milliardär Donald Trump gewählt. Sie haben das Weiter-so abgewählt, und dafür hatten sie in einem Land, wo die mittleren Löhne heute unter dem Niveau der 80er-Jahre liegen, natürlich allen Grund.

Auch in Deutschland haben immer mehr Menschen gute Gründe, enttäuscht und wütend zu sein: über eine großkoalitionäre Einheitspolitik, die sich für ihre elementaren Lebensinteressen und Zukunftsängste überhaupt nicht mehr interessiert, sondern gleichgültig und emotionslos immer wieder Entscheidungen fällt, die die Reichen noch reicher, die Konzerne noch unverschämter und das Leben der arbeitenden Mitte und der Ärmeren noch unsicherer und prekärer machen. Ich finde, eine solche Politik ist unglaublich und sie ist verantwortungslos.

Gucken Sie sich doch an, wie sich dieses Land in den letzten 20 Jahren verändert hat! Trotz boomender Exportwirtschaft und trotz Wirtschaftswachstum lebt heute in Deutschland jeder sechste Rentner in Armut und muss sich um seine Lebensleistung betrogen fühlen.

Immer mehr Kinder beginnen ihr Leben mit der Grunderfahrung, dass sie von der schönen bunten Welt ausgeschlossen sind und dass ihnen das Leben viel weniger bieten wird als anderen. Millionen Arbeitnehmer werden in Leiharbeit, Werkverträgen und Dauerbefristungen zu Beschäftigten zweiter Klasse degradiert. Diejenigen, deren Löhne kein Tarifvertrag mehr regelt – das ist inzwischen jeder zweite –, verdienen heute 18 Prozent weniger als im Jahr 2000. Diesen Menschen erzählen Sie, Deutschland gehe es gut, und sie sollen sich freuen

über Ihre erfolgreiche Politik. Das ist doch der blanke Hohn, was Sie da machen.

Sie erzählen ihnen, die Agenda 2010 habe ein Jobwunder ausgelöst. Ja, wir hatten in Deutschland einmal 5 Millionen Arbeitslose. Heute bekommen nur noch 800 000 Menschen Arbeitslosengeld. Aber dafür gibt es 4,3 Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger, die alle arbeiten möchten, teilweise sogar Arbeit haben, teilweise sogar Vollzeit arbeiten und trotzdem von staatlichen Lohnersatzleistungen abhängig bleiben.

Das macht in der Summe noch immer 5,1 Millionen Menschen. Was ist das denn für ein Fortschritt?

Die CDU einschließlich der Kanzlerin sollte aufhören, die Agenda 2010 als Erfolgsmodell zu preisen, und sollte endlich wieder ein humanes Arbeitsrecht in Deutschland durchsetzen, wenn sie einen deutschen Donald Trump verhindern will.

Diesen weisen Satz hat Ihnen in der letzten Woche Ihr ehemaliger Generalsekretär Heiner Geißler zugerufen. Wenn diese Mahnung schon bei der CDU/CSU auf taube Ohren stößt: Müssen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nicht zumindest in Ihren Stühlen versinken, wenn Sie merken, dass ein ehemaliger CDU-Generalsekretär, der sich treu geblieben ist, inzwischen weit links von Ihnen steht? Gleichen Lohn für gleiche Arbeit hat die SPD bei der letzten Wahl versprochen. Und was haben Sie gemacht? Ein Gesetz, das es Daimler, BMW und Co. in Zukunft sogar erleichtert, reguläre Jobs dauerhaft durch Leiharbeit zu ersetzen oder an

Fortsetzung auf nächster Seite

In Deutschland haben immer mehr Menschen Gründe, enttäuscht und wütend zu sein.

Als bevorzugten Partner hat sich die Kanzlerin einen türkischen Diktator ausgesucht.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

nen glaubt doch niemand irgendwas, wenn Sie solche Politik machen.

Wie viele selbst von denjenigen in Deutschland, die sich all das noch leisten können, was für andere bereits zum unerschwinglichen Luxus geworden ist – eine gute Ausbildung der Kinder, private Vorsorge für das Alter, Urlaubsreisen, Wohneigentum –, leben in der ständigen Angst, nach der nächsten Betriebsverlagerung auch zu den Verlierern zu gehören oder eiskalt aussortiert zu werden, wenn sie krank werden oder wenn sie nicht mehr ständig Höchstleistungen erbringen können? Der American Dream ist längst auch bei uns ausgeträumt. Wer außerhalb der Oberschicht glaubt denn heute noch, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als ihren Eltern? Die meisten erleben das Gegenteil. Das ist nicht Ergebnis einer Naturgewalt namens Globalisierung, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen.

Auch Ihre Legende, rabiate Rentenkürzungen seien notwendig, um die junge Generation vor zu hohen Belastungen zu bewahren, passt bestens in das Zeitalter des Postfaktischen.

Rechnen wir doch einmal nach. Der aktuelle Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung liegt bei 18,7 Prozent, hälftig gezahlt von Unternehmen und Beschäftigten. Zusätzlich sollen die Beschäftigten 4 Prozent ihres Einkommens in einen jener sinnlosen Riester-Verträge versenken, von denen inzwischen jeder weiß, dass sie nur Banken und Versicherungen reich machen. Aber wer glaubte, die Maschmeyer-Kumpel Schröder und Riester seien schon der Tiefpunkt gewesen, dem beweist Frau Nahles, dass es noch schlimmer geht.

Ich rede von ihren Plänen für eine sogenannte Betriebsrente, die genauso wie die Riester-Rente allein von den Beschäftigten gezahlt werden soll und die sich von den unsäglichen Riester-Produkten eigentlich nur in einem einzigen Punkt unterscheidet: Bei Riester mussten die Anbieter zumindest noch den Erhalt der eingezahlten Beiträge garantieren. Die Betriebsrente subventioniert der Staat auch dann, wenn das volle Verlustrisiko auf den künftigen Rentner abgewälzt wird.

Wenn wir zusammenzählen, dann laufen die Rentenpläne der Großen Koalition darauf hinaus, dass Arbeitnehmer in Zukunft bis zu 20 Prozent ihres Einkommens für die Altersvorsorge aufwenden sollen, um damit Rentenansprüche zu erwerben, die sich, anders als die Umlagerente, bei der nächsten großen Finanzkrise in heiße Luft auflösen können. Das dann noch als Entlastung der jungen Generation zu verkaufen – da-

rauf muss man wirklich erst einmal kommen.

Dabei brauchen Sie nur über die bayerischen Alpen hinausschauen, um zu sehen, wie es vielleicht besser geht und wie man eine Rentenreform vernünftig machen kann. Nachdem in Österreich Renten Kürzungen à la Riester am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert sind, hat man eben die gesetzliche Rente zukunfts fest gemacht. Das heißt, es gibt heute einen einheitlichen Topf, in den alle einzahlen, auch Selbstständige und Beamte. Der Beitragssatz liegt bei 22,8 Prozent, allerdings zahlen die Unternehmen mehr als die Beschäftigten. Dieses System finanziert für langjährig Versicherte Renten von 1 800 Euro im Monat; die Mindestrente beträgt 1 030 Euro.

Und Sie muten Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, Armutsrenten von 1 000 Euro und weniger zu. Das sind 800 Euro weniger als in Österreich. Das ist doch unglaublich. Stoppen Sie endlich diese verantwortungslose Rentenpolitik, die millionenfache Altersarmut produziert!

Bei der Krankenversicherung ist es genau das Gleiche. Seit Ende der hälftigen Finanzierung steigt der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer. Er steigt auch deshalb, weil der Pauschalbeitrag, den der Bund an die Kassen für Hartz-IV-Bezieher überweist, die realen Kosten nicht deckt. Das heißt, je mehr Hartz-IV-Empfänger – Sie wissen, dass die meisten Flüchtlinge ab dem nächsten Jahr Hartz IV bekommen werden –, desto teurer wird es für den Postzusteller und die Aldi-Kassiererin, während der privat versicherte Chef von ihnen und natürlich auch die Konzerne, bei denen sie arbeiten, von der Finanzierung von solchen gesellschaftlichen

Aufgaben komplett verschont werden. Das ist doch ein Skandal. Wenn man sich diese Politik anschaut, dann muss man fast schon den Verdacht haben, dass Sie einen geheimen Werbevertrag mit der AfD abgeschlossen haben. Es ist doch unglaublich, was Sie machen.

Es ging also bei den Krankenkassen wie bei der Zerschlagung der Rente nie um etwas anderes als um die Senkung der Lohnkosten und die Steigerung der Unternehmensgewinne. Von wegen, mit den Gewinnen steigen auch die Investitionen. Wissen Sie, wie hoch die Reinvestitionsquote deutscher Industrieunternehmen im Inland heute ist? 5 Prozent. Das heißt, 95 Prozent der Gewin-

ne, die sie durch Ihre Politik so erfolgreich erhöht haben, werden an die Eigentümer ausgeschüttet, in Finanzanlagen geparkt oder eben für Investitionen im Ausland genutzt. Trotzdem verzichten Sie bis heute darauf, wieder einen größeren Teil der Unternehmensgewinne zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Wir halten das für völlig unverantwortlich.

Aus allen wichtigen Bereichen, in denen er früher dem Leben der Menschen Stabilität und Sicherheit gegeben hat, hat sich der Staat zurückgezogen. Nicht nur die Sozialversicherungen wurden demoliert, auch kommunale Wohnungen wurden privaten Renditejägern auf dem Silbertablett serviert, genau wie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Weil es sich nicht rechnet, fährt zu kleinen Orten kein Bus mehr, und der nächste Arzt ist meilenweit entfernt. Auch der jahrelange Personalabbau bei der Polizei hat ganze Wohnviertel zu nächtlichen Nogo-Areas gemacht. In den baufälligen Schulen dieser Viertel werden von überlasteten Lehrern auch nicht die hochqualifizierten Fachkräfte der Zukunft ausgebildet, sondern junge Menschen, von denen viele im Leben nie eine Chance bekommen werden, weil das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem dieses reichen Landes noch nicht einmal in der Lage ist, ihnen elementare Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten beizubringen. 21 Milliarden Euro weniger als der Durchschnitt der OECD-Staaten gibt Deutschland jährlich für seine Schulen und Universitäten aus. Was für ein Armutszeugnis, Frau Merkel.

Sagen Sie jetzt nicht: Bildung ist doch Ländersache. – Es ist Ihr steuerpolitisches Wohlfühlprogramm für Konzerne und Superreiche, das die Verantwortung dafür trägt, dass viele Länder und Kommunen ihre Aufgaben überhaupt nicht mehr erfüllen können. Sie feiern sich für Ihre schwarze Null. – Wissen Sie überhaupt, wie die Realität in vielen armen Städten und Gemeinden dieses Landes aussieht?

Dort hat Ihre Kombination aus staatlicher Reichtumspflege und „Wir schaffen das!“ dramatische Folgen. Wegen der zusätzlichen Aufgaben ist die Verschuldung vieler Städte und Gemeinden im letzten Jahr weiter gewachsen, gerade auch in Nordrhein-Westfalen.

Überschuldete Gemeinden können ihren Bürgern immer weniger bieten: keine ordentlichen Kitas, keine Bibliothek, kein Zuschuss zum Kulturverein oder auch zum Sportverein. In Gelsenkirchen, wo

40 Prozent aller Kinder in Hartz-IV-Familien aufwachsen, werden gerade mehrere Schwimmbäder geschlossen. Im überschuldeten Duisburg muss in den nächsten Jahren jede achte Stelle gestrichen werden, also noch weniger Erzieherinnen, noch weniger Personal an Krankenhäusern.

Ihre tollkühnen Privatisierungspläne gehen immer weiter. Jetzt sollen sogar die Autobahnen, die die Menschen mit ihren Steuern bezahlt haben, über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften an Finanzinvestoren verschandelt werden. Sind Sie denn von allen guten Geistern verlassen?

„Der einfache Bürger kämpft um das Überleben, während die Profiteure, die reiche Oberschicht, sich nicht um uns kümmern“, schrieb mir vor kurzem eine 31-jährige Hochschulabsolventin, die heute bei Air Berlin als Flugbegleiterin arbeitet und selbst um diesen Job jetzt bangen muss.

„Wo ist denn die Lebensqualität geblieben, die jedem Menschen zusteht?“, fragt sie in ihrer Mail. „Anstatt das Leben zu genießen, ist man ständig darauf bedacht, seine Arbeit nicht zu verlieren, denn in diesem heutigen Deutschland gibt es keine Garantien und keine Sicherheiten mehr.“ So weit eine junge, 31-jährige Frau, die ein Hochschulstudium absolviert hat.

Ein mittelständischer Unternehmer schildert mir in einer Mail, wie ihm große Konzerne unter Ausnutzung ihrer Marktmacht die Luft zum Atmen nehmen. Er schreibt: „Als Kind italienischer Einwanderer bin ich hier geboren und aufgewachsen, habe also Deutschland in einer Zeit erlebt, als noch alles möglich war mit ehrlicher Arbeit. Heute ist das anders.“

In einem konzerngesteuerten Land, wie wir es heute haben, gibt es keine Demokratie.“ – Das ist das Zitat aus der Mail eines Bürgers. Ich muss sagen: Wie Sie reagieren, wenn man hier Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern vorträgt, das zeigt die ganze Arroganz Ihrer Politik. Da müssen Sie sich nicht wundern, dass Ihnen immer die Wähler weglaufen.

Ich muss auch sagen: Wie erklären Sie einem ums Überleben kämpfenden Mittelständler, dass er für jeden Euro Gewinn mindestens 30 Prozent Steuern zahlen muss, während Konzerne wie Google, Apple und Facebook in Europa mit Steuersätzen von 0,005 Prozent verwöhnt werden? Oder wie erklären Sie einem hart arbeitenden Beschäftigten, dass

schon ab einem Einkommen von 1 140 Euro ein Steuersatz von 24 Prozent fällig wird, während es die schwerreichen Erben von Milliardenvermögen nach Auffassung der Großen Koalition offenbar komplett überfordern würde, auch nur einen einzigen Euro Erbschaftsteuer zu zahlen?

Oder wie erklären Sie es einem Kleinsparer, der sein mühsam erspartes durch Bankgebühren und Niedrigzinsen wegschmelzen sieht, dass das Vermögen der 500 Reichsten in Deutschland jedes Jahr um 9 bis 10 Prozent steigt und inzwischen den irren Betrag von 723 Milliarden

Euro erreicht hat? Oder wie erklären Sie einer alleinerziehenden Hartz-IV-Empfängerin, dass von ihr bei sogenanntem sozialwidrigem Verhalten – das liegt schon vor, wenn sie ein kleines Geldgeschenk für ihr Kind nicht angemeldet hat – neuerdings drei Jahre rückwirkend alle Leistungen zurückgefordert werden können, während zum Beispiel das Management der Deutschen Bank, das allein seit 2009 Boni in Höhe von 24 Milliarden Euro eingestrichen hat, nie Gefahr läuft, auch nur einen Euro zurückgeben zu müssen, egal wie sozialwidrig oder auch kriminell das Geschäftsmodell dieser Bank ist oder ob sie dadurch irgendwann wieder in so viele Schwierigkeiten kommt, dass sie beim Staat wieder die Hand aufhalten muss? Sie können das alles gar nicht erklären, weil es dafür keine objektiven Gründe gibt. Die einzige Erklärung ist Ihr fehlender Mut, sich mit den wirtschaftlich Mächtigen anzulegen.

Natürlich ist das alles nicht alternativlos. Natürlich kann man auch die Riesenvermögen der Multimillionäre besteuern, statt Städte und Gemeinden am langen Arm verhungern zu lassen. Natürlich kann man Patent- und Lizenzgebühren, die nur dazu dienen, Konzerngewinne in Steueroasen zu verschieben, einfach nicht mehr als gewinnmindernd anerkennen, und dann sind die ganzen Steuertricks der Multis erledigt. Das können Sie hier in Deutschland beschließen. Dafür brauchen Sie noch nicht einmal die EU.

Natürlich kann man den Sozialstaat wiederherstellen und ein ordentliches Arbeitsrecht schaffen, das die Beschäftigten schützt und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stärkt. Natürlich kann man schlicht politisches Rückgrat haben und sich den eiskalten Renditekalkülen globaler Konzerne entgegenstellen, statt ihnen die Beschäftigten schutzlos

Man hat fast den Eindruck, Sie haben einen geheimen Werbevertrag mit der AfD geschlossen.

Sie muten Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, Armutsrenten zu.

und wehrlos auszuliefern. Aber wer das alles nicht tut, der sollte dann auch aufhören, sich den Trumps und Le Pens dieser Welt moralisch überlegen zu fühlen. Das sind Sie nicht. Denn es ist Ihre gemeinsame Politik, die die Rechte inzwischen auch in Deutschland stark gemacht hat.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben Herrn Trump nach seiner Wahl zur Anerkennung von Demokratie, Freiheit und Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen aufgefordert. Ganz abgesehen davon, dass wir uns ähnlich deutliche Worte an die Adresse Ihres türkischen

Freundes Erdogan auch einmal gewünscht hätten: Bedurfte es wirklich eines Donald Trump, um zu verstehen, dass es um Demokratie, Freiheit und Menschenwürde in der westlichen Welt nicht mehr gut bestellt ist? Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat die USA schon vor Jahren eine „Oligarchie mit unbegrenzter politischer Korruption“ genannt. Dass eine Supermacht, die mit ihren völkerrechtswidrigen Ölkriegen und ihren Drohnenmorden ganze Regionen dieser Welt chaotisiert und islamistische Terrorbanden damit so gestärkt hat, dass die als

Vorkämpferin für Demokratie und Freiheit ausfällt, das hätte man, glaube ich, auch vor Trump schon begreifen können.

Aber der entfesselte Globalkapitalismus ist überall mit Demokratie und Menschenwürde unvereinbar, auch in Europa. Auch die Kriege, an denen sich europäische Staaten beteiligt haben, haben noch keinem Land Demokratie

und Freiheit gebracht. Im Gegenteil: Sie haben Hunderttausenden Zivilisten den Tod gebracht und Millionen aus ihrer Heimat vertrieben. Es war wirklich ein Fortschritt, als mit Blick auf die russischen Bombarde-

ments in Aleppo plötzlich sogar die Bundesregierung anfang, von den Verbrechen des Krieges, von zerstörten Krankenhäusern und Schulen zu sprechen. Aber was ist mit all den zerstörten Krankenhäusern und Schulen dort, wo sich Deutschland und seine Verbündeten an Kriegen beteiligt haben? Glauben Sie wirklich, dass es für das von einer Bombe zerfetzte Kind einen Unterschied macht, ob diese Bombe von einem russischen Flieger oder im Namen der westlichen Wertegemeinschaft abgeworfen wurde? Wir glauben das nicht.

Deshalb fordern wir Sie auf: Geben Sie nicht noch mehr Geld für Rüstung aus. Bereiten Sie nicht noch mehr Krieg vor, sondern treten Sie aus der militärischen Infrastruktur der US-dominierten NATO aus, und holen Sie die Bundeswehr aus ihren Einsätzen zurück.

Deutschland wird nicht in Afghanistan, nicht in Syrien und auch nicht in Mali verteidigt. All diese Kriege haben den islamistischen Terror doch nur gestärkt und ihn letztlich sogar nach Deutschland geholt. Ein Ende dieser Kriegsbeteiligungen wäre wirklich das Beste, was Sie für die Sicherheit der Menschen, auch hier im Land, tun könnten.

Ein Wort noch zur CSU. Die CSU hat auf ihrem letzten Parteitag den erfrischenden Vorschlag gemacht, dass man den radikalisierten politischen Islam bekämpfen sollte. Auch wir finden es überfällig, dass dschihadistische Rekrutierungsvereine in Deutschland endlich verboten werden. Aber wo hat denn der politische Islam seine wichtigste Basis? Das sind doch die islamistischen Kopf-ab-Diktaturen am Golf, die terroristische Mörderbanden weltweit finanzieren und hochrüsten. Es ist nach eigenen Erkenntnissen der Bundesregierung auch die Türkei, die eine Schlüsselrolle bei der Organisation und Bewaffnung von Terrormilizen spielt. Da finden

wir es schon erstaunlich, dass es die christlich-sozialen Antislawkämpfer aus Bayern offenbar überhaupt nicht stört, dass ausgerechnet die Türkei im ersten Halbjahr 2016 von Platz 25 auf Platz 8 der Bestimmungsländer deutscher Rüstungsexporte hochgerückt ist und dass auch Saudi-Arabien und Katar heute mit mehr deutschen Waffen beliefert werden als je zuvor. Was ist denn das für eine wahnwitzige Politik?

Da muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie den politischen Islam bekämpfen wollen – hier ist ein lohnendes Betätigungsfeld –, dann setzen Sie sich endlich gemeinsam mit

uns dafür ein, Rüstungsexporte in islamistische Diktaturen sowie in Kriegs- und Spannungsgebiete zu verbieten. Das wäre überfällig. Damit würden Sie sich tatsächlich darum verdient machen.

In seinem Buch Rückkehr nach Reims schreibt der französische Schriftsteller Didier Eribon über die Ursachen für den Aufstieg der französischen Rechten etwas, was sich meines Erachtens eins zu eins auf Deutschland übertragen lässt. Ich zitiere ihn:

So widersprüchlich es klingen mag, bin ich mir doch sicher, dass man die Zustimmung zum Front

National ... als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchten, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und ... sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten. – Wenn Sie Eribon in die Nähe der AfD rücken, beweisen Sie damit wirklich Ihr Bildungsniveau; es tut mir leid. Das ist wirklich unglaublich.

Auch bei uns wird die Demokratie nur eine Zukunft haben, wenn die Menschen wieder das Gefühl bekommen, dass ihre Würde und ihre elementaren Lebensbedürfnisse von der Politik geachtet und anerkannt werden und sie wichtiger sind als die Wunschlisten irgendwelcher Wirtschaftslobbyisten. Nehmen Sie das endlich ernst, wenn Sie nicht irgendwann dafür verantwortlich sein wollen, einem deutschen Donald Trump den Weg ins Kanzleramt geebnet zu haben.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Der entfesselte Globalkapitalismus ist überall mit Demokratie unvereinbar.

Geben Sie nicht noch mehr Geld für Rüstung aus. Bereiten Sie nicht noch mehr Kriege vor.

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Meine Damen und Herren! 2014 hat auf dem Lindauer Treffen der Wirtschaftsnobelpreisträger Mario Vargas Llosa vor jungen Menschen gesagt:

Die Bereitschaft, mit denen zusammenzuleben, die anders sind, war vielleicht der außergewöhnlichste Schritt auf dem Weg des Menschen zur Zivilisation, ein Schritt, welcher der Demokratie

vorausging und sie überhaupt erst möglich gemacht hat.

Mich hat diese Aussage berührt, weil sie noch einmal auf das zurückkommt, was uns ausmacht, was wir vertreten: dass diese Bereitschaft Voraussetzung dafür ist, dass Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde für jeden und jede gelten und damit die Voraussetzungen für Frieden da sind.

Viele Menschen machen sich in diesen Tagen Sorgen um die Stabilität unserer so gewohnten Ordnung. Ich glaube, etwas mehr als ein Vierteljahrhundert nachdem wir alle den Fall der Mauer erlebt haben, nachdem Deutschland wiedervereint wurde, nachdem wir alle diese Werte leben konnten, nachdem die europäische Einigung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern vollendet werden konnte, stellt sich plötzlich heraus, dass das, was wir für selbstverständlich gehalten haben, so selbstverständlich nicht ist, dass

der freiheitliche demokratische Rechtsstaat, die soziale Marktwirtschaft, das Gewaltmonopol des Staates und die Bereitschaft, jeden und jede, jeden Bürger und jede Bürgerin, als Teil des Volkes zu begreifen, nicht mehr so da sind, wie das eine Weile lang ganz selbstverständlich zu sein schien.

Was heißt das für uns? Das heißt für uns, noch einmal zu schauen: In welchem Umfeld findet diese Diskussion statt? Da hat sich etwas verändert. Neben der fortschreitenden Globalisierung findet diese Diskussion auch in einem völlig anderen medialen Umfeld statt.

Ich glaube, wir dürfen das, was da im Zusammenhang mit dem Internet, mit der Digitalisierung passiert – und das ist Teil unserer Realität –, nicht unterschätzen. Wir haben Regelungen für alles, was Pressefreiheit ausmacht: die Sorgfaltspflicht der Journalisten und vieles andere mehr. Zugleich haben wir heute viele, die Medien

wahrnehmen, die auf ganz anderen Grundlagen basieren, die weniger kontrolliert sind. Ich will darin nicht die einzige Ursache sehen, ich will nur darauf aufmerksam machen, dass Meinungsbildung heute grundsätzlich anders erfolgt als vor 25 Jahren, dass heute Fake-Seiten, Bots, Trolle Meinungsbilder verfälschen können, dass heute sich selbst regenerierende Meinungsverstärkungen durch bestimmte Algorithmen stattfinden. Wir müssen lernen, uns damit auseinanderzusetzen.

Ich glaube, dies könnte auch eine spannende Frage für dieses Haus sein. Ich kann diese Debatte heute natürlich nicht führen, aber wir müssen wissen: Um Menschen zu erreichen, um Menschen zu begeistern, müssen wir mit diesen Phänomenen umgehen und, wo notwendig, sie auch regeln. Deshalb unterstütze ich auch die Ansätze von Justizminister Maas, von Innenminister de Maizière, Hassreden, Hasskommentare, vernichtende und mit der Achtung der Menschenwürde nicht in Übereinstimmung zu bringende Dinge anzusprechen

und alles zu unternehmen, um das zu unterbinden, weil das unseren Grundsätzen widerspricht.

Diese Sorge um Stabilität wird natürlich auch verstärkt durch das, was um uns herum passiert. Populismus und politische Extreme nehmen in westlichen Demokratien zu. Demokratische Streitkultur, die wir brauchen, die wir auch in diesem Hause praktizieren – wir haben ja gerade eben ein Stück davon gehört –, muss selbstverständlich sein, damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Aber es muss im Geiste des Respekts vor der Würde des jeweils anderen stattfinden. Das ist das Wesentliche, und das passiert eben an vielen Stellen nicht mehr.

Wir haben besorgniserregende, ja alarmierende Ereignisse in der Türkei. Ich will hier ganz offen sagen: Der Putschversuch ist zu verurteilen – das hat die Bundesregierung gemacht, das hat die Europäische Union gemacht –, und gegen jede Form

Wir müssen kritisieren und den Gesprächsfaden mit der Türkei aufrecht erhalten.

Fortsetzung auf nächster Seite

hen; und das macht die Bundesregierung. Wir haben in über 4 000 Fällen Verfahren gegen PKK-Angehörige eingeleitet; aber unser Rechtsstaat kommt eben zu Urteilen, die die Politik nicht zu beeinflussen hat. Und diese rechtsstaatlichen Urteile sind dann auch zu akzeptieren. Die Bundesregierung ist jedenfalls genauso wie jeder in Europa dem Kampf gegen den Terrorismus verpflichtet, meine Damen und Herren.

Dieser Kampf rechtfertigt aber nicht die Einschränkung der Pressefreiheit, die Verhaftung von Tausenden und Aber-tausenden von Menschen. Insofern müssen wir das deutlich kritisieren und gleichzeitig – dafür werbe ich allerdings auch – den Gesprächsfaden mit der Türkei aufrecht-erhalten. Ich begrüße außerordentlich die ja nicht einfache Reise des Bundesaußenministers. Auch ich werde den Gesprächsfaden mit der Türkei natürlich aufrechterhalten; denn auch wir haben ein Interesse daran, mit der Türkei in einer vernünftigen Art und Weise zu kooperieren. Das schließt aber nicht aus, dass das, was dort an alarmierenden Entwicklungen zu sehen ist, klar angesprochen wird, meine Damen und Herren.

Wir haben im Zusammenhang mit der Krim und der Ukraine den Bruch des Völkerrechts und die Verletzung der territorialen Integrität eines Landes zu konstatieren. Leider sind unsere Gespräche über die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen noch nicht so weit gediehen, wie ich mir das wünschen würde. Die Situation in Syrien, insbesondere wenn man das sieht, was in Aleppo passiert, macht uns jeden Tag beklommen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Es gibt sehr viele Indizien dafür, dass hier bewusst Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen bombardiert werden. Mit Verlaub: Das ist international verboten. Das ist strafrechtlich zu verfolgen. Das muss das Assad-Regime auch wissen. Und es ist sehr bedauerlich, dass Russland dieses Regime unterstützt, meine Damen und Herren.

Dennoch werden wir natürlich auch hier immer wieder alle Versuche unternehmen, um politische Lösungen zu finden, auch wenn es noch so aussichtslos erscheint wie im Augenblick.

Und wir haben den internationalen Terrorismus: die große Bedrohung, neue Bedrohung, asymmetrische Bedrohung, gegen die wir ankämpfen müssen. Dieser Terror richtet sich ja nicht nur in anderen Ländern gegen die Bürgerinnen und Bürger. Vielmehr ha-

ben auch wir mit dieser terroristischen Herausforderung zu kämpfen. Er ist Teil des Alltags unserer Städte. Gegen ihn zu kämpfen, ist Teil unseres Kampfes für Freiheit.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation, die jetzt doch sehr viel unübersichtlicher und komplizierter ist, als sie es viele Jahre lang war, gibt es natürlich zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren. Diese Reaktionen sehen wir überall auf der Welt. Entweder ziehe ich mich auf mich und mein Land zurück, schotte mich ab und versuche, einfache Antworten auf das zu finden, was so kompliziert erscheint. Oder aber wir treten ein dafür, dass wir unsere Werte, die wir für richtig und wichtig halten, nicht nur bei uns zu Hause stärken, sondern versuchen, sie gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika, gemeinsam mit Verbündeten auf der ganzen Welt in die Welt zu tragen.

Ich glaube, dass wir heute bei der voranschreitenden Globalisierung darauf setzen sollten, gemeinsam zu handeln. Als Bundesrepublik Deutschland können wir selbstverständlich nicht alle Probleme lösen. Wir können weder den gesamten Hunger der Welt bekämpfen, noch können wir für 65 Millionen Flüchtlinge die Probleme lösen, noch können wir überall die politischen Ordnungen so verändern, wie wir uns das wünschen. Aber sind wir dazu bereit, mit unserer Erfahrungsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft, einer gesellschaftlichen Ordnung, von der ich nach wie vor glaube, dass sie ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Stärke und sozialer Gerechtigkeit mit sich bringt, in diesem Sinne für eine Schärfung, für eine Gestaltung der Globalisierung einzutreten? Oder sind wir dazu nicht bereit und ziehen uns auf uns selbst zurück?

Vor dieser Frage stehen wir. Diese Frage müssen wir beantworten. Ich sage, dass wir auf Gemeinsamkeit, auf Multilateralismus, auf Gestaltung der Globalisierung zusammen mit anderen setzen sollten. Das ist das, wofür ich werbe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern wir uns noch einmal daran, was nach der Katastrophe des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs die großartige Antwort der internationalen Staatengemeinschaft war. Es war die Gründung der Vereinten Nationen. Es war die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der sich über 190 Staaten angeschlossen haben. Sie ist leider auch heute noch nicht vollständig umgesetzt. Ange-

sichts dieser unglaublichen Bedrohung dieser Welt, die am Abgrund stand, hat sich die Staatengemeinschaft aber dafür entschlossen. Ich halte diese Antwort auch nach wie vor für richtig.

Bei allem, was wir zu leisten haben, hat es im vergangenen Jahr zwei Dinge gegeben, die uns Hoffnung machen. Ich nenne hier die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dieser Welt und das Pariser Klimaschutzabkommen.

Deutschland wird ab dem 1. Dezember dieses Jahres die Präsidentschaft der G 20 übernehmen. Die G 20 sind auch der Versuch, mit den größten und wichtigsten Wirtschaftsändern dieser Erde Globalisierung menschlich zu gestalten und gleichzeitig für eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftsordnung zu sorgen.

Es gibt flagrante Steuerungs-rechtigkeiten. Aber wir haben dem doch nicht tatenlos zugehört. Die Transparenzinitiative des Bundesfinanzministers, die von den 20 wichtigsten Finanzministern dieser Welt gemeinsam beschlossen wurde, ist doch ein Schritt in die richtige Richtung. Lassen Sie uns das doch wenigstens sagen.

Die Tatsache, dass die Europäische Union sich mit der Frage der Steuerzahlungen von Apple und Google beschäftigt, ist doch ein Schritt in die richtige Richtung.

Wenn wir nie aussprechen, wo wir mal einen Schritt gemacht haben, werden die Menschen auch den Mut für den nächsten und übernächsten Schritt verlieren. Damit ist nicht eine ideale Welt geschaffen worden, aber es sind Schritte gemacht worden, die in die richtige Richtung gehen. Ich finde, es gehört zur Redlichkeit, das den Menschen in Deutschland auch zu sagen.

Ein besonderer Schwerpunkt während unserer G-20-Präsidentschaft wird auch das Thema Afrika

sein. Afrika ist der Kontinent, der von der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Menschheit bislang am stärksten abgekoppelt ist. Wir werden gerade mit Blick auf die Migration viele Partnerschaften unternehmen, so wie wir das jetzt für Mali und Niger seitens der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit Frankreich, Italien und der Europäischen Kommission praktizieren. Aber es darf sich nicht auf Migration beschränken, sondern die eigentliche Frage ist: Wie kommen wir von der klassischen Entwicklungshilfe zu einer wirklichen wirtschaftlichen – und auf eigenen Füßen stehenden – Entwicklung afrikanischer Staaten? Ich glaube, hier lohnt sich jede Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und jeder Versuch, neue Wege zu gehen, neben dem, was wir bisher richtigerweise und guterweise gemacht haben, was aber noch keine ausreichenden Resultate gezeigt hat.

In unserem Haushalt zeigen sich diese Prioritäten. Zum Beispiel ist allein in dieser Legislaturperiode der Haushalt des Entwicklungsministeriums um 2 Milliarden Euro gestiegen. Wenn wir uns die Ausgaben für die humanitäre Hilfe anschauen: Zu Beginn dieser Legislaturperiode waren es 438 Millionen Euro, heute sind es 1,3 Milliarden Euro. Damit haben wir Menschen in Flüchtlingslagern in Jordanien, Libanon und anderswo die Möglichkeit gegeben, menschenwürdig zu leben. Es ist richtig eingesetztes Geld, um Menschen in der Nähe ihrer Heimat Chancen zu geben. Deshalb sind diese Anstiege nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch die richtige

Antwort auf die Herausforderungen dieser Welt.

Natürlich kann Deutschland das nicht alleine schaffen, nicht alleine lösen, sondern wir müssen sehen, dass diese Fragen – Fragen der Migration, Fragen der politischen Lösungen – internationaler Lösungen bedürfen. Dazu können wir einen Beitrag leisten. Wir haben dazu als Erstes unsere europäischen Partner. Deutschland als Teil der Europäischen Union muss seinen Beitrag leisten, aber die Europäische Union muss es insgesamt machen. Ja, wir hatten in diesem Jahr durch das Ergebnis des Referendums von Großbritannien einen schweren Einschnitt in der Geschichte der Europäischen Union. Deshalb haben wir 27 Mitgliedstaaten

uns im Herbst in Bratislava getroffen und haben überlegt: Was müssen wir anders machen? Was fehlt den Menschen nicht nur in Großbritannien, sondern auch den Menschen in anderen Ländern der Europäischen Union? Oder: Was läuft nicht so, wie wir es uns eigentlich wünschen?

Für mich sind das Dinge, die als Erstes mit der Frage zu tun haben: Was sind unsere Prioritäten? Ich glaube, hier wird im Augenblick Europa als Ganzes seinem Wohlstandsversprechen durch die soziale Marktwirtschaft, das wir für uns zu Hause durch eine gute Arbeitsmarktlage einlösen können, nicht gerecht. Deshalb geht es um die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft. Hier haben wir insbesondere das Thema der Digitalisierung als ein zentrales Thema identifiziert. Weitere Themen sind die öffentlich-privaten Investitionen durch den Jun-

Ein Schwerpunkt während unserer G-20-Präsidentschaft wird das Thema Afrika sein.



Bei ihrer Rede im Bundestag in der vergangenen Woche hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan kritisiert. Sie hält aber weiterhin an einer Kooperation mit der Türkei fest. Das Foto zeigt Merkel (l) und Erdogan im September 2016 in China. © picture-alliance/AA

cker'schen Investitionsfonds, wenn ich das so einmal lax sagen darf, der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, aber nicht allein durch staatliche Interventionen, sondern durch mehr Wettbewerbsfähigkeit auch der europäischen Länder. Ohne Reformen – das haben wir auch in Deutschland mit der Agenda 2010 gesehen – kann man die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen. Das alles muss zusammengehen: staatliche Unterstützung mit wirtschaftlichen Reformen. Dann hat Europa eine Chance, seinem Wohlstandsversprechen zu entsprechen, meine Damen und Herren.

Dann geht es um die Frage der Glaubwürdigkeit. Europa hat sich oft viel vorgenommen und sehr oft das nicht eingelöst, was es sich vorgenommen hat. Europa hat oft sehr langsame Entscheidungsmechanismen. Wenn wir uns einmal überlegen, in welcher Zeit technologischer Umwälzungen wir leben, und wenn wir daran denken, dass es manchmal Jahre gedauert hat, bis sehr einfache Themen, zum Beispiel das Thema Netzneutralität, in Europa gelöst wurden, dann kann man nur sagen: Europa hält mit den Entwicklungen der Zeit manchmal nicht Schritt. Das heißt, es muss schneller entschieden werden, und das, was entschieden wird, muss umgesetzt werden, und darüber muss Bericht erstattet werden. Das ist das, was wir in Bratislava besprochen haben und was jetzt auch eingelöst werden muss. Ansonsten leidet die Glaubwürdigkeit europäischen Handelns sehr, und das wird die Bürgerinnen und Bürger nicht überzeugen.

Das Zweite sind die Fragen der Sicherheit – Sicherheit im Inneren, Sicherheit im Sinne einer äußeren Sicherheit. Meine Damen und Herren, hier bin ich sehr froh, dass sowohl die Innenminister als auch die Verteidigungsminister in den letzten Wochen und Monaten wichtige Beschlüsse gefasst haben. Auch wir, die Bundesrepublik Deutschland, mussten über unseren Schatten springen. Wir waren nicht immer für eine einheitliche europäische Grenzschutzpolizei – jetzt ist sie da. Wir waren auch nicht in der Lage, durchzusetzen, dass es ein einheitliches Einreise- und Ausreiseregister gibt. Die Idee besteht seit zehn Jahren – jetzt kommt es endlich dazu, dass die Vorschläge auf dem Tisch liegen. Ich kann nur hoffen, dass die Innenminister das sehr schnell beraten und in die Tat umsetzen; denn das ist etwas, was Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gibt und einer der besten

Schritte im Kampf gegen den Terrorismus ist.

Und ja, auch die Kooperation im Verteidigungsbereich muss gestärkt werden. Der Lissabon-Vertrag lässt dies im Übrigen in Form einer strukturierten Zusammenarbeit zu. Aber auch hier gab es immer wieder Sorgen: Geht denn das zusammen mit der NATO? Meine Damen und Herren, warum soll es eigentlich nicht in Kameradschaft und Kooperation mit der NATO gehen? Es gibt doch genügend Gründe, dass die vielen – auch nicht so großen – europäischen Staaten Kompetenzen und Möglichkeiten bündeln und diese dann der NATO anbieten. Ich kann überhaupt nicht erkennen, dass es da Grund für große Diskussionen gibt. Deshalb finde ich diesen Schritt, den unsere Verteidigungsministerin ja auch sehr vorangetrieben hat, absolut richtig.

Dann kommen wir zu dem Thema: Wie werden wir das zu Hause mit entsprechenden finanziellen Ressourcen unterlegen? Da bin ich einerseits sehr froh, dass im Bereich der inneren Sicherheit erhebliche Anstrengungen gemacht wurden. Es wurde gestern schon darüber gesprochen: Tausende von neuen Stellen bei den Behörden der inneren Sicherheit. Ich glaube und kann nur hoffen, dass die Angebote so attraktiv sind, dass sich auch genügend Menschen dafür entscheiden, sie wahrzunehmen; denn das ist für uns natürlich von allergrößter Wichtigkeit.

Es spiegelt sich andererseits im Verteidigungsetat wider, dass wir noch nicht da sind, wo wir in der Erwartung unserer NATO-Partner sein müssten. Es gibt eine Vielzahl von kleineren europäischen Ländern, die die Zielvorgabe eines Anteils des Verteidigungsetats am Bruttoinlandsprodukt von 2,0 Prozent erfüllen und die in ziemlich wenigen Jahren ihren Verteidigungsetat so gesteigert haben.

Ich weiß, dass wir ein ganzes Stück davon entfernt sind, ich will es auch nicht für die nahe Zukunft sagen, aber die Richtung muss klar sein: dass wir uns dem nähern, was wir alle miteinander übrigens – nicht nur Christdemokraten, auch Sozialdemokraten – als Beitrag zur NATO versprochen haben, und das auch durchsetzen, meine Damen und Herren.

Ich bin der festen Überzeugung, dass all das, worüber ich jetzt gesprochen habe, zutiefst im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist. Es gibt heute nicht mehr „Hier ist Außenpolitik, und da ist Innenpo-

litik“. Die Welt ist viel zu verworren, als dass die Sicherheit, der Wohlstand, die Prosperität unserer Bürgerinnen und Bürger nicht von all dem abhängt, was wir in den internationalen Beziehungen tun, was dort stattfindet.

Deshalb haben wir uns ja auch – insbesondere, wenn ich das sagen darf, die Sozialdemokraten – die Sache nicht ganz leicht gemacht, als es um den internationalen und fairen Handel ging. Ich sage ganz offen: Ich habe allergrößten Respekt davor. Ich finde es richtig und gut, dass zum Schluss der Weg gefunden wurde, dass das CETA-Abkommen, dieses Freihandelsabkommen mit Kanada, von der Europäischen Union jetzt unterzeichnet werden konnte und dann auch ratifiziert werden kann.

Was steckt dahinter? Dahinter steckt doch im Grunde die Frage: Wie wird Globalisierung gestaltet? Diese Frage ist jahrelang so beantwortet worden, dass wir einfach mal Freihandelsabkommen geschlossen haben, bei denen es um die Absenkung von Zöllen ging. Als ich noch Umweltministerin war, ist immer wieder die Frage gestellt worden – bei der WTO zum Beispiel –: Was sind denn das für Freihandelsabkommen, die die Frage des Umweltschutzes, die die Frage der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft, die die Frage von Kinderarbeit, die solche Fragen wie Ausbeutung der natürlichen Ressourcen überhaupt nicht berücksichtigen? Und für jemanden, der soziale Marktwirtschaft als gesellschaftliches Modell denkt, konnte die Antwort nur unbefriedigend sein. Das waren keine Handelsabkommen, die uns wirklich gleiche Chancen, gleiche Möglichkeiten gegeben haben und die menschliche Gestaltung der Globalisierung auch in anderen Teilen der Welt möglich gemacht haben.

Und weil wir diese Kritik aufgenommen haben, gibt es heute Handelsabkommen, die eine völlig neue Qualität haben. CETA ist das erste dieser Qualität, und ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika kann es auch nur auf der gleichen Qualitätsstufe geben.

Dieses Abkommen entspricht nun in vielen Teilen – ich meine: was ist ideal? – und in einer völlig neuen Qualität all den Anforderungen, die wir an Globalisierung stellen. Das setzt Standards, die auch auf andere Auswirkungen haben. Und just da sind diejenigen, die damals gegen die einfachen Zollabkommen waren – von denen wir gelernt haben –, nun mindestens so entschieden gegen dieses Abkommen wie gegen die, die vorher abgeschlossen wurden, und das kann ich nicht verstehen. Ich bitte darum, die ganze Sache

noch einmal zu überdenken.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin nicht froh, dass das transpazifische Abkommen jetzt wahrscheinlich nicht Realität wird. Ich weiß nicht, wer davon profitieren wird – ich will mich heute hier mit meinen Prognosen zurückhalten –, ich weiß nur eines: Es wird weitere Handelsabkommen geben, und die werden dann nicht die Standards haben wie dieses Abkommen und auch das angedachte TTIP-Abkommen. Meine Damen und Herren, das hat etwas zu tun mit Arbeitsplätzen in der Globalisierung, mit fairen Wettbewerbsbedingungen und mit menschlicher Gestaltung der Globalisierung.

Wir sind in Deutschland im Augenblick in einer relativ guten Lage; das ist vielfach gesagt worden. Allein in den letzten fünf Jahren sind 2,7 Millionen Arbeitsplätze entstanden. Interessant ist, sich einmal anzuschauen: Wer hat mehr Beschäftigung gefunden? Das sind zu etwa einem Drittel Frauen, die stärker ins Erwerbsleben gehen, das sind zu einem weiteren Drittel Menschen, die länger arbeiten können – die Lebensarbeitszeit verlängert sich; das ist richtig und von uns gewünscht –, und zu einem dritten Drittel sind es Menschen aus der Europäischen Union, die in Deutschland Arbeit suchen, weil sie zu Hause keine finden. Auch das ist in einem Binnenmarkt eine positive Wirkung und im Übrigen ein Beitrag Deutschlands zur Lösung mancher Probleme in der Europäischen Union.

Der Bund nimmt seit 2014 keine neuen Schulden mehr auf, die Reallöhne und die Renten steigen. Aber bei allem, was es noch zu kritisieren gibt – und ich weiß, dass viele Menschen Not haben, und ich halte die Zahl der Menschen, die von Arbeitslosengeld II, von Hartz IV abhängig sind, auch für viel zu hoch; daran müssen wir arbeiten –, dürfen wir sagen: Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick. Auch das muss einmal festgehalten werden.

Der Bundeshaushalt 2017 setzt den Kurs fort, nicht auf Kosten der jungen Generation zu leben, sondern in sie zu investieren. Eckhardt Rehberg hat es gestern gesagt: Die Investitionsquote ist so hoch wie seit langem nicht. Mit 11 Prozent ist sie immer noch überschaubar, würde ich sagen, wenn wir an über 50 Prozent Sozialquote des Haushalts denken. Aber diese Sozialquote zeigt doch, dass es nun wirklich ein Haushalt der sozialen Marktwirtschaft ist und kein Haushalt, der sich rein auf

Investitionen und die schwarze Null konzentriert. Vielmehr ist es ein Haushalt, der auch für soziale Gerechtigkeit sorgt, meine Damen und Herren.

Der Haushalt für Forschung und Bildung hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Er steigt auch in diesem Jahr wieder um 7 Prozent. Der Bund engagiert sich inzwischen bei Ländern und Kommunen weit über seine Kompetenzen hinaus: sei es durch den Hochschulpakt, sei es durch Initiativen zur Lehrerausbildung, sei es durch Hilfe für kommunale Infrastruktur. Wir haben alleine für finanzschwache Kommunen ein Programm in Höhe von inzwischen 7 Milliarden Euro aufgelegt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Punkt, der mich bei all den Verhandlungen mit den Ländern umtreibt, ist: Wie können wir eigentlich punktgenau helfen? Wir haben als Hilfsmöglichkeiten die Mehrwertsteueranteile, wir haben den Königsteiner Schlüssel, und da geht es nicht immer nach Bedürftigkeit, sondern es geht sehr oft nach Stärke. Und das führt dann, wenn wir nicht gerade den KdU-Schlüssel nehmen, der aber auch nur begrenzt sinnvoll ist in diesem Zusammenhang, immer dazu, dass wir sozusagen doch mehr mit der Gießkanne helfen als punktuell dort, wo es geboten ist.

– Mit Herrn Oppermann habe ich mich im kleinen Kreis schon des Öfteren darüber auseinandergesetzt. Damit das jetzt auch öffentlich wird: Herr Oppermann findet die Verteilung der Mittel für die Kommunen nicht ausreichend zielführend.

Er hat deshalb gesagt, dass die 5 Milliarden Euro, um die im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe die Kommunen entlastet werden, anders verteilt werden müssen, als das jetzt festgelegt wurde.

Nun habe ich – ich glaube, das sagt die ganze Bundesregierung – einfach gesagt, nachdem wir Stunden und Aberstunden und noch mehr Stunden mit den Ministerpräsidenten der Länder und den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen haben: Wenn Sie mir einen anderen und aus Ihrer Sicht – vielleicht bzw. wahrscheinlich dann sogar auch aus meiner Sicht – gerechteren Verteilungsschlüssel vorlegen und die Ministerpräsidenten damit einverstanden sind: Chapeau! Dann wird es anders ge-

Auch die europäische Kooperation im Verteidigungsbereich muss gestärkt werden.

macht. Aber, die Wahrscheinlichkeit, dass Herr Oppermann, den ich schätze und der vieles bewirken kann, dies schafft, erscheint mir sehr gering.

– Ich meine das ganz freundschaftlich. – Den Kommunen nun gar nichts zu geben, weil man das, was einem vorschwebt, noch nicht erreicht hat, halte ich für die schlechtere Lösung. Deshalb müssen wir weiter daran arbeiten und vielleicht andere Verteilungsmechanismen ausprobieren.

Es gibt einen Punkt, bei dem ich noch nicht überzeugt bin, dass wir ausreichend über ihn sprechen, und der für die Arbeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode aber ein wirklicher Schwerpunkt war. Ich meine die Frage: Wie gehen wir mit der Digitalisierung um, und was bedeutet Digitalisierung? Ich habe dies schon am Anfang meiner Rede als Auswirkung auf unsere gesellschaftlichen Diskussionen angesprochen, aber ich will es auch jetzt noch einmal als Auswirkung auf unsere Arbeitsplätze, unsere öffentliche Daseinsvorsorge und vieles andere mehr nennen: Wir werden nicht klar kommen, wenn wir bestimmte Dinge einfach verbieten und uns den neuen Möglichkeiten nicht öffnen.

Ich kann gut verstehen, warum man Über nicht haben will und warum die Taxifahrer sagen, das wollen sie nicht. Aber bitte glauben Sie nicht, dass wir den Möglichkeiten der Digitalisierung entgegen können. Auch hier müssen wir es wieder schaffen, sie in das, was wir öffentliche Daseinsvorsorge nennen, vernünftig einzubeziehen. Es wird vielleicht Möglichkeiten geben, den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum viel besser zu gestalten als mit den klassischen Bus- und Zugstrukturen.

Es wird Möglichkeiten geben, die viele Menschen wieder beruhigen werden. Es wird Möglichkeiten geben, wie wir unsere Städte umweltfreundlicher gestalten. Lassen Sie uns das offen angehen. Die Veränderungen werden schneller kommen, als wir denken.

Wir haben uns neulich in kleinerem Kreise damit beschäftigt, welche disruptiven Veränderungen es allein in der Automobilindustrie gibt. Es werden nicht mehr alle Menschen ein Auto besitzen wollen, das Auto wird autonom fahren können, und die Antriebstechnologien werden sich dramatisch verändern. Entweder reagieren wir darauf – unsere Automobilindustrie ist dazu in der Lage,

das Rahmenwerk dafür wird gestaltet, und der Bundesverkehrsminister hat hier wichtige Schritte eingeleitet –, oder wir sind zu langsam, und andere werden uns übertrumpfen. Meiner Meinung nach steht in einer von uns vielleicht noch nicht voll erfassten Tragweite – ich beziehe mich da mit ein – die Frage unserer industriellen Wertschöpfung auf dem Prüfstand, mit allen Möglichkeiten, die wir haben, als Gewinner aus dem Wettbewerb herauszukommen.

Dazu gehört eine ehrliche Analyse, wo wir stehen. Ich bin sehr froh, dass wir den anderen bei der Standardisierung, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Industrie 4.0, nach Maßgabe aller ein bis zwei Jahre voraus sind; daran haben der Wirtschaftsminister, aber auch die Forschungsministerin erheblichen Anteil. Da haben wir vieles geschafft, da sind wir international spitze, und da geben wir den Ton an – aber eben nicht bei der Batterieherstellung und auch noch nicht bei der künstlichen Intelligenz. Da müssen wir nachholen. Ich glaube, wir alle sollten uns intensiv mit diesen Themen beschäftigen.

Weiter haben wir den großen Bereich des Umbaus unserer Energieversorgung. Es ist ja nun viel Kritisches über den Klimaschutzplan gesagt worden. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Regierung müssen uns schon damit beschäftigen – ich verstehe eine vorpreschende Umweltministerin natürlich in vollem Maße –, wie Klimaschutz, Arbeitsplätze

und die Sorgen der Menschen in einen vernünftigen Einklang gebracht werden können. Ich glaube, Frau Hendricks war fast die Einzige, die auf der Marrakesch-Konferenz einen detaillierten Klimaschutzplan vorlegen konnte. Nun kann man national viel streiten und sagen: Das alles ist nicht genug. – Aber Fakt ist erst einmal, dass wir das Land waren, das nach der Pariser Klimakonferenz schon etwas vorweisen konnte, wie wir die nächsten Schritte angehen wollen. Deshalb sollen wir unser Licht da nicht unter den Scheffel stellen, meine Damen und Herren.

Wir haben ja hier im Eingangstatement von der linken Seite etwas über den Zustand unserer sozialen Sicherungssysteme gehört. Wissen Sie, ich glaube: Die Rentenversicherung kann angesichts des demografischen Wandels nicht solide bleiben, wenn wir nicht neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch andere Formen der Absicherung weiterentwickeln und fortentwickeln.

Dass man nun auch noch die staatlichen Zuschüsse zur betrieblichen Rente infrage stellt, halte ich für absolut falsch. Wir sollten Betriebe bzw. Arbeitgeber ermutigen, hier etwas zu machen.

Und der Bundesfinanzminister sowie die Bundesarbeitsministerin haben das getan. Nun können wir ja über die Inhalte streiten. Ich halte die Fortentwicklung der betrieblichen Versorgung für richtig, ich halte die Verbesserung der Erwerbsunfähigkeitsrente für richtig, ich halte auch die private Vorsorge für richtig. Man muss sie verbessern und vereinheitlichen. Es muss klarer werden, was dort statzufinden hat. Aber erzählen Sie den Menschen bitte nicht, dass bei

veränderter Demografie alles so bleiben kann, wie es ist, ohne dass die Lohnzusatzkosten so steigen, dass es kein Mensch bezahlen kann.

Wenn diese Große Koalition etwas geschafft hat, dann ist es der Riesenfortschritt im Bereich der Pflegeversicherung. Wir haben in dieser Legislaturperiode allein drei Pflegegestärkungsgesetze verabschiedet oder werden sie verabschiedet. Wir haben den Pflegebegriff – „endlich“, würde Ulla Schmidt sagen – so umgestellt, dass er auch Demenzerkrankheiten vernünftig miteinbezieht. Wir haben die ambulante Pflege gestärkt, wir haben die stationäre Pflege gestärkt. Wir haben die Stellung derer, die Pflegearbeiten verrichten, verbessert.

Ich weiß, dass das alles immer noch ein Riesenproblem bleibt – im Übrigen ein Problem, das fast in jeder Familie auf der Tagesordnung steht. Darüber wird politisch viel zu selten gesprochen, und wenn, dann vielleicht nur von den Fachministern. Aber auch hier ist es doch so: Wir haben die finanziellen Leistungen im Bereich der Pflege um 20 Prozent erhöht. Ich finde, das sollte man den Menschen auch sagen, damit sie nicht den Eindruck haben, es wird schlechter. Damit können wir deutlich machen, was uns wichtig ist, wofür wir einstehen und was wir voranbringen wollen.

Angesichts der großen Herausforderungen des letzten Jahres im Zusammenhang mit den vielen bei uns ankommenden Flüchtlingen möchte ich – im Rückblick

auf das vergangene Jahr und auch auf den vergangenen Teil dieses Jahres – sagen: Bei allen kritischen Diskussionen, die wir auch im föderalen Betrieb zwischen Bund, Ländern und Gemeinden haben, hat sich im letzten Jahr ein großartiges Maß an Zusammenarbeit und Zusammenhalt der Hauptamtlichen und der vielen, vielen Ehrenamtlichen gezeigt, auf das unser Land wirklich stolz sein kann. Wir haben die Dinge geordnet und gesteuert. Wir haben das EU-Türkei-Abkommen abgeschlossen.

Ich halte die Bekämpfung der illegalen Migration, die Tatsache, den Schleusern das Handwerk zu legen, wenn sie übelste Geschäfte mit Menschen machen, sowie die Tatsache, etwas dagegen zu tun, dass wieder Menschen – in diesem Jahr waren es bisher 4 500 oder mehr – ertrinken, für eines der notwendigsten Gebote politischen Handelns. Wer auf Schlepper und Schleuser setzen muss, weil er nicht politisch gestalten kann, der macht seine Arbeit nicht in dem Sinne, wie ich mir das vorstelle. Deshalb müssen wir schauen, wo wir auch mit anderen Ländern – insbesondere mit Blick auf den Norden Afrikas, aber auch auf Afrika insgesamt – Partnerschaften eingehen können und wie wir die Lebensbedingungen dort verbessern und legale Möglichkeiten der Migration schaffen können. – Hier haben wir noch Arbeit – das ist richtig – und auch noch eine ganze Menge Streit vor uns. Wir haben ein Integrationsgesetz verabschiedet und damit ein jahrzehntelanges Versäumnis wiedergutmacht und für die Zukunft eine bessere Regelung – Fordern und Fördern – gefunden. Wir haben klare Anforderungen formuliert und gesagt, was wir von denen erwarten, die bei uns zu Hause sein wollen oder eine bestimmte Zeit bei uns verleben. Dazu gehört das Erlernen der Sprache, dazu gehört die Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Ordnung. Das ist ganz selbstverständlich.

Angesichts der negativen Beispiele, die es natürlich gibt und die man auch nicht unter den Tisch kehren sollte, will ich ganz deutlich sagen: Es ist gut, dass sich die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge der Integration stellt und mit viel Eifer, mit viel Fleiß und viel Kraft versucht, gerade in den Integrationskursen erfolgreich zu sein. Aber die Menschen erwarten, dass das, was von unserem Rechtsstaat als gerichtliche Urteile ausgesprochen wird, vom Staat auch umgesetzt wird. Und das heißt, dass diejenigen, die kein

Wir haben die Möglichkeiten, Veränderungen schrittweise menschlich zu gestalten.

Es wird Möglichkeiten geben, die viele Menschen wieder beruhigen werden.



Kabelbündel aus einem Glasfaserkabel vor einer sogenannten Speedpipe. Über Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung sprachen die Abgeordneten auch bei der Haushaltsdebatte. © dpa

dauerhaftes Aufenthaltsrecht bei uns bekommen, die nicht als Asylbewerber anerkannt werden und die keinen subsidiären oder Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention bei uns erhalten, unser Land auch wieder verlassen müssen.

Ich finde, diese Erwartung der Bürgerinnen und Bürger ist gerechtfertigt. Dadurch wird auch die Bereitschaft erhöht, denjenigen zu helfen, die Hilfe brauchen.

Auch hier unternehmen wir viele Anstrengungen, um das gemeinsam mit den Ländern – das sage ich ausdrücklich – zu verbessern. Ich muss allerdings sagen: Ich habe in einer Koalitionsvereinbarung, die nicht weit von hier getroffen wurde, gelesen, dass das Winterabschiebeverbot wieder eingeführt werden soll. Sie müssen einmal zur zuständigen Ausländerbehörde gehen und sich anhören, was die Menschen darüber

sagen. Das ist genau das gegenteilige Signal von dem, was wir brauchen, und das führt Menschen zum Schluss in mehr Not, als wenn sie wüssten, dass sie bei uns keine Chance haben, und es hilft ihnen nicht. Das ist meine tiefe Überzeugung.

Wir leben in Zeiten rasanter globaler Veränderungen. Wir haben die Möglichkeiten, Veränderungen schrittweise menschlich zu gestalten. Das setzt Offenheit voraus.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Offenheit wird uns mehr Sicherheit bringen als Abschottung – mehr Sicherheit im Blick auf die wirtschaftliche Situation, mehr Sicherheit im Blick auf Soziales und mehr Sicherheit im Blick auf Frieden und Freiheit. Deshalb: Lassen Sie uns an dieser Arbeit weiter dranbleiben. Wir haben als Bundesregierung in den letzten einundhalb Jahren einen Bürgerdialog durchgeführt. In diesem Bürger-

dialog sind Frieden und Sicherheit noch einmal als die zentralen Bedürfnisse der Menschen in Deutschland genannt worden. Deshalb ist es aller Mühe wert, im Geiste dieses Haushaltes weiterzuarbeiten und da, wo es Probleme gibt – und sie gibt es –, sie natürlich zu lösen

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sprache finden, die Menschen von dieser Demokratie begeistert



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

wir hier im Deutschen Bundestag haben: Wir müssen uns gemeinsam den Demagogen, den Nationalisten und den Autoritären entgegenstellen. Freiheit, Solidarität und Humanismus stehen auf dem Spiel, für alle.

Für mich ist auch eines klar: Keine soziale Not und keine gefühlte Identitätsverunsicherung rechtfertigen oder entschuldigen gar im Geringsten rassistische, frauenfeindliche oder homophobe Handlungen. Wer andere Menschen angreift oder herabsetzt, in Wort oder Tat, nur weil er einer echten oder gefühlten Gruppe angehört, die einem selbst nicht so zu passen scheint, der hat von uns eine ganz glasklare Antwort verdient: Kein Fußbreit der Gewalt, kein Fußbreit dem Hass!

Aber der Kampf gegen rechts kann nicht nur aus klaren Worten bestehen. Denn was heißt denn „kämpfen“ im Geschäft der demokratischen Politik? Das heißt überzeugen, das heißt Menschen mitnehmen, das heißt dafür sorgen, dass aggressive Stimmungen am Ende nicht zu Paralleluniversen in rechtsradikalen Echokammern führen, es heißt, Menschen zu überzeugen, die noch nicht überzeugt sind. Ich glaube, da können wir alle besser werden, da müssen wir alle besser werden, da müssen wir Grüne auch besser werden.

Wenn wir vom ökologischen Umbau reden, dann müssen wir auch die Sorgen derjenigen berücksichtigen, die Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das ist eine Aufgabe, die auch wir Grüne haben, und ich glaube, wenn ich mir den nächsten Wahlkampf anschau, dann haben alle demokratischen Parteien die Aufgabe,

eine Sprache zu finden, die die Menschen überzeugt, mitnimmt und für diese Demokratie wieder begeistert.

Klar erscheint auch, dass dieses Wahlergebnis in den USA – insbesondere wenn man sich die Wahlergebnisse in den ehemaligen Industriegebieten, im sogenannten Rust Belt, anschaut – auch ein Protest war – auf hässliche und destruktive Art und Weise – gegen eine unregelmäßige Globalisierung und ein Protest gegen den sozialen Abstieg.

Viele kämpfen seit Jahren gegen die unregelmäßige Globalisierung, die nur wenigen kurzfristig Gewinne bringt. Politische Entscheidungen haben diese ökonomische Globalisierung ermöglicht; politische Entscheidungen könnten auch eine Globalisierung ermöglichen, die sozial und ökologisch gerechter ist. Das ist nicht einfach, aber es ist möglich, und es gilt, diese optimistische Haltung gegen die scheinbare Alternativlosigkeit des Bestehenden zu setzen.

Umso schlimmer ist es, dass die Kritik an der Globalisierung nur von rechts außen kommt, und dies nach den historischen Irrtümern des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir lehnen die nationalistische Kritik an der Globalisierung aufs Schärfste ab. Nationalismus kann keine Lösung sein; er ist ein historisch gefährlicher Irrweg.

Aber wir müssen auch verstehen, was passiert, warum die Menschen für den Brexit gestimmt haben, warum die Menschen für Trump gestimmt haben. Den Nationalisten, den Rechtspopulisten und den Rechtsradikalen gelingt es zu gut, den Unmut der Menschen, ihre Angst und ihre Frustration auf ihre Mühlen zu leiten.

Der Unmut entsteht gar nicht automatisch gegen Minderheiten. Der Unmut entsteht häufig aus Alltagserfahrungen: dass in ländlichen Regionen die Infrastruktur

nicht mehr funktioniert; aus Angst vor sozialem Abstieg; aus Frust darüber, dass der Lohn trotz Vollzeitarbeit nicht für eine bezahlbare Wohnung reicht; aus dem Ärger des kleinen Kaffeehausbesitzers darüber, dass er voll Steuern zahlt, während sein Konkurrent von Starbucks nur einen minimalen Steuersatz zahlt. Wir müssen darauf achten und dürfen nicht zulassen, dass dieser Ärger und dieser Frust am Ende an Minderheiten ausgelassen werden, dass die Schwächsten der Schwachen zu Sündenböcken erklärt werden.

Wir müssen verhindern, dass es den Rechtspopulisten und den Rechtsradikalen in Europa weiter gelingt, ein Bündnis zu schmieden, das zum Brexit geführt hat, ein Bündnis zu schmieden, das am Ende die Wahl von Trump ermöglicht hat, ein Bündnis zu schmieden aus Rassisten und Homophoben, mit sozial Verunsicherten, mit Menschen, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben.

Dafür brauchen wir eine Politik, die dafür sorgt, dass die Infrastruktur auch in den ländlichen Regionen wieder ankommt und funktioniert, eine Politik, die dafür sorgt, dass die sozialen Sicherungssysteme wirklich für alle sicher sind und die Zweiklassenmedizin abgeschafft wird, eine Politik, die dafür sorgt, dass ausreichend Geld für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, eine Politik, die dafür sorgt, dass der Arbeitsmarkt wieder für alle Menschen funktioniert, eine Politik, die eine Bildungsoffensive ermöglicht, damit wieder jedes Kind eine Chance auf sozialen Aufstieg hat, und eine Politik, die ermöglicht, dass jeder, der Arbeit hat, ausreichend verdient, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Sehr geehrte Frau Merkel, in diesen schwierigen Zeiten haben Sie angekündigt, für die CDU wieder als Kanzlerin kandidieren zu wollen. Wieder einmal ist unklar geblieben, wohin Sie mit dem

Land eigentlich wollen und was Sie mit Ihrer Kanzlerschaft anstellen wollen. Im letzten Wahlkampf war Ihr Motto: Sie kennen mich ja! – In diesem Wahlkampf wird das nicht reichen. Es wird auch nicht reichen, zu erklären: Wir machen einfach weiter so.

Was hat Ihre Regierung in den letzten acht oder zehn Jahren denn getan gegen das Auseinanderfallen der Europäischen Union? Was hat Ihre Regierung denn getan gegen die weitere Spaltung unserer Gesellschaft? Was hat Ihre Regierung denn getan, um die Fluchtursachen wirklich zu bekämpfen und sich für einen fairen Welthandel einzusetzen? Was hat Ihre Regierung getan in den letzten Monaten und Jahren, um den Klimaschutz durchzusetzen?

Schauen wir uns die einzelnen Punkte einmal an. Die Europäische Union ist seit fast acht Jahren in der Dauerkrise, seit der verwerlichsten Bankenrettung nach der Finanzmarktkrise.

Dieser Zustand ist in den letzten Monaten und Jahren nicht besser, sondern eher schlimmer geworden.

Wir haben gesehen: Großbritannien hat sich für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Wir müssen befürchten, dass in Frankreich Frau Le Pen Präsidentin wird. In Italien sind die Zustände nicht besser geworden, und es besteht die Gefahr, dass dort Rechtspopulisten an die Macht kommen. In Griechenland herrscht Hoffnungslosigkeit und das Gefühl, Europa lässt sie mit den vielen Geflüchteten, die kommen, im Stich.

In all diesen Jahren waren Sie Kanzlerin des mächtigsten Landes innerhalb der Europäischen Union. Jetzt rechtfertigen Sie sich immer damit – und es wird damit gerechtfertigt –, Ihnen hätten die Partner gefehlt und Sie hätten alles richtig gemacht. Sie haben immer stur und brav auf das Einhal-

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir müssen uns gemeinsam den Demagogen, Nationalisten und Autoritären entgegenstellen.

Umso schlimmer ist es, dass die Kritik an der Globalisierung nur von rechts außen kommt.

Jahren noch darüber streiten können, ob diese Politik erfolgreich ist. Aber nach acht Jahren nicht erfolgreicher Politik könnte diese Bundesregierung überlegen, ob das wirklich die richtige Politik war. Nach acht Jahren, in denen innerhalb der Europäischen Union weiterhin 20 Millionen Menschen arbeitslos sind, könnte die SPD überlegen, ob sie nicht ihr ganzes Gewicht dafür einsetzen könnte, innerhalb der Europäischen Union zu einer Investitions-offensive zu kommen.

Die SPD könnte sich dafür einsetzen, dass endlich ausreichend Geld für eine soziale und ökologische Transformation innerhalb der Europäischen Union ausgegeben wird, damit die Menschen wieder den Glauben haben, dass das wunderbare Projekt der Europäischen Union nicht nur für Frieden, sondern auch für Wohlstand für sie persönlich steht. Wo bleibt da die SPD? Setzen Sie sich endlich dafür ein, dass wir eine offensive Investitionspolitik auf europäischer Ebene bekommen. Denn sonst haben viel zu viele das Gefühl, Europa lässt sie im Stich.

Schauen wir uns die Spaltung unserer Gesellschaft an. Sie haben davon gesprochen, Frau Merkel, dass es den Menschen in Deutschland so gut geht wie noch nie. Ja, der Durchschnitt kann allerdings vieles verdecken. Hinter „den Menschen“ verbergen sich nämlich ganz unterschiedliche Schicksale. Es gibt die Reichsten der Reichen, die in den letzten Jahren deutlich reicher geworden sind, und wir hatten noch nie so viele Milliardäre und Millionäre in Deutschland.

Aber es gibt auch die anderen Gruppen, die sich hinter diesem Durchschnitt verstecken. Inzwischen ist jeder zehnte Arbeitnehmer bzw. jede zehnte Arbeitnehmerin von Armut bedroht, obwohl sie Arbeit haben. Das ist doppelt so viel wie noch vor zehn Jahren, doppelt so viel wie zu Beginn Ihrer Kanzlerschaft.

Oder wenn man sich anschaut, wie sich das Aufstiegsversprechen

entwickelt hat: Für viel zu viele ist das Aufstiegsversprechen immer noch ein Versprechen, das für sie nicht gilt, weil sie aus bildungsfernen Haushalten bzw. aus Arbeiterhaushalten kommen und weil für sie eben nicht gilt, dass sie die gleichen Chancen haben, ein Gymnasium oder eine Universität zu besuchen. Das liegt nicht daran, dass sie weniger können, sondern daran, dass sie eine andere Herkunft haben. All das versteckt sich hinter dem Durchschnitt, und all das ist politisch änderbar.

Denn es ist politisch durchsetzbar, ein faireres Steuersystem zu haben. Es ist politisch durchsetzbar, eine bessere Ausstattung der Infrastruktur, zum Beispiel einen besseren Breitbandausbau, zu haben, damit abgehängte ländliche Regionen an die boomenden Städte angeschlossen werden. Es ist möglich, ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch in München, Frankfurt, Berlin, Stuttgart und anderen Metropolen wieder ausreichend bezahlbaren Wohnraum auch für die Menschen mit niedrigerem Einkommen gibt. Es ist möglich, eine andere Arbeitsmarktpolitik zu machen und wieder mehr Geld zur Verfügung zu stellen, damit die Langzeitarbeitslosen wieder eine Chance haben, einen guten sozialversicherungspflichtigen Job zu bekommen. All das ist möglich. Sie hatten zehn Jahre Zeit. Fangen Sie doch wenigstens jetzt damit an!

Frau Merkel, Sie haben von der gerechten Gestaltung der Globalisierung gesprochen. Sie haben davon gesprochen, dass die neuen Freihandelsabkommen besser sind, weil sie Standards festlegen. Das klingt alles gut. Das Problem ist nur: Dem ist nicht so. Wenn Sie sich nämlich die Verträge genau ansehen, dann finden Sie zwar zum Beispiel das Vorsorgeprinzip im Vertrag zu CETA erwähnt, aber nur im Vorwort. Im Vertrag selbst finden Sie die von Ihnen selbst hochgelobten Standards nicht.

Im Vertrag finden Sie stattdessen eine Konzernjustiz außerhalb un-

serer öffentlichen Gerichtsbarkeit. Sie finden im Vertrag stattdessen eine Bedrohung der Verbraucherschutz- und Umweltschutzstandards, und Sie finden im Vertrag stattdessen die Möglichkeit und dementsprechend den Druck auf die Kommunen, ihre kommunale Daseinsvorsorge zu privatisieren.

Das, was Sie zur Regelung der Globalisierung vorgestellt haben, wäre zwar schön. Bloß, die Verträge machen leider genau das Gegenteil. Deshalb lehnen wir diese Verträge ab.

Wir reden sehr viel von CETA und TTIP. Bei diesen Verträgen sollte man aber nie die EPAs vergessen, die mit den Ländern Westafrikas und Zentralafrikas abgeschlossen werden sollen. Wenn man sich mit den EPAs befasst, dann kommt man zu Ihren Aussagen zur Bekämpfung der Fluchtursachen.

Ich will Ihnen überhaupt nicht vorwerfen, Frau Merkel, dass auch Sie keine gute Lösung für die Schrecken des Bürgerkriegs in Syrien haben, dass Sie keine gute Lösung dafür haben, wie wir den Bürgerkrieg im Irak oder in Afghanistan beenden können. Das wirft Ihnen niemand vor. Wir würden uns sehr wünschen, dass es dafür eine Lösung gäbe. Es gibt aber nur kleine, schwierige, tastende Schritte in Richtung Lösung, und die Rolle, die Russland dabei spielt, ist mehr als kontraproduktiv. Denn das, was in Aleppo passiert, sind schlicht Kriegsverbrechen, und das kann man auch genau so nennen: Es sind Kriegsverbrechen. Dazu würde ich mir auch von dem einen oder anderen hier im Haus eine klare Aussage wünschen.

Was man aber dieser Regierung vorwerfen kann, ist die Aussetzung des Familiennachzugs. Da hatten wir eine Lösung. Glauben Sie wirklich, dass die Mütter, die Väter und die minderjährigen Kinder, wenn sie hier bei uns sind, ruhig schlafen und sich vernünftig in unsere Gesellschaft integrieren können, wenn der Familiennachzug ausgesetzt bleibt? Das könnten Sie ändern; das könnten Sie

anpacken. Deshalb appelliere ich an Sie: Lassen Sie den Familiennachzug wieder zu, sei es aus christlichen oder sei es aus humanitären Gründen!

Was man Ihnen vorwerfen kann, ist, dass bei den Fluchtursachen, die wir verändern könnten, nichts passiert. Ich sehe keine Initiative der Bundesregierung, endlich dafür zu sorgen, dass die hoch subventionierten europäischen Fischerflotten aufhören, die Gewässer vor den Küsten Afrikas, insbesondere vor denen Westafrikas und Zentralafrikas, leerzufischen, sodass die einheimischen Fischer zu Schleppern werden und Menschen – weil sie selbst keine Nahrungsgrundlage mehr haben – hierhertransportieren. Das wäre zu ändern und wäre eine echte Bekämpfung der Fluchtursachen.

Ich sehe auch keine Initiative, die endlich einen fairen Umgang mit den Kleinbauern Afrikas zum Ziel hat. Zehntausende Kleinbauern sind in den Ruin getrieben worden durch den zunehmenden Export von gefrorenem Geflügelfleisch, Milchpulver und anderen Landwirtschaftsprodukten aus der Europäischen Union. Von 2001 bis 2014 hat der Export von gefrorenem Geflügelfleisch um 300 Prozent zugenommen und hat Tausende und Abertausende Bäuerinnen und Bauern in den Ruin getrieben. Deren Söhne haben nun teilweise als Geflüchtete Schutz bei uns gefunden. Sie wurden von ihren Familien geschickt in der verzweifelten Hoffnung, etwas Geld für die Ernährung der Familie zu beschaffen. Das könnten Sie verändern. Deshalb: Verändern Sie es endlich, und sprechen Sie nicht immer nur abstrakt von Fluchtursachenbekämpfung!

Schauen wir uns den Klimaschutz an. Frau Merkel, Sie haben gesagt, es sei Ihnen immerhin gelungen, Frau Hendricks mit einem Klimaschutzplan nach Marrakesch zu schicken; nun wisse man, was die nächsten Schritte seien, die in Deutschland zu gehen seien. Sie haben recht: Es ist Ihnen gelungen, Frau Hendricks mit einem Klimaschutzplan nach Marrakesch zu schicken. Aber man weiß deshalb nicht, welches die nächsten Schritte sind, die in Deutschland zu gehen sind. Von Maßnahmen steht nämlich nichts im Klimaschutzplan. Sie haben zugelassen, dass dieser Klimaschutzplan von allen Maßnahmen entkernt worden ist.

Herr Gabriel hat damit begonnen und hat den Plan zum Kohleausstieg aus dem Klimaschutzplan herausgestrichen. Herr Dobrindt hat dann weitergemacht und hat alle Maßnahmen, die dazu gedacht waren, die Autoindustrie zu modernisieren, aus dem Klimaschutzplan herausgestrichen. Geendet hat es mit Herrn Schmidt,

der alle Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft herausgestrichen hat. Deshalb: Es genügt nicht, nur einen Plan zu haben, in dem nichts steht. Klimaschutz muss konkret sein und bedeuten, dass wir beginnen, in Deutschland aus der Kohle auszusteigen und die erneuerbaren Energien wieder flottzumachen, und das nicht nur aus Klimaschutz- und Umweltschutzgründen, sondern auch aus industriepolitischen Gründen; denn die Zukunft wird die moderne Energieversorgung sein. Dort werden die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Hier besteht die Möglichkeit, Menschen Hoffnung zu geben. Wenn Sie es schon nicht aus Klimaschutzgründen machen, dann sollten Sie wenigstens aus industriepolitischen Gründen aufhören, auf die alten Technologien des 18. und 19. Jahrhunderts zu setzen. Setzen Sie stattdessen auf die Technologien des 21. Jahrhunderts.

Das würde bedeuten, die Chancen, die in der Digitalisierung und Elektrifizierung der Mobilitätssparte bestehen, zu nutzen. Die Frage, ob Arbeitsplätze im Bereich des Verbrennungsmotors erhalten bleiben oder ob Arbeitsplätze im Bereich der emissionsfreien Fahrzeuge geschaffen werden, stellt sich nicht. Die Gefahr besteht doch, dass Arbeitsplätze im Bereich des Verbrennungsmotors verloren gehen und neue Arbeitsplätze nicht in Deutschland, sondern in den USA bei Tesla, in Japan bei Toyota und in Südkorea bei Hyundai entstehen. Deshalb ist es an der Zeit, endlich die Chancen der Moderne zu nutzen und auf die Digitalisierung und die Elektrifizierung zu setzen.

Das sagen nicht nur wir. 40 große deutsche Unternehmen haben Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass sie von der Bundesregierung sowohl aus Klimaschutzgründen als auch aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung mehr Klimaschutz erwarten. Selbst die IG Metall fordert inzwischen einen Umbau der Autoindustrie, auch aus Arbeitsplatzgründen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie endlich für einen Klimaschutzplan sorgen, der den Namen auch verdient.

Wir brauchen für die Herausforderungen, vor denen wir stehen, und vor dem Hintergrund der großen Unsicherheiten eine Politik, die die wirklichen Probleme angeht. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir eine Politik gestalten, die sozial ist, die gerecht ist, die ökologisch ist und die die Menschen in diesem Land mitnimmt. Dann haben wir alle Chancen, dass es auch in Zukunft den Menschen in diesem Land gut geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Auch der Verteidigungsetat soll massiv aufgestockt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bekannte sich in ihrer Rede zum Nato-Ziel, zwei Prozent für das Militär auszugeben.

© picture-alliance/dpa

Thomas Oppermann, SPD:

Für Solidarität, Verlässlichkeit und Sicherheit sorgen



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Sehr geehrte Frau Wagenknecht, ich habe Ihrer Rede auch diesmal aufmerksam zugehört und bin erstaunt: Während überall in der Welt der Schrecken über den Ausgang der Wahl in den Vereinigten Staaten immer noch groß ist, bekommen wir mit Donald Trump jetzt offenbar einen Präsidenten, dem Sie etwas abgewinnen können.

Ich habe mich gewundert, wie Sie die ökonomische Kompetenz von Donald Trump bewundert haben und gleichzeitig über die politischen Eliten in Europa gewettert haben, die angeblich nur den Mächtigen dienen. Früher hieß es: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"; heute heißt es: Populisten aller Länder, vereinigt euch!

Ihre Antwort auf den Populismus von rechts ist mehr Populismus von links. Sie wollen Frauke Petry im Deutschen Bundestag überflüssig machen. Aber mit Ihren Reden tragen Sie dazu bei, die AfD zu stärken.

Es gibt gar keinen Zweifel: Der Ausgang der Wahlen in den Vereinigten Staaten wird die Rahmenbedingungen für die Politik auch in Deutschland verändern. In den amerikanischen Städten gehen die jungen Leute auf die Straße – wie nach dem Brexit in London – und sagen: Not my President. Die Trump-Wahl hat in der Tat die westliche Welt erschüttert. Aber demokratische Wahlen sind auch dann richtig, wenn sie nicht das gewünschte Ergebnis bringen.

Wir müssen den Ausgang der Wahl selbstverständlich respektieren; aber was nicht akzeptiert werden kann, das ist die schmutzige Art, in der dieser Wahlkampf geführt wurde.

Die Demokratie lebt von Vo-

oraussetzungen, die sie selbst nicht herstellen bzw. garantieren kann. Dazu gehören Anstand und der Respekt vor der Würde anderer Menschen. Der Rassismus von Donald Trump, seine respektlose Abwertung von Menschen, war schon im Wahlkampf unerträglich, aber ist, wenn es an der Spitze des Staates praktiziert wird, eine Gefahr für die Demokratie. Die Zerstörung der Demokratie dürfen wir nicht zulassen.

Ich finde es schlimm, dass in Großbritannien nach dem Brexit und jetzt auch in den USA in den Schulklassen Kinder von Einwanderern beschimpft werden, dass Leute gegeneinander aufgewiegelt werden und am Ende der Hass regiert. Das führt dazu, dass unsere Demokratie vergiftet wird, und das dürfen wir nicht zulassen.

Was unter Barack Obama noch selbstverständlich zu sein schien, nämlich dass der Kern des westlichen Bündnisses darin besteht, unsere liberale Demokratie, unsere freie und offene Gesellschaft zu verteidigen, das erscheint unter einem Präsidenten Donald Trump nicht mehr selbstverständlich. Bei ihm stehen Abschottung und nationalstaatliche Politik im Vordergrund. Deshalb ist es kein Zufall, dass der erste europäische Politiker, den Trump empfangen hat, Nigel Farage war, der die Spaltung Europas durch den Brexit vorangetrieben hat. Die Botschaft, die von solchen Treffen ausgeht, ist eindeutig: Trump ist offenbar nicht an einem vereinten Europa interessiert. Dabei sind ein geeintes Europa und eine funktionierende transatlantische Partnerschaft das Fundament des Westens; denn nur

gemeinsam können wir unsere Werte verteidigen.

Es bereitet mir große Sorge, dass jetzt auf beiden Seiten des Atlantiks die Populisten ihre Lautsprecher aufgestellt haben. Der Brexit in England, Le Pen in

Frankreich – auch in Europa sehen immer mehr Menschen ihr Heil in der Abschottung. Donald Trump hat sich nicht nur gegen TTIP und TPP, sondern auch für die Einführung von Schutzzöllen ausgesprochen. Das wäre das Ende des freien Handels, wie wir ihn kennen. Deutschland exportiert jedes Jahr Güter im Wert von 114 Milliarden Euro in die USA. Eine

Abschottung der Märkte betrifft allein in diesem Bereich 1 Million Arbeitsplätze. Deshalb bin ich, welche Schwierigkeiten es im Einzelnen auch immer geben mag, ob in Sicherheitsfragen oder beim Handel, zutiefst davon überzeugt: Nationalismus und Protektionismus sind die falsche Antwort.

Wir sollten uns jetzt aber auch davor hüten, auf die Wähler von populistischen Parteien herabzuschauen. Wählerbeschimpfung steht einer Demokratie schlecht zu Gesicht genauso wie die herablassende Aussage: Wir müssen euch das nur besser erklären. – Toni Hofreiter, ich fand es übrigens gut, dass auf dem Parteitag der Grünen dazu eine nachdenkliche Diskussion geführt wurde; sie ist ja hier weitergeführt worden. Ich fand es gut, dass der Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington treffend gesagt hat: Wir müssen den „Duktus der moralischen Überlegenheit“ in der öffentlichen Debatte ablegen. – Denn genau dieser moralische Zeigefinger schweift die Wähler populistischer Parteien erst richtig zusammen.

Statt die Wähler zu beschimpfen, sollte diese Wahl ein Weckruf für alle Demokraten sein, um sich auf die Frage zu konzentrieren, was die Menschen in ihrem Alltag wirklich beschäftigt und interessiert. Ich sehe hier zwei Erwartungen: Erstens. Die Menschen wollen – das ist ganz klar – einen handlungsfähigen Staat, einen Staat, der Regeln setzt und auch durchsetzt, einen Staat, der die Menschen vor Kriminalität und Gewalt beschützen kann. Zweitens. Die Menschen wollen einen Staat, der soziale Sicherheit bietet, der Menschen auffängt, wenn sie aufgrund von wirtschaftlichen Entwicklungen ihren Arbeitsplatz verloren haben, und verhindert, dass sie sozial abrutschen.

Wenn Unsicherheit und Angst in der Gesellschaft zunehmen, dann müssen wir für Solidarität, für Verlässlichkeit und für Sicherheit sorgen.

Aber wir brauchen auch klare Spielregeln für die Demokratie. Die Demokratie lebt vom Streit, sie lebt von Rede und Gegenrede; aber sie lebt nicht von Falschmeldungen und Hassbotschaften. Deshalb haben wir in der Tat – auch die Bundeskanzlerin hat darüber gesprochen – ein riesiges Problem beim Umgang mit der Wahrheit in den sozialen Medien. Immer mehr offene Hetze, Falsch-

meldungen und Meinungsroboter sind dort unterwegs. Deshalb ist es absolut richtig, jetzt auf Facebook und andere Anbieter massiv Druck zu machen, damit die Persönlichkeitsrechte von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern durchgesetzt werden können.

Ich finde, wer eine solche Plattform betreibt, um Geld zu verdienen, der muss auch verpflichtet werden, das geltende Recht durchzusetzen. Diese Unternehmen haben hier ihre Niederlassungen, um Werbung zu verkaufen; aber sie haben keine Kontaktstellen, an die sich Ermittler wenden können, um Auskunft zu bekommen, wer sich hinter einer strafbaren Äußerung verbirgt. Lieber Volker Kauder, ich finde, wir sollten mit vereinten Kräften, gemeinsam mit dem Justizminister und allen in diesem Haus etwas dagegen tun. Das wäre ein guter Schritt.

Die Zukunft der Demokratie steht in diesen Wochen aber auch in der Türkei auf dem Spiel. Präsident Erdogan hat einen zerstörerischen Prozess in Gang gesetzt. Fast 140 000 Staatsbedienstete sind seit dem Putschversuch entlassen. Eine Verhaftungswelle geht durch das Land. Ich sage: Wer Richter, Staatsanwälte, Journalisten und Abgeordnete verhaftet, wer die Opposition ins Gefängnis steckt, der zerstört die Demokratie, und dazu darf Europa nicht schweigen.

Ich finde es gut, dass Abgeordnete aus allen Fraktionen im Deutschen Bundestag Patenschaften für verhaftete Parlamentsabgeordnete in der Türkei übernommen haben. Wir müssen ein wachsames Auge auf das haben, was dort passiert.

Was da passiert, ist für viele Menschen eine große Enttäuschung, insbesondere für die Menschen, die sich jahrelang für die Türkei eingesetzt haben. Erdogan hat seit seinem Amtseintritt 2003 die Türkei aufgebaut. Er war es, der sie von einem Entwicklungsland zu einem Schwellenland gemacht hat, der die Lebensumstände von Millionen Türken verbessert hat, der sein Land für die Welt geöffnet hat, und wir haben ihn dabei unterstützt. Jetzt reißt er alles wieder ein. Er zerstört nicht nur sein Lebenswerk, sondern auch die moderne Türkei. Wenn er jetzt, wie geplant, die Todesstrafe einführt, dann wäre das das automatische Ende der EU-Beitrittsverhandlungen. Da kann es kein Vertun geben.

Vor dem Hintergrund kann ich gut nachvollziehen, dass das Europäische Parlament die Verhandlungen zunächst auf Eis legen will. Auch wenn wir über die Entwick-

lung in der Türkei enttäuscht sind, wenden wir uns nicht vom türkischen Volk ab. Es gibt dort Millionen Bürger, die eine demokratische Türkei in einem freien Europa wollen, und diese Bürger haben unsere volle Solidarität.

Meine Damen und Herren, auch wenn der Flüchtlingsstrom nach Deutschland in den letzten Monaten deutlich abgenommen hat, träumen weiterhin viele junge Menschen davon, nach Europa zu kommen. Ich konnte mir kürzlich in Marokko persönlich ein Bild davon machen, wie viele Menschen, vor allem junge Männer aus Nordafrika, dort auf ihre Chancen warten. Sie wollen Arbeit und ein besseres Leben, und sie wollen irgendwie über das Mittelmeer kommen. Es

muss ihnen ganz klar gesagt werden: Das ist nicht der richtige Weg nach Europa. – Dieser Weg ist lebensgefährlich, und er wird für viele zu einer bitteren Enttäuschung führen, weil ihr Asylgesuch nicht anerkannt wird. Umso wichtiger finde ich es, dass wir diesen Menschen eine Möglichkeit aufzeigen, unter welchen Voraussetzungen sie legal nach Deutschland kommen können. Dazu müssen wir zwischen Asyl und Arbeitseinwanderung besser unterscheiden. Unser Asylsystem ist auch deshalb so überlaufen, weil wir diese Unterscheidung nach außen hin faktisch nicht mehr machen. Deshalb haben wir ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Die meisten Menschen in Deutschland haben verstanden, dass wir spätestens dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, auf die Einwanderung von gut qualifizierten Fachkräften angewiesen sind, und sie wollen auch, dass wir das in kontrollierter Form erlauben und vernünftig regeln. Wir brauchen Regeln für die Einwanderung, Regeln, die jeder versteht und die am besten in diesem Hause erarbeitet werden sollten.

Eine der wichtigsten Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit bezieht sich auf die wachsende Kluft zwischen den Regionen. Es gibt zu viele Regionen in Deutschland, in denen sich die Menschen von der Zukunft keine Verbesserung ihrer Versorgung erwarten. Arztpraxen schließen, Buslinien werden gestrichen und Schulen nicht saniert, die Jungen ziehen weg, die Alten bleiben – diesen Prozess können wir natürlich nicht von heute auf morgen aufhalten; aber wir können etwas tun: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse,

Die Demokratie lebt vom Streit, aber nicht von Falschmeldungen und Hassbotschaften.

Fortsetzung auf nächster Seite

damit unser Land zusammenhält und nicht weiter auseinanderdriftet.

Deshalb ist es gut, dass sich Bund und Länder auf die Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs geeinigt haben. Das war am Ende nur möglich, weil der Bund ab 2020 10 Milliarden Euro zur Verfügung stellt und damit faktisch eine Garantstellung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland übernommen hat.

Noch nie zuvor hat der Bund finanzschwache Länder und Kommunen so stark entlastet wie in dieser Wahlperiode. Der Bund hat die Kosten der Flüchtlingsaufnahme getragen und sich auch an den Integrationskosten beteiligt. Der Bund hat ein 3,5 Milliarden-Programm für finanzschwache Kommunen auf den Weg gebracht. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 500 Millionen Euro auf 2 Milliarden Euro vervierfacht. Zudem haben wir 5 Milliarden Euro für die Kommunen bereitgestellt, um sie finanziell zu stärken.

Die Bundeskanzlerin hat den Streit über den Verteilungsschlüssel angesprochen. In der Tat begünstigt der Verteilungsschlüssel die finanzkräftigen Kommunen, weil er dort zu einem höheren Pro-Kopf-Aufkommen führt als bei den finanzschwachen. Das halte ich nicht für angemessen.

Frau Bundeskanzlerin, wir haben darüber gestritten. Ich habe einen besseren Verteilungsschlüssel. Dem stimmen die 16 Ministerpräsidenten aber nicht zu.

Der Unterschied ist: Ich hätte das auch gegen die Ministerpräsidenten im Bundestag entschieden.

Mir hätte die Zustimmung von Volker Kauder gereicht. Ich finde, der Bundestag kann seine Entscheidungen selber treffen.

Wenn wir uns einmal ansehen, was wir zur Entlastung der Länder alles gemacht haben – wir haben das BAföG übernommen und viele andere Dinge gemacht – und was wir zur Entlastung der Kommunen alles auf den Weg gebracht haben, dann können wir, wie ich finde, damit zufrieden sein; denn das sind gezielte Investitionen in den sozialen Zusammenhalt unseres Landes.

Meine Damen und Herren, eines liegt meiner Fraktion ganz besonders am Herzen, nämlich dass der Bund endlich die Schulen in besonders finanzschwachen Kommunen unterstützen kann. Ich finde, es ist ein Unding, dass in unserem Land Schulen teilweise in einem miserablen Zustand sind, weil Städte und Gemeinden nicht

genug Geld haben, um eine anständige Schule für unsere Kinder bereitzustellen, während der Bund Haushaltsüberschüsse hat, das Grundgesetz aber verbietet, einen Teil davon für die Modernisierung der Schulen einzusetzen. Ich bin froh, dass wir diesen absurden Zustand endlich beenden.

Wir werden das Grundgesetz ändern und dem Bund in Zukunft erlauben,

Bildungsinfrastruktur in den Kommunen mitzufinanzieren.

Wir ändern aber nicht nur das Grundgesetz, sondern legen auch ein 3,5 Milliarden-Programm für finanzschwache Kommunen auf, damit Schulen saniert und modern ausgestattet werden können.

Ich wundere mich dann doch, was der Ministerpräsident aus Baden-Württemberg dazu sagt.

Er sagt – ich möchte ihn mal zitieren –: Bei der Bildung verläuft die rote Linie für mich. Ein solcher Zugriff des Bundes wäre ein massives Einfallstor in den Kernbereich der föderalen Landeshoheit.

Also, liebe Grüne, ich denke, ihr seid eine progressive Partei. Was lasst ihr euch von Kretschmann eigentlich alles bieten? Der ist ja konservativer, als die Polizei erlaubt.

Man hat in Baden-Württemberg den Eindruck: Das ist gar nicht Schwarz-Grün, sondern eher Schwarz-Schwarz – mit leichtem Farbunterschied.

Ich glaube, ich spreche einigen Grünen dabei aus der Seele.

In der Sache machen wir, glaube ich, etwas Gutes. Ich bin überzeugt davon, dass der Bund hiermit – neben dem BAföG – ein zweites Instrument für mehr Chancengerechtigkeit in die Hand bekommt. Wir wollen Bildungschancen für alle, unabhängig davon, aus welchen Elternhäusern die Kinder kommen, oder auch unabhängig davon, welche Finanzkraft ihre Heimatgemeinde hat.

Dass wir all das finanzieren können, liegt an der guten wirtschaftlichen Situation. Wir haben stabiles Wachstum, wir haben immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Wir beschließen am Freitag den vierten Haushalt in Folge, der ausgeglichen sein wird – die letzten beiden wiesen sogar Überschüsse auf –, die Renten steigen – in diesem Jahr um 4 Prozent, im nächsten Jahr werden sie um 2 Prozent steigen –, und nächstes Jahr steigt auch zum ersten Mal der Mindestlohn. Diese wirtschaftliche Prosperität kam nicht von selbst, und sie bleibt auch nicht automatisch

so. Sie ist das Ergebnis harter Arbeit. Deshalb müssen wir massiv investieren in eine moderne Infrastruktur, in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, aber auch in Forschung und Entwicklung.

Gleichzeitig bietet diese wirtschaftliche Stärke auch die Chance, soziale Defizite in dieser Gesellschaft zu beseitigen; denn der Wohlstand kommt nicht bei allen Menschen gleichermaßen an. Armut, Abstiegsängste und Arbeitslosigkeit gibt es weiterhin. Deshalb ist es gut, dass wir ab dem nächsten Jahr den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende deutlich ausweiten, meine Damen und Herren.

Ministerin Manuela Schwesig hat sich darum intensiv gekümmert. Damit stärken wir die Alleinerziehenden, aber vor allen Dingen ihre Kinder, die von der Trennung ihrer Eltern betroffen sind. Deren Schicksal darf nicht davon abhängig sein, ob Unter-

halt gezahlt wird oder nicht.

Es gibt auch viele, die einen Job haben, aber trotzdem ein großes Gefühl der Unsicherheit haben, zum Beispiel die 15 000 Angestellten bei Kaiser's Tengelmann, die seit Monaten um ihre Arbeitsplätze bangen. Ich danke Sigmar Gabriel dafür, dass er gegen massive Widerstände für den Erhalt dieser Arbeitsplätze am Ende mit Erfolg gekämpft hat.

Es ist unsere Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen. Wir investieren in diesem Haushalt massiv in Personal und Ausstattung der Polizei. Der Etat des Innenministers wächst um mehr als 1 Milliarde auf fast 9 Milliarden Euro. Bis 2020 schaffen wir 4 300 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden; es gibt allein 1 000 Stellenanhebungen bei der Polizei. Und wir werden dafür sorgen, dass Einbruchskriminalität in Deutschland härter bestraft wird und dass Polizeibeamte besser geschützt werden. Wer Polizeibeamte, Rettungs-

kräfte oder Feuerwehrleute angreift, der greift uns alle an und der wird künftig härter bestraft werden.

Es ist unsere Aufgabe, das Vertrauen in die Rente wiederherzustellen. Wir brauchen eine doppelte Haltelinie: Das Rentenniveau darf nicht ins Bodenlose sinken – das schulden wir den Älteren –, und die Beiträge dürfen nicht astronomisch steigen; das schulden wir den Jüngeren. Wir brauchen einen ausbalancierten Kompromiss. Ich hoffe, dass wir am Donnerstag im Koalitionsausschuss diesbezüglich etwas zustande bringen.

Es ist unsere Aufgabe, für Gerechtigkeit in diesem Land zu sorgen; denn nur mit sozialer Gerechtigkeit wird es auch eine stabile Demokratie geben. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Eine der Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit ist die Kluft zwischen Regionen.

Volker Kauder, CDU/CSU:

Einen Schwerpunkt auf die junge Generation legen



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Ja, was heute mehrfach angesprochen wurde, stimmt: Deutschland steht gut da. – Und was Thomas Oppermann gesagt hat, stimmt auch: Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis einer großen Gemeinschaftsarbeit von fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von risikofreudigen Unternehmern, vor allem unseren mittelständischen Familienbetrieben in diesem Land, und einer richtigen Politik der letzten Jahre. Für diese richtige Politik der letzten Jahre steht natürlich Angela Merkel als Bundeskanzlerin. Deshalb haben wir mit der Erklärung der Bundeskanzlerin, für weitere vier Jahre zur Verfügung zu stehen, alle Chancen, diese gute Position für unser Land auszubauen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kolle-

gen, das wird nicht einfach werden; denn wir stehen vor großen Herausforderungen und müssen das den Menschen in unserem Land auch sagen – nicht um sie zu belehren, sondern um ihnen mitzuteilen, welche Herausforderungen wir sehen und was wir glauben tun zu können, um diese Herausforderungen zu meistern.

Die erste große Herausforderung ist die demografische Entwicklung. Wir stehen nicht unmittelbar davor, sondern sind mittendrin in diesem Prozess. Die demografische Entwicklung hat dramatische Konsequenzen – nicht nur für die Frage, wie viele Arbeitskräfte in Zukunft in unserem Land zur Verfügung stehen, sondern auch für die Frage, welche Infrastruktur wir in den nächsten Jahren brauchen, und vor allem für die Frage, welche Infrastruktur wir uns leisten können und uns auch zu leisten bereit sind. Sind wir beispielsweise bereit, den in unseren ländlichen Räumen lebenden Menschen, auch wenn ihre Zahl dort zurückgeht, zu sagen: „Wir werden in den ländlichen Räumen auch dieselbe Qualität wie in den Ballungsgebieten zur Verfügung stellen“?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir dies nicht machen, hat dies Folgen. Das Ergebnis können wir in Frankreich besichtigen. Dort gibt es kilometerweise ländliche Räume, in de-

nen sich nichts mehr bewegt, weil dort genau dieser Weg nicht gegangen wurde. Deswegen brauchen wir nicht nur Geld für Kommunen, denen es schlechter geht, sondern Investitionen in unsere ländlichen Regionen, dass sie nicht den Eindruck haben, sie würden abgehängt, wie es in Amerika der Fall gewesen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dafür bietet dieser Haushalt auch alles.

Dass die Grünen an dieser Stelle nicht klatschen, hängt damit zusammen, dass sie nicht die Partei der ländlichen Räume, sondern der Universitäts- und Großstädte sind. Das ist natürlich etwas ganz anderes, um das einmal deutlich zu machen

– Lieber Herr Hofreiter, das ist wahrscheinlich auch der einzige Punkt, an dem ich Sie jetzt attackiere. Ich könnte auch sagen: Sie sind nicht einmal bereit, Ihren einzigen Ministerpräsidenten zu verteidigen. Das ist mir eine schöne Truppe hier, die das nicht tut.

Das kann ich auch nur sagen. Aber damit will es bleiben lassen.

Dafür bietet dieser Haushalt auch eine ganze Menge. Da geht es nicht nur – Sie haben es zu Recht angesprochen – um die Infrastruktur für ein schnelles Internet, also die Leitungen. Im ländlichen Raum sind wir auch darauf angewiesen, Güter, die dort produziert werden, schnell woanders-

hin zu transportieren. Der ländliche Raum lebt natürlich vom schnellen Internet. Er lebt aber auch davon, dass in diesen Regionen nach wie vor Produktion stattfindet. Und von dort, wo Produktion stattfindet, müssen die Güter, wenn sie nicht am Verwendungsort aus dem 3D-Drucker fallen, irgendwohin gefahren werden. Deswegen ist eine gute Straßen- und Eisenbahnverbindung etwas Zentrales.

Dafür schafft dieser Haushalt die geeigneten Voraussetzungen. Ich bin jetzt über 20 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und kann mich nicht erinnern, dass jemals so viel Geld für Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt worden wäre wie in dieser Legislaturperiode, liebe Kollegen. Das ist eine gute Botschaft für das Land.

Die Demografie ist also eine der ganz großen Herausforderungen. Hier sind jetzt schnell Antworten fällig. Zur Demografie gehört auch: Ein älter werdendes Land birgt immer die Gefahr, dass Innovationen nicht mehr so ernst genommen werden. Aber auch ein älter werdendes Land kann dann ein modernes Land sein und bleiben, wenn es sich die Freude am Neuen erhält, am Entdecken, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit dieses auch in Zukunft möglich ist und vor allem in einer immer schneller werdenden Zeit möglich ist, müssen wir uns einmal ernsthaft darüber unterhalten – „ernsthaft“ sage ich und nicht im schnellen Vorbeireden –: Welche Veränderungen müssen wir vornehmen, dass das Entdecken und dass die Freude am Neuen möglich werden? Ich erkenne manche bürokratische Hürde, die es den Leuten erschwert, das Neue zu entdecken und Freude am Neuen zu haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darüber müssen wir einmal reden.

Dann geht es natürlich auch darum, Start-up-Unternehmen zu unterstützen. Es geht nicht nur darum, dass Geld zur Verfügung gestellt wird, sondern auch darum, dass Möglichkeiten geschaffen werden, ohne dass Bürokratie alles gleich mit Mehltau belegt und die jungen Leute die Freude daran verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir sagen: „Die Demografie ist eine der großen Herausforderungen“, dann müssen wir klar und deutlich sagen, dass wir in unserer politischen Arbeit einen Schwerpunkt auf die junge

Generation legen müssen. Ich weiß natürlich, dass wir das, was an Ansprüchen erworben wurde, auch schützen und sichern werden. Aber wenn wir in diesen Tagen über die Zukunft unserer Sozialversicherungssysteme und über die Rente diskutieren, dann ist der Hinweis von Thomas Oppermann richtig, dass wir sowohl auf das Rentenniveau achten müssen als auch auf die Belastbarkeit der jungen Generation. Ich finde sogar, dass wir noch deutlicher machen müssen: Eine alternde Gesellschaft braucht fitte junge Menschen, und zwar nicht nur körperlich fitte, sondern mental fitte junge Menschen, Menschen, die den Eindruck haben, dass man sie unterstützt und nicht belastet, wenn sie in diesem Land bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Das gehört bei der Rentendiskussion in den Vordergrund. Darauf werden wir auch achten.

So richtig es ist, was wir gemacht haben, dass wir für die Pflege einiges getan haben – nicht nur einiges, sondern eine ganze Menge –, so richtig war es auch – darüber ist schon gar nicht mehr gesprochen worden –, dass wir auch für Kinder und junge Familien mit unseren Betreuungsmöglichkeiten, die wir geschaffen haben, eine Menge getan haben. Das Traurige an der ganzen Geschichte ist nur, dass sowohl bei der Ganztagesbetreuung wie auch in der Schule die Länder in vielen Bereichen nicht in der Lage waren, das anzustoßen, sondern immer nur der Bund eingreifen muss, obwohl er dafür eigentlich gar nicht zuständig ist. Ich muss sagen: Ich bin leidenschaftlicher Verfechter des Föderalismus. Aber dann muss

der Föderalismus auch seine Aufgaben erfüllen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und darf nicht immer nur im Deutschen Bundestag nach Geld rufen.

Wir haben jetzt noch einmal ein Programm für finanziell notleidende Kommunen aufgelegt, mit dem auch in der Schulpolitik einiges getan wird. Das machen wir. Aber ich habe grundsätzlich Verständnis für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten, der sagt: Wir müssen aufpassen, dass die Kompetenzen, die zwischen Bund und Ländern föderal getrennt worden sind, auch in Zukunft so erhalten bleiben. – Hier kommt der entscheidende Punkt, Kollege Oppermann: Wir haben keinen Umverteilungsföderalismus, sondern wir haben einen Wettbewerbsföderalismus, und bei dem muss auch deutlich

werden, wer seine Aufgaben besser macht und wer sie weniger gut macht. Ich erkenne relativ wenig Freude an einer solchen Diskussion.

Wenn wir sagen: „Wir müssen gerade für die junge Generation mehr tun“, dann betrifft das natürlich die Bildung. Da ist natürlich klar, dass wir entsprechende Bildungseinrichtungen haben müssen. Das können wir vom Bund unterstützen. Aber ich sehe mit großer Sorge, wie in einigen Bundesländern die Qualität in der Schulausbildung dramatisch zurückgeht. Da kann ich nur sagen: Die Bildungspolitik darf von ihren Ergebnissen her nicht Teil einer Sozialpolitik sein. Wenn wir nicht bereit sind, den Leistungsgedanken in der Bildung zu fördern, werden wir unser blaues Wunder erleben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann mich darüber nur wundern: Wenn hier in Berlin die Frage gestellt wird: „Frau Schulsenatorin, sagen Sie uns doch mal, wie es denn möglich war, dass die Ergebnisse beim Abitur wieder wesentlich besser waren als im letzten Jahr“, dann sagt die Dame mit einem Lächeln auf den Lippen, das sei ganz einfach, man habe die Anforderungen nach unten genommen. – Da kann ich nur sagen: So werden wir den immer schwerer werdenden Wettbewerb in unserer Welt nicht gewinnen. Wenn wir die Besten sein wollen, mit den besten Löhnen, mit den besten Ergebnissen, dann brauchen wir in unserem Land auch die beste Ausbildung, liebe Kolleginnen und Kollegen, und die sehe ich in manchem Bundesland nicht mehr.

Wenn wir unsere jungen Menschen qualifiziert ausbilden, dann brauchen sie auch, damit sie in unserem Land bleiben und zu unserem Wohlstand beitragen, qualifizierte Arbeitsplätze. Es ist schon bemerkenswert, wie da in den einzelnen Reden über das Soziale gesprochen wurde, aber so wenig darüber, dass zunächst einmal in der Wirtschaft das erwirtschaftet werden muss, was wir nachher im sozialen Bereich einsetzen können.

Da würde ich mir schon ein bisschen mehr Verständnis auch für die Fragen und die Sorgen in der Wirtschaft wünschen. Es ist nicht nur richtig, dass wir auf das hören, was die Menschen bewegt, sondern es ist auch richtig, dass wir auf die hören, die in der Wirtschaft Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode ein Gesetz für weniger Bürokratie gemacht, mit dem schönen deutschen Grundsatz „One in, one out“: Wenn durch eine Maßnahme mehr Bürokratie beschlossen wird, muss sie woanders zurückgenommen werden. – Wir haben jetzt noch ein paar Gesetzgebungsvorhaben vor uns, die für die Wirtschaft nicht ganz einfach sind. Da erwarte ich dann aber auch – da-

rauf werden wir großen Wert legen –, dass jede zusätzliche bürokratische Belastung woanders zurückgenommen wird. Wir sind nicht glaubwürdig, wenn wir ein solches Gesetz machen und dann sagen: Das biss-

chen Bürokratie nehmen wir auch noch mit. – Nein, da muss nun konsequent gehandelt werden. Ich bitte auch die Bundesregierung, uns dabei zu helfen und es nicht einfach zu verniedlichen.

Die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen, Kollege Hofreiter auch – mit unterschiedlichem Akzent, was bemerkenswert ist, aber nicht verwundert –, dass es natürlich große Herausforderungen in unserer Wirtschaft gibt. Da spielt die Automobilindustrie eine große Rolle. Auch da dürfen wir die Dinge nicht verniedlichen. Es ist völlig unstrittig, dass die notwendige Entwicklung hin zum Elektroauto dazu führen wird, dass die Wertschöpfung in den großen Automobilwerken auf 40 Prozent dessen zurückgehen wird, was wir bisher haben; das ist von Daimler-Benz, von VW und auch von anderen so gekommen.

Das heißt, dass wir uns, lieber Kollege Oppermann, jetzt in erster Linie nicht darüber Gedanken machen müssen, von wo Fachkräfte hierherkommen könnten, sondern darüber, wo diejenigen, die ihren Arbeitsplatz in diesem Bereich in Zukunft nicht mehr haben werden, Arbeitsplätze finden. Das wird das zentrale Thema sein.

Das erwarten die Menschen als Antwort – nicht, dass wir pauschal auf Zuwanderung setzen.

Im Übrigen haben wir in Europa als einzige große Wirtschaftsregion in der Welt ein unglaubliches Potenzial. Es wird schon einiges getan. Aber ich würde mir wünschen, dass wir noch viel mehr Wert darauf legen, dass junge Menschen aus dem gesamten europäischen Raum, wo sie keine Arbeit haben, zu uns kommen und hier Arbeit finden können. Ich muss nicht nach Asien oder sonst wo-

hin schauen, um Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft zu erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir, dass sich vor allem die großen Aktiengesellschaften ein bisschen sensibler in der Öffentlichkeit bewegen; denn sie sind es, die erheblich zur Irritation in unserer Gesellschaft beitragen, und es sind nicht die Familienbetriebe. Das, was wir in diesen Tagen bei VW erlebt haben – 23 000 Stellen streichen und den Bonus für Leute zu erhöhen, die sich wirklich nicht verdient gemacht haben, und das mit Zustimmung des Aufsichtsrates, in dem die Landesregierung von Niedersachsen sitzt –, ist kein gutes Beispiel für Kultur in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Oder wenn ich an die Diskussion über die Deutsche Bank denke. Heute Morgen war zu lesen, was Wolfgang Schäuble dazu in einem Satz gesagt hat. Wenn dort Leute sagen, sie können den Bonus nicht zurückbezahlen – obwohl sie wirklich nicht erfolgreich waren –, weil das schlecht für andere wäre, dann kann ich nur den Satz von Wolfgang Schäuble wiederholen: Das hat etwas mit Fastnacht und Karneval, aber nicht mit ernsthafter Wirtschaft in unserem Land zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Hinweis geben. Wir wollen nicht nur auf andere schauen, sondern auch auf uns. Auch wir, der Deutsche Bundestag, hat noch eine Aufgabe vor sich, die Norbert Lammert völlig zu Recht angemahnt hat. Es geht darum, ein Wahlrecht vielleicht doch noch hinzubekommen, das den 19. und 20. Deutschen Bundestag arbeitsfähig hält. Wir müssen diese Frage klären, und zwar nicht nur, weil Populisten dann fragen: Warum sitzen hier 750 Abgeordnete? – Das Problem ist doch vielmehr, dass in Ausschüssen in der Größenordnung von 50 oder noch mehr Kolleginnen und Kollegen eine sinnvolle politische und parlamentarische Arbeit nicht mehr möglich ist. Deswegen unterstütze ich, dass wir zu einem Ergebnis kommen müssen. Wir sind uns alle einig, dass da etwas geschehen soll. Und wenn wir uns alle einig sind, dann sollten wir doch auch etwas hinbekommen. Es ist immer schlecht, wenn man selber ein Problem hat und es nicht lösen kann, aber mit dem Finger auf andere zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ermuntere ich alle, hier mitzumachen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch ein älter werdendes Land kann ein modernes Land sein und bleiben.

Die Bildungspolitik darf von ihren Ergebnissen her nicht Teil einer Sozialpolitik sein.

Thomas Jurk, SPD:

Mehr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft tun



Thomas Jurk (*1962)
Landesliste Sachsen

Vor drei Jahren wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Ein zentrales Versprechen dieser Vereinbarung war, die Neuverschuldung dauerhaft zu stoppen, die Schuldenstandsquote zu senken und dabei die Investitionskraft von Bund, Ländern und Kommunen sicherzustellen. Mit Blick auf den letzten regulären Haushalt dieser Wahlperiode stelle ich fest: Wir haben Wort gehalten.

Der Bund macht in dieser Wahlperiode nicht einen einzigen Euro neue Schulden. Die Schuldenstandsquote sinkt in dieser Wahlperiode um mehr als 10 Prozent und wird voraussichtlich 2020 die im Maastricht-Vertrag vereinbarte Grenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes unterschreiten. Und – was für mich am wichtigsten ist –: Wir stellen die Investitionskraft von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur sicher, wie es im Koalitionsvertrag heißt, sondern stärken sie in nie dagewesener Weise.

So haben wir die Ausgaben für Investitionen in den parlamentarischen Beratungen zum Bundes-

haushalt 2017 um 2,8 Milliarden Euro auf mehr als 36 Milliarden Euro erhöht. Im Vergleich zum Jahre 2013 haben wir damit ohne Berücksichtigung der Einzahlungen in den ESM die Investitionen des Bundes von 24,8 Milliarden Euro auf 36 Milliarden Euro, das heißt um rund 45 Prozent, gesteigert. Die Investitionsquote im Bundeshaushalt erhöht sich dadurch von 8,1 Prozent 2013 auf 11 Prozent im kommenden Jahr. Ich finde, das kann sich mehr als nur sehen lassen.

Die Entlastungen des Bundes für die Länder und Gemeinden sind inzwischen kaum noch zu überblicken, wie uns kürzlich auch der Bundesrechnungshof wieder bestätigt hat. Einige Highlights möchte ich dennoch erwähnen.

Der Bund erstattet den Kommunen die Kosten der Grundsicherung im Alter seit 2014 vollständig. Im Jahr 2017 werden dies voraussichtlich rund 7 Milliarden Euro sein. Von dieser Entlastung profitieren insbesondere finanzschwache Kommunen, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig ist. Der Bund investiert seit Jahren auch massiv in den Kitausbau und beteiligt sich an den Betriebskosten mit inzwischen rund 1 Milliarde Euro jährlich. 2017 legen wir beim Kitausbau noch einmal mehr als 200 Millionen Euro drauf. Außerdem werden die Mittel für das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ auf 278 Millionen Euro erhöht, das heißt mehr als verdoppelt.

Der Bund beteiligt sich auch immer stärker an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende und lässt den

Gemeinden einen immer höheren Anteil an der Umsatzsteuer zukommen. Allein durch den erst gestern im Haushaltsausschuss abschließend beratenen Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen werden diese bis zum Jahre 2019 um weitere 20 Milliarden Euro entlastet. Das ist doch eine gute Botschaft für unsere Kommunen.

Nicht zuletzt haben wir im Jahre 2015 einen Kommunalinvestitionsförderungsfonds eingerichtet und mit Mitteln in Höhe von 3,5 Milliarden Euro ausgestattet. Wir wollen diesen Fonds mit einem Nachtragshaushalt demnächst auf 7 Milliarden Euro aufstocken. Mit den Fondsmitteln werden Investitionen finanzschwacher Kommunen mit einem Fördersatz von bis zu 90 Prozent bezuschusst. Der Kofinanzierungsanteil der Kommunen von mindestens 10 Prozent kann auch von den Ländern übernommen werden.

Damit gezielt die finanzschwachen Kommunen profitieren, muss dies aber auch ermöglicht werden. Ich fordere daher die Länder auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Obwohl wir in dieser Woche den letzten regulären Bundeshaushalt dieser Wahlperiode beschließen werden, sind wir Haushälter in den kommenden Monaten ja nicht ganz beschäftigungslos; denn wir müssen noch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter Dach und Fach bringen. Ich erwähne das, weil diese Reform die Länder um weitere rund 10 Milliarden Euro reicher und den Bund entsprechend ärmer macht.

– Ja, Johannes, da hast du völlig

recht. Denn in der Summe ist das alles nicht unproblematisch, werden damit doch die Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes zunehmend eingeschränkt. – Ich will auch nicht verhehlen, dass ich die einmütige Entscheidung der Ministerpräsidenten, auf die dritte Stufe des Finanzausgleichs, den eigentlichen Länderfinanzausgleich, zu verzichten, sehr kritisch sehe. Trotzdem ist unser Kurs richtig. Denn wir müssen ganz zweifellos mehr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft tun. Gerade hierbei sind nicht nur der Bund, sondern auch die Länder in der Pflicht, die insbesondere ihre Verantwortung für eine den Aufgaben angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen wahrnehmen müssen.

Gerade in den strukturschwachen Regionen unseres Landes fühlen sich viele Menschen abgehängt. Sie merken, dass sich der Staat in den letzten Jahren zurückgezogen hat, sei es bei der Gesundheitsversorgung, dem öffentlichen Nahverkehr oder der inneren Sicherheit. Ebenso ist vom Ausbau der digitalen Infrastruktur in vielen Regionen noch nichts zu sehen. Das sind einige jener Gründe für Verunsicherung und Enttäuschung im Land, die sicherlich auch wir Abgeordneten alle spüren. Deshalb brauchen wir einen starken und handlungsfähigen Staat, und zwar auf allen staatlichen Ebenen. Wir wollen nicht, dass Bürgerwehren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sorgen müssen. Deshalb stärken wir mit diesem Haushalt die deutschen Sicherheitsbehörden massiv; meine Vordränger sind darauf eingegangen. Der Etat des Bundesinnenministers wächst um rund 1 Milliarde Euro – ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit bei uns im Land. Damit nehmen wir auch die Sorgen der Menschen in Deutschland auf.

Wir tun auch etwas für den öffentlichen Personennahverkehr, indem wir den Ländern zusätzlich noch einmal mehr als 200 Millionen Euro Regionalisierungsmittel zuschieben. Damit soll das Leistungsangebot im Schienenpersonennahverkehr gesichert und auch weiter ausgebaut werden. Außerdem erhöhen wir das Eigenkapital der Deutschen Bahn um 1 Milliarde Euro und verzichten in den kommenden vier Jahren auf Dividenden in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Damit wird die Finanzierung der Wachstums- und Qualitätsoffensive der Bahn sichergestellt, welche die Bahnbindung vieler Regionen in Deutschland verbessern soll. Wir werden sehr darauf achten, dass das auch tatsächlich geschieht. Wir verstärken erneut die Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Denn intakte Stadtquartiere sind

gelebter Zusammenhalt. Wir tun auch mehr für die digitale Infrastruktur, insbesondere für den Breitbandausbau im ländlichen Raum, indem wir die Mittel dafür jetzt erneut um mehr als 1,3 Milliarden Euro erhöhen. Das sind dann seit 2014 insgesamt 4 Milliarden Euro für Breitbandausbau.

Wenn ich davon sprach, dass sich viele Menschen abgehängt fühlen, so trifft das teilweise auch auf die Straßeninfrastruktur zu. Die Straßen auf dem Lande nicht mehr zu asphaltieren, sondern nur noch zu schottern, wie kürzlich in einer Studie für Sachsen vorgeschlagen, verstärkt allerdings die Spaltung in unserem Land.

Deshalb bin ich froh, dass wir auf Bundesebene in dieser Wahlperiode deutlich mehr Geld für den Straßenbau einsetzen. Deshalb ist es so wichtig, die Länder und Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie auch in die Straßenerhaltung investieren können.

Wir müssen uns auch noch stärker darüber Gedanken machen, wie wir die Infrastruktur unter anderem bei Schiene und Straße in strukturschwachen Räumen erhalten und ausbauen können – Herr Kauder ist darauf ja eingegangen –; denn ohne eine adäquate Verkehrsanbindung wird ein entsprechender Strukturwandel wohl kaum gelingen. Das heißt, die Bedarfsplanung muss schwerpunktgerecht angepasst werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten im Koalitionsvertrag die Umsetzung prioritärer Maßnahmen in Höhe von rund 23 Milliarden Euro vereinbart. Dieses Ziel haben wir nicht nur erreicht, sondern wir sind weit darüber hinausgegangen. Wir haben mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investiert. So stärken wir den Zusammenhalt bei uns im Land. Die Menschen müssen im Alltag erfahren, dass wir niemanden vergessen. Dabei bleibt auch weiterhin viel zu tun – bei Investitionen in Bildung und sozial abgehängte Stadtteile sowie strukturschwache Regionen ebenso wie bei der wirtschaftlichen Modernisierung unseres Landes. Daran wollen und werden wir weiter arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Form der Debatte. Es sprachen zudem Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Bettina Hagedorn (SPD), Antje Tillmann (CDU/CSU), Dennis Rohde (SPD), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Sigrid Hupach (Die Linke), Marco Wanderwitz (CDU/CSU), Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen), Martin Dörmann (SPD), Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen) und Hiltrud Lotze (SPD).



Eigentlich ging es vergangene Woche im Bundestag um den Haushalt. Doch viele der Redner äußerten sich mit Sorge über den Wahlsieg des neuen republikanischen US-Präsidenten Donald Trump (r.).

© abaca

leicht
erklärt!

Volks-Entscheidung in Italien

Gibt es eine neue Verfassung?



Wichtiges Ereignis in Italien



In Italien gibt es nächstes Wochenende so eine Art Wahl.

Sie ist für das Land sehr wichtig.

Denn: Dabei geht es um die Politik von Italien.

Es geht aber auch um die Politik von ganz Europa.

Im folgenden Text steht mehr darüber.

Italien



Italien ist ein Land in Europa.

Es liegt südlich von Deutschland.

Das heißt: Auf einer Karte liegt es unterhalb von Deutschland.

Man erkennt es gut.

Denn seine Form ist so ein bisschen wie die von einem Stiefel.

Die Hauptstadt von Italien ist Rom.

Volks-Entscheidung in Italien

Wie gesagt:

In Italien gibt es am Wochenende so eine Art Wahl.

Man nennt diese Wahl auch: Volks-Entscheidung.

Mit „Volk“ meint man die Bürger von einem Land.

Und „Entscheidung“ bedeutet, dass diese Bürger eine Entscheidung treffen dürfen.

„Volks-Entscheidung“ bedeutet also:

Die Bürger in einem Land dürfen mit-entscheiden.

Und zwar

bei einem ganz bestimmten Thema.

Das funktioniert zum Beispiel so:

Politiker machen einen Vorschlag. Zum Beispiel für ein neues Gesetz.

Die Wähler entscheiden dann:

- Das Gesetz soll es geben.

- Oder: Das Gesetz soll es nicht geben.





Worum geht es beim Volks-Entscheid in Italien?

Bei dem Volks-Entscheid am nächsten Wochenende geht es darum: Man will die Verfassung von Italien ändern.



Zum Beispiel:

- Sie machen Gesetze.
- Sie entscheiden, für was Geld in ihrem Land ausgegeben wird.
- Sie passen auf, dass die Regierung ihre Arbeit richtig macht. Die Regierung sind die Politiker, die ein Land leiten.

Was ist eine Verfassung?

Eine Verfassung ist so eine Art Gesetz.

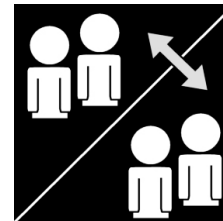
Und zwar das wichtigste Gesetz von einem Land.

In einer Verfassung stehen die wichtigsten Regeln für das Land.

Zum Beispiel:

- Welche Rechte die Bürger haben.
- Wer in einem Land welche Aufgaben erledigt.
Das heißt:
 - Wer das Land leitet.
 - Wer die Gesetze macht.
 - Wer Verbrecher bestraft.

Man kann also sagen: Durch den Volks-Entscheid ändern sich vielleicht die wichtigsten Regeln von Italien.



Natürlich hat auch Italien ein Parlament.

Die Politiker in diesem Parlament sind in 2 große Gruppen aufgeteilt.

Die eine Gruppe hat den Namen: Abgeordneten-Kammer.

Die andere Gruppe hat den Namen: Senat.

Beide Gruppen sind gleich wichtig.

Das heißt: Sie haben die gleichen Rechte.

Beide dürfen zum Beispiel bei neuen Gesetzen mit-entscheiden.

Was genau will man ändern?

Italien ist eine Demokratie.

Bei einer Demokratie bestimmen die Bürger, was in einem Land passiert.

Das machen sie aber meistens nicht selbst. Sie wählen Politiker, die für sie sprechen.

Diese Politiker kommen dann in einer großen Gruppe zusammen.

Die Gruppe nennt man: Parlament.

Und die Politiker vom Parlament machen in einem Land wichtige Dinge.

Das gibt aber manchmal Probleme.

Denn: Die beiden Gruppen sind sich nicht immer einig.

Zum Beispiel: Wie ein neues Gesetz sein soll.

Dann streiten sie sehr lange darüber.

Und es dauert sehr lange, bis ein Gesetz fertig ist.

Das ist manchmal schlecht für die Politik von einem Land.

Denn manchmal muss ein Land schnell auf bestimmte Probleme reagieren.

Und schnell ein neues Gesetz machen.





Darum will man die Verfassung von Italien ändern.
Die wichtigsten Änderungen sollen sein:

1) Der Senat soll weniger Rechte bekommen.

Er soll nicht mehr so viel zu sagen haben wie die Abgeordneten-Kammer.

Dann könnte die Abgeordneten-Kammer viele Gesetze alleine machen.

Und zwar oft viel schneller.

2) Außerdem sollen im Senat weniger Mitglieder sein.

3) Und der Senat soll anders gewählt werden als heutzutage.

Bisher wählen die Bürger von Italien die Mitglieder vom Senat.

Ab sofort soll das nicht mehr so sein.

Die neue Regel soll so sein: Italien ist in mehrere Regionen aufgeteilt.

In jeder Region gibt es ein eigenes Parlament.

Und diese Parlamente sollen in Zukunft entscheiden, wer für ihre Region in den Senat kommt.

Folgen für Italien

In Italien gibt es verschiedene Meinungen zur Verfassungs-Änderung.

Darum ist auch nicht sicher, wie der Volks-Entscheid ausgeht.

Viele Menschen finden die Neuerungen gut.

Sie sagen zum Beispiel:

- Das Parlament kostet dann nicht mehr so viel.
- Man kann Gesetze schneller machen. Und viel schneller auf Probleme reagieren.



Viele Menschen finden die Neuerungen aber auch nicht gut.

Sie sagen zum Beispiel:

Die Bürger bestimmen nicht mehr die Mitglieder vom Senat.

Dann haben die Wähler nicht mehr so viel zu sagen.

Folgen für den Chef von der Regierung

Der Volks-Entscheid ist auch wichtig für einen bestimmten Politiker von Italien.

Sein Name ist: Matteo Renzi.

Er ist der Chef von der italienischen Regierung.

Von der Regierung kommt auch die Idee zur Verfassungs-Änderung.

Das heißt: Matteo Renzi möchte, dass man die Verfassung erneuert.



Deswegen hat er gesagt: Die Abstimmung entscheidet auch über seine Zukunft.

Denn:

Wenn die Wähler Ja zu der Verfassungs-Änderung sagen, dann bleibt Renzi Chef von der Regierung.

Aber:

Wenn die Wähler Nein sagen, dann hört Renzi als Chef von der Regierung auf.



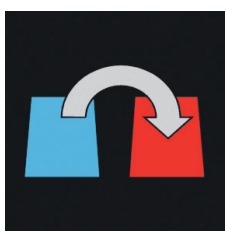
Für Italien wäre das eine wichtige Sache.

Denn:

Der Regierungs-Chef ist der wichtigste Politiker in der Regierung.

Und die Regierung leitet ja das Land.

Der Regierungs-Chef kann also die Politik von einem Land in eine bestimmte Richtung lenken.



Wenn es also einen neuen Regierungs-Chef gibt, dann kann sich auch viel in der Politik ändern.

Folgen für Europa

Vielleicht hat der Volks-Entscheid sogar für ganz Europa Folgen.

Denn:

Italien ist Mitglied in der Europäischen Union.



Das ist eine Gruppe von mehreren europäischen Ländern. Genauer: Von 28.

Sie haben sich zusammen-gegan. Denn sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.

Sie wollen nicht nur die einzelnen Länder beachten. Sondern ganz Europa.

Italien ist ein wichtiges Land in der Europäischen Union.

Die Politik von Italien kann Auswirkungen auf ganz Europa haben.



Matteo Renzi findet die Europäische Union gut. Darum unterstützt er sie mit seiner Politik.

Vielleicht gibt es nach dem Volks-Entscheid einen neuen Regierungs-Chef in Italien.



Und vielleicht findet der die Europäische Union nicht so gut.

Er unterstützt sie dann vielleicht weniger.

Das wäre schlecht für die Europäische Union.

Darum sind viele Menschen in ganz Europa gespannt, wie der Volks-Entscheid ausgeht.

Der Volks-Entscheid ist für Italien also eine ganz besonders wichtige Sache.

Aber auch für den Regierungs-Chef Matteo Renzi.

Und für die Europäische Union.

Am 4. Dezember findet er statt.



Dann entscheiden die Menschen in Italien über die neue Verfassung.

Danach wird sich für Italien einiges ändern.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © dpa/picture-alliance und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 48/2016
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Dezember 2016.